

würden dann die Wahlen stattfinden. (Zum Büro): Ich bitte um die Tagesordnung für die morgige um 11½ Uhr stattfindende Sitzung. (Zuruf des Abgeordneten Knab: Um 12 Uhr, 11½ Uhr war für die Fraktionen vorgesehen und 12 Uhr für das Plenum! — Zuruf des Abgeordneten Haas: Ja, es war so vereinbart!) Also morgen um 12 Uhr Vollsitzung. Tagesordnung: Beschlußfassung über die Vorlagen des Provinzialausschusses. Weiter kann ich Ihnen heute keine Angaben machen. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall. Dann ist unsere heutige Sitzung geschlossen, wenn das Wort nicht weiter gewünscht wird. (Geiterkeit.) Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 6 Uhr 25 Minuten.)

Dritte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Mittwoch, den 27. Januar 1926.

(Beginn: 1 Uhr 30 Minuten.)

1. Eingänge.
2. Beschlußfassung über die Vorschläge des Provinzialausschusses zu den eingegangenen Anträgen.
3. Antrag des Wahlprüfungsausschusses auf Gültigkeitserklärung,
 - a) der Wahlen zum Provinziallandtag,
 - b) der Feststellung von Ersatzmännern für ausgeschiedene Abgeordnete.
4. Um 3 Uhr: Vornahme der Wahlen,
 - a) zum Preussischen Staatsrat,
 - b) zum Provinzialauschuß und
 - c) zu den Provinzialkommissionen.

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die gestrige Plenarsitzung liegt auf dem Tisch des Hauses zur Einsicht offen. Schriftführer für die heutige Sitzung sind die Herren Abgeordneten Elfes und Dr. Kirchner.

Meine Damen und Herren! Ich habe entsprechend der Beauftragung durch den gestrigen Provinziallandtag dem Herrn Geheimrat O l b e r g unsere Grüße übermittelt. Er antwortet mit folgendem Telegramm:

„Dem Provinziallandtage für Gruß und freundliche Wünsche herzlichen Dank! Möge seine erste Tagung im freien Düsseldorf zum Segen der Provinz gedeihen. Dr. Olberg.“ (Bravorufe.)

Dann habe ich davon Mitteilung zu machen, daß ich gestern verjäumt habe, bekanntzugeben, daß ich dem früheren Landeshauptmann Herrn Dr. K e n v e r s aus Anlaß des 70. Geburtstages auch die Glückwünsche des Provinziallandtages übermittelt habe. (Beifall.) Herr von Kenvers hat seinen herzlichen Dank dafür ausgesprochen.

Eingänge sind weiter nicht mitzuteilen. Bezüglich der geschäftlichen Behandlung der Ihnen gestern vorgelesenen Eingänge gestatte ich mir im Einvernehmen mit dem Ältestenrat und dem Provinzialauschuß folgenden Vorschlag.

Außer den sechs Petitionen, die ich gestern verlesen habe, liegen neun Anträge der Parteien vor. Der Ältestenrat und der Provinzialauschuß sind der Auffassung, daß das Wichtigste und Eilbedürftigste einmal die Frage der Hochwasserentschädigung und des Hochwasserschutzes und zum zweiten die Behandlung der Wirtschaftsnot, insbesondere des Problems der Erwerbslosenfürsorge, darstellt. Ich möchte vorschlagen, in erster Linie die Frage der Hochwasserentschädigung und des Hochwasserschutzes zu behandeln. Hier liegt ein formulierter Antrag des Provinzialauschusses vor, der im Zusammenhang mit dem Antrage der kommunistischen Fraktion und dem Antrage der SPD. behandelt werden soll. Damit wäre auch die Petition des Vereins der Holzindustriellen zu verbinden.

In zweiter Linie kommt die Frage der Wirtschaftsnot, insbesondere der Erwerbslosenfürsorge. Hier liegen Anträge der SPD. und der SPD. vor. Damit wäre auch der Antrag der Stadt Neviges auf Notstandsarbeiten zu verbinden.

In dritter Stelle kommt der Antrag der SPD., betr. die Ruhrkampfsentschädigung, an vierter Stelle der Antrag auf Aufhebung der Fürsorgepflichtverordnung, an fünfter Stelle die Anträge der SPD. und

der SPD. wegen der Fürstenabfindung, an sechster Stelle der Antrag der SPD. auf Bewilligung von Freifahrtkarten für die Abgeordneten des Provinziallandtages und an siebter Stelle der Antrag der SPD. auf Bewilligung von Legitimationskarten für die Abgeordneten des Landtages.

Zu sämtlichen Punkten liegt auch eine Stellungnahme des Provinzialausschusses vor. Ich schlage Ihnen vor, die Angelegenheiten in dieser Reihenfolge zu behandeln.

Im Anschluß daran würden dann noch die übrigen Petitionen zu behandeln sein, und zwar die Petition der Rheinischen Reichsheimstättenzentrale, die Petition des Weisfaltenbundes, die Petition des Eifelvereins und der übrigen Vereine bezüglich des Laacher Sees usw. und der Antrag Schaade auf Aufwertung.

Sind Sie damit einverstanden, daß in dieser Reihenfolge verhandelt wird? Das ist der Fall, ich stelle das fest.

Bezüglich der geschäftlichen Behandlung erheben sich einige Schwierigkeiten wegen des Vollzugs der Provinzialauschluß-Wahlen.

Auf der heutigen Tagesordnung steht auch unter Punkt 4 die Vornahme der Wahlen zum Preussischen Staatsrat und zum Provinzialauschluß. Nach § 2 der Wahlordnung können Wahlvorschläge nur bis zu einem drei Stunden vor Beginn der Sitzung, in welcher die Wahlhandlung stattfindet, liegenden Zeitpunkt beim Wahlvorstande eingereicht werden. Hält man sich strikte an diese Vorschrift, so müßten die Vorschläge alle vor neun Uhr heute vormittag eingegangen sein. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Vor 10 Uhr!) 12 weniger 3 ist 9, also vor 9 Uhr. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die Sitzung hat doch erst nach 1 Uhr angefangen!) Kein Wahlvorschlag ist aber vor 9 Uhr eingegangen. Es würde nun ein doppelter Weg möglich sein: entweder wir beraumen eine neue Sitzung an, sodaß die Frist gewahrt ist, oder wir machen von dem Satz 2 des § 2 der Wahlordnung Gebrauch. In diesem Satze heißt es: „Nach diesem Zeitpunkte bis zu Beginn der Wahlhandlung ist die Einreichung von Wahlvorschlägen zulässig, wenn der Landtag mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Provinziallandtags-Abgeordneten der nachträglichen Einreichung zustimmt.“ Ich halte diesen letzteren Weg für den bequemeren. Nachdem ich mit den Fraktionsvorsitzenden Fühlung genommen habe, bitte ich, sich mit Zweidrittelmehrheit damit einverstanden zu erklären, daß von dem Satz 2 des § 2 ausnahmsweise Gebrauch gemacht wird. Ich muß darüber abstimmen lassen und bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Ich stelle fest, daß das die Einstimmigkeit ist. Es wird dann so verfahren.

Meine Damen und Herren! Dann haben die Wahlvorstände, bestehend aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, die Wahlvorschläge vor der Wahlhandlung zu prüfen. Ich benenne auf Grund der Wahlordnung für die Wahlen zum Preussischen Staatsrat als Beisitzer die Herren Strunk und Görlinger und bitte dabei Herrn Görlinger, das Schriftführeramt zu übernehmen. Die Herren müssen sich nachher mit mir einen Augenblick entfernen, um die Wahlvorschläge zu prüfen.

Für die Wahlen zum Provinzialauschluß benenne ich die Herren Hommelsheim und Haas zu Beisitzern. Auch diese Herren müßten sich mit mir der Mühe unterziehen, die Wahlvorschläge vorher zu prüfen.

Wenn so beschlossen ist, kann die Sitzung ohne Unterbrechung vorwärts gehen. Ich würde aber gegen 3 Uhr einen Abschnitt in der Sitzung machen, um die Wahlen vollziehen zu können. Auch damit sind Sie einverstanden. Wir würden den Redner, der um 3 Uhr spricht, ausreden lassen, aber dann eine Unterbrechung zur Erledigung der beiden Wahlhandlungen vornehmen. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

Wir kommen dann zur Besprechung der Hochwasserentschädigung und des Hochwasserschutzes. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Erst kommt doch der Antrag des Wahlprüfungsausschusses!) Ja, zunächst kommt

Punkt 3 der Tagesordnung: Antrag des Wahlprüfungsausschusses auf Gültigkeitserklärung der Wahlen zum Provinziallandtag und der Feststellung von Ersatzmännern für ausgeschiedene Abgeordnete.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Meine Damen und Herren! Der Wahlprüfungsausschluß hätte, wenn er irgendwelche Einsprüche bekommen hätte, sehr schwere Arbeit gehabt. So aber, da von keiner Seite Einspruch erhoben worden ist, also keine Einsprüche vorlagen, hat der Wahlprüfungsausschluß festgestellt, daß die Wahlen nach dem Wahlgesetz in allen Bestimmungen richtig erfolgt sind. Er beantragt die Gültigkeitserklärung der gesamten Wahlen.

Vorsitzender Dr. Farres: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist entsprechend beschlossen.

Abgeordneter Hoffmann: Bezüglich der Feststellung der Ersatzmänner sind ja gestern bereits durch den Herrn Vorsitzenden die Mitteilungen erfolgt. Auch hier hat der Wahlprüfungsausschluß das Richtige festgestellt.

Vorsitzender Dr. Farres: Auch hier ist demnach beschlossen. Wir kommen dann zur Frage der Hochwasserentschädigung und des Hochwasserschutzes. Ich gebe zunächst dem Herrn Landeshauptmann das Wort zum Bericht über die Verhandlungen des Provinzialausschusses.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Bemessung der Größe des Unglücks, das unsere Rheinprovinz bei dem letzten Hochwasser betroffen hat, wird meistens zunächst auf die Höhe des Wassers im Verhältnis zu den Hochwassern früherer Zeiten hingewiesen. Da haben wir die entsetzliche Tatsache zu verzeichnen, daß wir das höchste Hochwasser seit dem Jahre 1784 gehabt haben. Im ganzen 19. Jahrhundert ist das Wasser nicht auf den Pegelstand von 9,10 gekommen, den wir jetzt hatten. Die letzten großen Hochwässer waren 8,93 im November 1882 und 8,52 im Januar 1883. Dann kam die erfreuliche Pause bis zum Januar 1920 mit 8,90, dann November 1924 mit 8,17 und jetzt 9,10.

Man pflegt dann ferner auch auf den Umfang des Schadens, soweit er bisher abgeschätzt werden konnte, hinzuweisen. Die jetzigen Schätzungen gehen auf einen Betrag von über 50 Millionen. Es ist ja anzunehmen, daß hinterher bei der genauen Aufstellung sich manches noch abziehen läßt; aber wir werden doch auf einer Zahl bleiben, die alles frühere übersteigt. Nicht weniger als 60 000 ha landwirtschaftlich genutzten Landes haben unter Wasser gestanden. Aber, meine Damen und Herren, das ist nicht das Wesentliche an der Größe des Unglücks, sondern das Wesentliche sehe ich in der Zeit, in die das Unglück hineingekommen ist. Wenn uns ein solches Unglück in den 80er oder 90er Jahren oder vor dem Kriege getroffen hätte, so wären wir der finanziellen Seite des Unglücks bei unserer damals blühenden privaten und öffentlichen Wirtschaft verhältnismäßig leicht Herr geworden, wie wir das ja auch bei den damaligen ähnlichen Unglücksfällen gekonnt haben. Nun ist aber die Katastrophe in eine Zeit hineingekommen, wo die private und die öffentliche Wirtschaft vollständig zusammengebrochen ist. Vor allem die öffentliche Wirtschaft, an die man ja zuerst zum Zwecke der Hilfeleistung denkt, ist in Provinz und Kommune, da wo sie noch nicht völlig zusammengebrochen, doch sicher am Rande des Zusammenbruchs. Das Unglück hat uns eben getroffen, nachdem wir Krieg, Besatzung, passiven Widerstand, Inflation, Deflation und Erwerbslosigkeit durchgemacht hatten und nachdem wir weiter die Umwälzung der Finanzwirtschaft mit der Entziehung der Finanzquellen bei den Kommunen und der Konzentrierung dieser Quellen bei Reich und Staat und weiter den Finanzausgleich mit der Herabsetzung der Beträge, die den Kommunen zufließen, bekommen haben. Infolgedessen sind Provinz und Kommunen heute schon nicht mehr in der Lage, auch nur ihren gesetzlichen Aufgaben nachzukommen. Umso weniger sind sie natürlich imstande, außergewöhnliche Mittel zu bewilligen, wie man sie hier erwarten müßte, um die vorhandenen Notstände zu lindern.

Wenn wir hier an dieser Stelle dabei zuerst an die Provinz denken, so möchte ich zur Erläuterung des Gesagten eine Uebersicht über die heutige Finanzlage des Provinzialverbandes geben.

Der vorige Provinziallandtag hatte einen Haushaltsplan aufgestellt, der in Einnahme und Ausgabe mit rund 116 Millionen balancierte, wovon aber nur 10½ Millionen durch Provinzialumlage zu erheben waren. Die Ausgaben dieses ordentlichen Haushaltsplans werden in ihrer Gesamtheit auch nicht wesentlich überschritten werden. Bei einzelnen Posten — ich erinnere an die Straßenverwaltung — werden Ueberschreitungen vorkommen; es werden aber auch wieder Ersparnisse an anderer Stelle eintreten, so daß von dieser Seite aus der Finalabschluß nicht ungünstig beeinträchtigt werden wird. Ganz anders aber ist es mit der Einnahmeseite. Auf der Einnahmeseite hatten wir mit einem Eingang an Reichssteuern in derselben Höhe wie im vorigen Jahre gerechnet. Durch den Finanzausgleich ist das aber in keiner Weise der Fall. Wir werden an Steuerüberweisungen etwa 5 Millionen weniger bekommen, als wir erwartet hatten, selbst unter Berücksichtigung des Mehrs an Kraftfahrzeugsteuer, so daß voraussichtlich der ordentliche Haushaltsplan dieses Jahr mit einem Defizit von 5 Millionen abschließen wird.

Der vorige Landtag hatte aber noch ein übriges getan: In liberaler und großzügiger Weise hatte er einen außerordentlichen Haushaltsplan aufgestellt und in diesem außerordentlichen Haushaltsplan und auf Grund besonderer dem Landtage zugehender Vorlagen noch weitere 5,9 Millionen bewilligt, für die eine Deckung überhaupt nicht vorhanden war. Die Deckung sollte entweder durch eine Anleihe gesucht werden, die wir aber natürlich nicht bekommen haben, oder es sollte das Geld vorzugsweise bei der Landesbank entnommen werden. Nur das letztere ist uns möglich gewesen. Von diesem außerordentlichen Haushaltsplan sind etwa 5,3 Millionen ausgegeben. Wenn Sie diese Beträge zusammenzählen, so können Sie sich das augenblickliche Defizit in der Liquidität des Provinzialverbandes berechnen. Es würde noch größer sein, wenn nicht auch ein Betriebsfonds von 3,4 Millionen zur Verfügung stände, über den ja im vorigen Landtag auch berichtet worden ist. Aber nichtdestoweniger ist die augenblickliche Lage die, daß wir bei der Landesbank einen ungedeckten Vorstoß von 8,3 Millionen haben. Es grenzt m. E. an Leichtsin, bei der Landesbank so hohe Mittel auf dreimonatigen Kredit zu entnehmen, in der festen

Ueberzeugung, daß wir auch nach drei Monaten in keiner Weise in der Lage sein werden, diese Mittel zurückzahlen. Infolgedessen wären hier alle Unterlagen und alle Gründe dafür vorhanden gewesen, mit einer bedeutenden Nachtragsprovinzialumlage an den Landtag heranzutreten, um eine solide Finanzwirtschaft herbeizuführen. Der Provinzialausschuß hat aber auf Grund eingehender Beratungen mit Rücksicht auf die bekannte schwierige Lage der Stadt- und Landkreise geglaubt, davon absehen zu sollen und zu versuchen, in der bisherigen unsoliden Weise wenigstens vorläufig weiter zu wirtschaften. Das Ergebnis wird sein, daß das Defizit auf das nächste Jahr übernommen und der Voranschuß vorläufig noch weiter wachsen wird.

Wenn wir uns nun heute schon einmal fragen: Wie wird denn im nächsten Jahr der Haushaltsplan aussehen?, so sind auch dabei die Aussichten so traurig wie möglich. Nach den letzten Mitteilungen, die wir von Berlin bekommen haben, werden wir im nächsten Jahre nicht weniger als 8 Millionen weniger an Steuerüberweisungen von Berlin bekommen (Lebhaftes Hört! hört!). Wie dafür eine Deckung beschafft werden soll, ist völlig unerfindlich. Wenn dazu noch käme, daß die Ansprüche der Stadt- und Landkreise ihnen einen Teil der Kraftfahrzeugsteuer auf Kosten der Provinz zu überweisen, durchgingen und wir somit auch die Kraftfahrzeugsteuer für die Wegeunterhaltung noch missen müßten, so würde das einen völligen Zusammenbruch unserer Finanzwirtschaft bedeuten.

In diese Finanzlage, wie ich sie Ihnen jetzt geschildert habe, kommt nun die Hochwasserkatastrophe und die Entscheidung der Frage, wie die Provinz sich ähnlich wie in früheren Jahren hier helfend beteiligen kann. Früher waren die Grundsätze, die bei solchen Unglücksfällen für die Hilfeleistung befolgt wurden, die, daß ein Drittel der Staat, ein Drittel die Provinz und ein Drittel die Stadt- und Landkreise beisteuerten und das Reich nichts gab. Diese Grundsätze paßten vielleicht auf die frühere Lage, können aber heute in keiner Weise mehr aufrecht erhalten werden. Sie beruhten darauf, daß die drei eben genannten Stellen als finanziell ungefähr gleich leistungsfähig angesehen wurden. Man konnte ja vor dem Kriege vielleicht noch der Ansicht sein, daß die Kommunen noch leistungsfähiger wären als etwa der preußische Staat. Heute ist das Umgekehrte der Fall. Nicht nur die schlechte Lage der Kommunen, sondern auch die verhältnismäßig günstige Lage des preußischen Staates ist dabei ins Auge zu fassen. Der preußische Staat ist in der Lage gewesen, ohne besondere Anstrengungen einen wohlbalancierten Haushaltsplan vorzulegen, und noch vor einigen Tagen hat der preußische Herr Finanzminister in dem Haushaltsausschuß des Landtages eine glänzende Schilderung der preußischen Finanzlage gegeben und damit begründet, daß der preußische Staat in der Lage wäre, auch heute noch große Mittel zum Aufkauf industrieller Unternehmungen aufzubringen (Hört! hört! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung). Bei dieser Sachlage dürfen wir heute auch vom Staate etwas ganz anderes erwarten, als Kommunen und Provinz beisteuern. Aber auch das Reich wird sich nicht mehr zurückhalten können. Es kann das nicht mit der billigen Redensart: Hilfeleistung in solchen Fällen ist bisher immer Sache der Einzelstaaten gewesen. Das mag der Fall gewesen sein. Das beruhte auch auf den ganz anderen finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten, wie wir sie früher hatten. Heute dagegen ist die ganze öffentliche Finanzwirtschaft beim Reich in einer Weise konzentriert, daß es auch bei solchen Unglücksfällen, die einzelne Teile des Reiches treffen, aus seiner Zentralkasse mit eintreten muß (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr richtig!). Weiter kommt hinzu, daß die schwierige Lage, in der wir uns befinden, die, wie ich eben sagte, das Schwerste an unserem Unglück ist, doch mit Umständen zusammenhängt — ich nenne Besatzung und passiven Widerstand —, deren Kosten zu Lasten des Reichs zu gehen haben.

Wenn nun aber auch die Finanzlage der Provinz, gleich der der Kommunen, eine so traurige war, so hat doch der Provinzialausschuß sofort, nachdem das Unglück eingetreten war, sich schon am 4. Januar in seiner Sitzung mit der Frage beschäftigt: Wie können auch wir vielleicht noch etwas beitragen? Und er hat geglaubt, hier bis an die äußerste Grenze des finanziell Möglichen gehen zu sollen, vor allem auch, um damit dem Staat und dem Reich zu zeigen, daß auch die Beteiligten alles tun, was sie können, daß dann aber auch der gleiche Grundsatz für die anderen gelten muß. Der Provinzialausschuß hat demgemäß beschlossen, sofort 200 000 Mark für die erste Hilfe zur Verfügung zu stellen. Da weitere bereite Mittel aus unseren eigenen Quellen nicht zur Verfügung waren, wurde weiter die Bereitwilligkeit ausgesprochen, darüber hinaus noch 2 Millionen zur Verfügung zu stellen, wenn uns dieses Geld vom Staate vorgestreckt würde. Das ist mit 1 Million geschehen. Wir haben dieselbe auf zehn Jahre zu einem Zinsfuß von 6% übernommen und haben sie dann ebenfalls für die vorläufige Hilfsaktion zur Verfügung gestellt. Weiter hat die Landesbank sich bereit erklärt, zunächst 2 Millionen und dann nochmals weitere 2 Millionen als Darlehen vor allem den Kommunen zur Verfügung zu stellen, die infolge des Hochwassers nun auch noch bedeutende Ausgaben haben, wodurch der Mangel an bereiten Mitteln ihnen umso fühlbarer wird. Diese Darlehen werden zu 8½% gegeben. Weiter hat der Provinzialausschuß beschlossen, wegen der eigenen Schäden, die der Provinz in Höhe von 440 000 Mark an Wegen, Straßen und Brücken entstanden sind, auf eine Schadenersatzleistung oder Hilfeleistung von anderer Stelle zu verzichten, vielmehr diesen Betrag ganz aus Provinzialmitteln aufzubringen.

Zu diesen Beträgen sind dann von Staatswegen noch 2,3 Millionen zur Verfügung gestellt worden.

Die Hilfsaktion ist in den Händen des Herrn Oberpräsidenten konzentriert, der auch zunächst die Grundsätze über die Verteilung der Mittel nach Maßgabe der ministeriellen Anweisungen aufzustellen hat und zum Teil auch schon aufgestellt hat. Es handelt sich bei diesen Mitteln, die bisher aufgewendet worden sind, aber nur um sogenannte erste Hilfe, d. h. um die Erstattung der besonderen Schäden, die durch Aufwendungen bei den Notmaßnahmen, durch Trockenlegung der Häuser, durch Vernichtung der Nahrungsmittel usw. entstanden sind. Die weitere Hilfsaktion, die nach der genauen Abschätzung der Schäden kommen soll, steht noch bevor.

Zu dieser Hilfsaktion muß, wie gesagt, in erster Linie das Reich beitragen. Der Reichstag hat ja auch dankenswerterweise beschlossen: 3 Millionen sollen von Reichswegen zur Verfügung gestellt werden. Nach den letzten Nachrichten scheinen aber diese 3 Millionen sich irgendwie verflüchtigen zu sollen, sodaß ein wesentliches Plus vielleicht durch diese 3 Millionen nicht herauskommt. Sie werden vielleicht an Preußen zur Weitergabe gegeben. Aber Preußen hat dann ja die Versuchung, sie auf seine Leistungen zu verrechnen. Es bestände dann noch die Möglichkeit, 1 Million von der Provinz zu geben, wenn auch dieser Betrag von Preußen darlehensweise der Provinz zur Verfügung gestellt würde. Damit ist aber die alleräußerste Grenze dessen erreicht, was die Provinz tun kann, und es muß mit aller Deutlichkeit den zuständigen Staats- und Reichsinstanzen gesagt werden, daß es nicht möglich ist, über die an sich schon m. E. ganz außergewöhnlich hohe Hilfeleistung einer so schwer bedrängten Provinz hinauszugehen.

Der Provinzialausschuß hat dann auch die bestimmte Erwartung in seinem Beschluß ausgesprochen, daß diese Leistungen der Provinz den Anstoß zu einer, ebenso dem Maßstabe der Leistungsfähigkeit entsprechenden größeren Hilfsaktion seitens der anderen beteiligten Stellen geben muß.

Nun ist mit Recht in der Öffentlichkeit und auch bei den Beratungen darauf hingewiesen worden, daß es doch nun endlich die höchste Zeit sei, sich zu fragen, ob nicht solchen Schäden besser als bisher vorgebeugt werden könne. Die Beratungen und Erwägungen über solche Schutzmaßnahmen sind schon sehr alt. Es ist wohl zu hoffen, daß das jetzige Unglück den Anstoß gibt, daß sie aus den Aktenschubladen herauskommen und man jetzt an ihre schleunige Durchführung herangeht. Es darf hierbei nicht gehen wie bei der den allerältesten Provinziallandtagsmitgliedern wohlbekannten Niers-Regulierung, wo bekanntlich seit 1838 ständige Kommissionen alle paar Monate die Niers auf und ab reisen und ganze Säle von Akten bisher schon entstanden sind, bis jetzt aber noch nichts Wesentliches geschehen ist. (Hört, hört! links).

Wenn wir uns nun fragen, wie der augenblickliche Stand der Erwägungen über die Hochwasserschutzmaßnahmen ist, so muß zunächst hervorgehoben werden, daß schon, ehe das jetzige Unglück eintrat, auf Grund der Unglücke der beiden letzten Jahre der Herr Oberpräsident die Beratungen darüber eingeleitet und ein Hochwasserschutzprogramm ausgearbeitet hatte, das in mehrfachen Beratungen durchgearbeitet wurde, bei dem es zur Durchführung nur noch an dem nötigen Gelde fehlte.

Die Maßnahmen, die hier in Frage kommen, zerfallen in zwei Teile. Einmal kann man sich fragen: Ist es möglich, das Hochwasser aus dem Niederrhein fernzuhalten und es oben festzuhalten, damit es nicht herunterkommt? Was hier in Frage käme, wäre vor allem die Frage der Talsperren an den Nebenflüssen. Die Sachverständigen sind aber der Ansicht, daß bei dem Umfang des Rheinwassers mit diesen Mitteln etwas Wesentliches gegen Rheinhochwasser nicht zu machen ist. Die Hauptnebenflüsse: Neckar, Main, Mosel und Lahn bringen solche Wassermengen herunter, daß die Mittel, die aufgewendet werden müßten, um sie bei Hochwasser in Talsperren festzuhalten, so ungeheure wären, daß deren Aufbringung gar nicht in Frage kommen kann.

Hierhin gehört auch die zweite schon häufig gehörte Frage, ob durch Aufforstungen in den Quellgebieten etwas zu erreichen ist oder ob andererseits durch die Abholzungen der Schaden dieses Mal vergrößert worden ist. Beides wird ebenfalls von den Sachverständigen mit großer Wahrscheinlichkeit verneint.

Dann kommt die zweite Art der Maßnahmen, die dahin gehen müssen, die den Rhein von Zeit zu Zeit immer wieder herabkommenden Hochwasser in solchen Bahnen zu halten, daß sie keinen Schaden anrichten. Hier ist in erster Linie die Freilegung des sogenannten Abflußgebietes notwendig. Das sind die Vorländer am Rhein zu beiden Seiten, die nur bei Hochwasser von Wasser überdeckt werden, die aber bei solchem Hochwasser regelmäßig durch die Ablagerung von Schlamm, Sand und Kies erhöht werden und bei denen die Abflußmöglichkeit noch durch alle möglichen künstlichen Anlagen, wie Korbweiden, Schuppen, Scheunen und Gebäude, die dort errichtet werden, erschwert wird. Eine der ersten Aufgaben wird nach Ansicht der Sachverständigen sein müssen, hier für eine Freilegung des Abflußgebietes zu sorgen. Man hat berechnet, daß bei Emmerich das Wasser infolge des nicht freiliegenden Abflußgebietes etwa 60 bis 80 cm höher gewesen ist, als es bei gleichem Hochwasser des Mittelrheins früher war und als es bei freiliegendem Abflußgebiet auch diesmal gewesen wäre. Allein im Bezirk Düsseldorf wird aber diese Maßnahme 12 Millionen kosten.

Weiter kommt die Verstärkung der sogenannten Banndeiche in Frage. Es ist anzuerkennen, daß es gelungen ist, diesmal, wenn auch mit Mühe und Not, die Banndeiche zu halten. Sie haben aber doch eine Anzahl Schäden erlitten, die unbedingt ausgebessert werden müssen. Ebenso sind auf Grund der jetzigen Erfahrungen Erhöhungen unvermeidlich. Weiter werden die Sommerdeiche, die das Hochwasser im Winter herüberlassen, vielleicht zu Banndeichen ausgebaut werden, soweit nicht landwirtschaftliche Interessen entgegenstehen. Die Anlage von Pumpwerken an geeigneten Stellen kommt ebenfalls in Frage. Weitere Maßnahmen sind der Ausbau und die Einrichtung von sogenannten Hochwasserwehren der Einwohner, die in Notfällen in Tätigkeit treten.

Man spricht dann noch von zwei Maßnahmen, deren Durchführbarkeit aber ebenfalls skeptisch zu beurteilen ist: eine sogenannte Hochwasserversicherung und die Einrichtung von Hochwasserzwangsparkassen, in denen die regelmäßig Hochwasserschädigten einen Fonds anzusammeln hätten, der für Notfälle zur Verfügung steht. Beide Wege können aber wohl kaum gegangen werden.

Als letztes kommen noch baupolizeiliche Verordnungen über das Bauen in gefährdeten Gebieten in Betracht, die ebenfalls schon erlassen oder in Vorbereitung sind.

Alle diese Maßnahmen werden jetzt hoffentlich unter der Leitung der Staatsregierung zu einem großzügigen und umfangreichen Programm zusammengefaßt und beschleunigt zur Durchführung gebracht werden, und zwar — das muß mit Nachdruck betont werden — im wesentlichen aus Staats- und Reichsmitteln. Der Provinzialausschuß hat allerdings in der Vorlage, die er Ihnen heute macht, auch seinerseits den guten Willen zeigen wollen, indem er sich bereit erklärt hat, in den nächsten Haushaltsplan für diesen Zweck 200 000 Mark einzustellen und aus der noch zur Verfügung zu stellenden einen Million auch Mittel für die Hochwasserschutzmaßnahmen zu verwenden. Aber im wesentlichen — das darf ich nochmals betonen — werden es Reich und Staat sein müssen, die hier helfen.

Aus diesen Erwägungen ist der Ihnen vorliegende Antrag des Provinzialausschusses hervorgegangen; er lautet:

- „1. Der Provinziallandtag erklärt sich mit der bereits erfolgten Bereitstellung von 1,2 Millionen Mark für die Hochwasserschädigten einverstanden, wovon 1 Million vom Staate dem Provinzialverband als Darlehen auf zehn Jahre zu 6% gegeben worden ist.
2. Der Provinziallandtag erklärt sich bereit, für den gleichen Zweck und für die unter 3) erwähnten Hochwasserschutzanlagen noch eine weitere Million Mark bereitzustellen, wenn dem Provinzialverband auch diese Million Mark auf zehn Jahre vom Staate vorgestreckt wird bei einer Verzinsung von 6%.
3. Der Provinziallandtag beauftragt den Provinzialausschuß, in den nächstjährigen Haushaltsplan außer den 240 000 Mark, die vom Hochwasser 1924 her noch fällig sind, und außer den Summen für die Verzinsung und Tilgung der jetzt vom Staate gemäß 1) und 2) geliehenen zwei Millionen Mark noch einzusetzen: 200 000 Mark zur Unterstützung des Baues von Hochwasserschutzanlagen und 440 000 Mark zur Beseitigung der an den Straßen und Brücken des Provinzialverbandes entstandenen Schäden.“

Dann schlägt der Provinzialausschuß Ihnen noch eine Maßnahme vor, die finanziell von nicht so großer Bedeutung ist, nämlich den Verzicht auf die Rückzahlung der Beträge aus dem Jahre 1924, die darlehnsweise gegeben worden sind, in demselben Maße, als der Staat auf diese Beträge auch verzichtet. Der Antrag lautet weiter:

- „4. Provinziallandtag ist damit einverstanden, daß in Fällen, wo der Kreis der jetzt vom Hochwasser Betroffenen mit dem Kreis der Betroffenen von 1924 zusammenfällt, bei der Rückzahlung der Darlehen (ausgenommen die Landesbankdarlehen) für den Provinzialanteil dieselben Erleichterungen gewährt werden, wie sie der Staat für seinen Staatsanteil in Aussicht nimmt.
5. Provinziallandtag erklärt, daß, nachdem der Provinzialverband unter äußerster Anspannung seiner Finanzkraft alles ihm nur Mögliche getan hat, um die Not der durch das Hochwasser Betroffenen zu lindern, nimmeh Reich und Staat in bedeutend höherem Maße, als es bisher geschehen ist, Mittel zur Durchführung der Hilfsmaßnahmen zur Verfügung stellen müssen.
6. Der Provinziallandtag beauftragt den Provinzialausschuß, in Verbindung mit den zuständigen Verwaltungsstellen eingehend zu prüfen, durch welche Maßnahmen in Zukunft ähnlichen Katastrophen vorgebeugt werden kann. Der Provinziallandtag erwartet, daß das hiernach systematisch aufzustellende Hochwasserschutzprogramm mit Hilfe von Staats- und Reichsmitteln beschleunigt zur Durchführung gebracht wird.“

Ich glaube, wenn der Provinziallandtag diesen Antrag annimmt, so wird er unserer schwergeprüften Bevölkerung zeigen, daß auch von Provinzwegen alles geschieht, was in ihrer Kraft steht, um ihr zu helfen. Wir dürfen dann wohl überzeugt sein, daß auch Reich und Staat den Notschrei aus der Rheinprovinz hören und die Vorschläge und Anträge, mit denen wir an sie herantreten, auch ihrerseits genehmigen werden. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a ß e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab als Antragsteller.

Abgeordneter K n a b : Meine Damen und Herren! Einen Teil der Ausführungen kann ich mir ersparen, da der Vertreter der Verwaltung, der Herr Landeshauptmann, sie schon vorweggenommen hat. Es ist über das Hochwasser und seine Ursachen in den Tagen seit Dezember soviel geredet und auch in den Zeitungen geschrieben worden, daß es wohl den anwesenden Mitgliedern des Hauses und auch der Öffentlichkeit hinreichend bekannt sein wird, auf welche Ursachen man in wissenschaftlichen Kreisen die Hochwasserkatastrophe zurückführt. Zum andern aber auch ist die Öffentlichkeit darüber orientiert, welcher Schaden, zahlenmäßig ausgedrückt, aus dem Hochwasser entstanden ist, weiter aber auch darüber, welche Not und welches Elend in breite Bevölkerungskreise der Rheinprovinz hineingetragen worden ist. Wir betonen folgendes zunächst als Partei der Arbeitnehmer, wir wissen aber auch, daß wir uns dabei mit einem großen Teil der Mitglieder dieses Hauses, die unserer Fraktion nicht angehören, in Übereinstimmung befinden: am härtesten und schwersten sind von der Hochwasserkatastrophe die Arbeiter und Angestellten betroffen worden, die einen bedeutenden Lohnausfall dadurch hatten und deren Existenz auf dem fargen Arbeitseinkommen beruht, zum andern die Handel- und Gewerbetreibenden, die unmittelbar ihre Geschäfte durch das Hochwasser lahmgelegt bekamen, weiter aber auch unsere Klein- und Mittelbauern und Winzer an Rhein, Mosel, Nahe und den sonstigen Nebenflüssen. Diese Schichten, die schon durch den Krieg, die Inflation, die Besatzung und den Ruhrkampf in ihren wirtschaftlichen Grundlagen auf das tiefste erschüttert wurden, zum Teil sogar aus ihrer selbständigen Existenz herausgerissen und in die Reihen des Proletariats hineingeschleudert wurden, sind es wieder, die durch die Naturkatastrophe zum vielleicht fünften oder sechsten Male innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren eigentlich vor das Nichts gestellt worden sind. Wir erwarten deshalb, daß auch dieses Haus sich bereit finden wird, alle Mittel, die nur eben flüssig zu machen sind, für die Geschädigten aufzubringen.

Ich will aber, um von vornherein jeden Zweifel zu beseitigen, betonen: Unsere Fraktion erwartet nicht, stellt auch nicht den Anspruch, daß die Provinz einen g r o ß e n Teil der Lasten übernehmen wird. Der Herr Oberpräsident hat in seinen Pressebesprechungen und der Herr Landeshauptmann hat in seinem eben hier gehaltenen Vortrage erklärt, daß, soweit man es übersehen kann, jetzt wohl mit einem Gesamtschaden von 50 Millionen Mark zu rechnen ist. Diese schätzungsweise Angabe stimmt überein mit den Auffassungen, die in unseren Parteikreisen herrschen, und die bereits in einem Antrage unserer Landtagsfraktion vor fünf Wochen ihren Ausdruck gefunden haben. Wir schätzen auch den Schaden auf etwa 50 Millionen Mark und sagen folgendes:

Von diesem Schaden können die betroffenen Gemeinden und die Rheinprovinz nicht mehr als ein Fünftel und jeder von ihnen nicht mehr als ein Zehntel tragen, weil durch den Finanzausgleich die Lage der Gemeinden, der Kreise und der Provinz geradezu katastrophal geworden ist. Das Reich und der Staat haben bei der Verteilung der steuerlichen Einkünfte nicht die Einsicht in die Notwendigkeiten der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialpolitik und ihre Arbeitsgebiete bewiesen, die unbedingt erforderlich wäre. Unseres Erachtens sind also die betroffenen Gemeinden und Kreise nicht in der Lage, die Quote des Schadens zu tragen, die man früher als tragbar angesehen hat: Von Staat, Provinz, Kreis bzw. Gemeinde wird der Schaden in einem Verhältnis von 1 : 1 : 1 getragen, aber die zur Verfügung gestellten Gelder sind so zu teilen. Wir glauben also, daß die Provinz einen Teil des Gesamtschadens übernehmen kann und die betroffenen Gemeinden einen weiteren Teil; die übrigen acht Teile sind von Staat und Reich aufzubringen. Das Reich darf nur ja nicht glauben, daß es mit den 200 000 Reichsmark, die es dem Dispositionsfonds des Reichspräsidenten überwiesen und aus denen 100 000 Mark für die Rheinprovinz geflossen sind, seiner moralischen und rechtlichen Verpflichtungen gegenüber den geschädigten Gemeinden und gegenüber den hochwassergeschädigten Einzelpersonen entbunden wäre. Ich glaube, daß dieses Haus alle Veranlassung hat, weil wir ja auch ein kommunales Parlament sind, gegenüber dem Staats- und Reichsparlament zum Ausdruck zu bringen, daß der Weg, den Reich und Staat eingeschlagen haben, für die Provinzialverwaltung und die Gemeinden der Rheinprovinz nicht gangbar ist.

Wir haben zu diesem Zwecke eine EntschlieÙung eingebracht, die in etwas kürzerer Zusammendrängung das enthält, was ich eben gesagt habe. Wir hoffen, daß in diesem Hause sich eine Mehrheit finden wird, die unserer EntschlieÙung zustimmt.

Der Herr Landeshauptmann hat in den sechs Punkten, die der Provinzialausschuß Ihnen zur Annahme empfiehlt, unter Punkt 5 und 6 ebenfalls davon gesprochen, daß Staat und Reich in erheblich höherem Maße zur Deckung der entstandenen Schäden beitragen, aber auch herangezogen werden müssen, um die notwendigen VorbeugemaÙnahmen gegen künftige Hochwasserkatastrophen zu ergreifen. Insofern deckt sich rein dem Inhalte nach ein Teil unserer EntschlieÙung mit diesen beiden Punkten, die der Herr Landeshauptmann Ihnen zur Annahme empfohlen hat. Wir glauben aber, daß die Form, die der Provinzial-

auszuschuß und auch der Herr Landeshauptmann für seinen Antrag gefunden hat, nicht mit der nötigen Schärfe das zum Ausdruck bringt. Wir glauben zum andern, daß es, wenn man schon ungefähr den Gesamtschaden kennt, auch notwendig ist, in dieser Entschließung auch zahlenmäßig zum Ausdruck zu bringen, was die Rheinprovinz von Reich und Staat an Entschädigung erwartet.

Meine Damen und Herren! Es gibt unter Ihnen welche, die so zartbesaitet sind, daß sie jagen: Das wollen wir den späteren Verhandlungen überlassen; man kann doch nicht gut gegenüber Reich und Staat, die sich auch in einer großen Bedrängnis befinden, so schroff eine Forderung in der konkreten Zahl von 40 Millionen RM. zum Ausdruck bringen. Das ist schon an verschiedenen Orten von Vertretern einiger bürgerlicher Parteien betont worden. Aber, meine Damen und Herren, es ist merkwürdig, wenn die geschädigten Großagrarien oder die durch den Ruhrkampf geschädigten Ruhrindustriellen oder irgendwelche Leute, die durch die Stabilisierungsperiode, die die Grundlagen auch eines Teils der Privatbetriebe erschüttert hat, geschädigt sind, sich an Reich und Staat mit Eingaben wenden, dann sind sie nicht von einer solchen Bescheidenheit, wie es gewöhnlich die öffentlichen Körperschaften, die Gemeinde, Kreise und Provinzen, sind (Sehr gut! bei den Kommunisten). Dann finden wir, daß die betroffenen Unternehmer ihre Schäden von Sachverständigen, die gewöhnlich nach ihrem Geschmack sind, abschätzen lassen und sagen: Mein Betrieb bedarf, um weiter aufrecht erhalten zu werden, immerhin einer Summe von 20 Millionen. Sie drücken in einer konkreten Zahl aus, was Sie von Reich und Staat erwarten. Auch wir in Köln haben im Hochwasserausschuß von einer ganzen Anzahl privater Firmen (Holzhandelsfirmen usw.) Anträge auf Darlehen in einer konkreten Höhe bekommen, damit sie ihr Geschäft weiter aufrecht erhalten können, auch von solchen Firmen, wo nachher durch die amtlichen Hochwasserausschüsse der Stadt Köln festgestellt wurde, daß die betreffenden Firmen nicht wirklich in dem Maße geschädigt waren, als sie es dargelegt hatten, daß sie schon längst am Wackeln waren, ehe das Hochwasser kam, und daß sie wahrscheinlich schon längst in die Binsen gegangen wären, wenn sie nicht ihre Gläubiger auf die Summen hätten vertrauen können, die sie jetzt eventuell aus öffentlichen Kassen erwarten. Meine Damen und Herren! auch die Herren vom Zentrum in Köln, die in den Hochwasserausschüssen mittätig sind und auch an Ort und Stelle mit die Schäden abschätzen gehen — in der Kölner Stadtverordnetenversammlung ist dieser Beschluß gefaßt worden —, auch Mitglieder anderer bürgerlicher Fraktionen in Köln haben wiederholt betont, daß auch ihnen schon Fälle vorgekommen sind, wo gewisse Hochwasserpekulanten glauben, man könnte jetzt meinerwegen mit Sodener Mineralpastillen, die schon zwei Hochwasser haben über sich ergehen lassen, zum dritten Male auch noch ein Geschäft machen (Heiterkeit). Ich führe das nur an, um Sie davon abzuhalten, heute in Ihren Forderungen gegenüber Reich und Staat zu bescheiden zu sein, nämlich dann, wenn es sich, wie jetzt, darum handelt, einmal Gelder zu bekommen, die ja nicht von uns unmittelbar an die einzelnen Privatgeschädigten gegeben werden, sondern wir verlangen, daß die Gelder von Reich und Staat auf dem Wege über die Provinz an die Kreise, Städte und Gemeinden fließen sollen, und es ist Aufgabe der Gemeindevertretungen und Gemeindeverwaltungen, eine Kontrolle über die Verteilung dieser Mittel durchzuführen.

Ich möchte aber die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne auch heute hier zu sagen: Wir sind durch die Entschädigungen in den Jahren 1920 und 1924 und durch die Art und Weise, wie sie in verschiedenen Städten und Gemeinden der Rheinprovinz ausgeteilt worden sind, sehr, sehr mißtrauisch geworden. Wir wissen, daß in gewissen kleinen Orten an Rhein, Mosel und Nahe bestimmte Großgrundbesitzer immerhin einen solchen Einfluß haben, daß er sich auch auf die Verteilung dieser Mittel auswirkt und daß dann, wie gewöhnlich im Leben, der Kleinste zu kurz kommt und dem, der vieles hat, auch noch vieles gegeben wird. Deshalb möchten wir doch empfehlen, daß auch der Provinziallandtag seinem Willen dahin Ausdruck gibt, aus den Mitteln, die doch recht karg bemessen werden, in erster Linie einmal die Minderbemittelten, die heute schwer um ihre Existenz ringen müssen — Kleinbauern, Winzer, Handwerker, Kleingewerbetreibende und Arbeitnehmer —, zu bedenken. Wir glauben, daß es notwendig ist, dies auch in einer öffentlichen Sitzung zum Ausdruck zu bringen. Wir haben in Köln bei dem Hochwasser 1920 auch die Erfahrung gemacht, daß gewisse Leute versuchen, ein Geschäft zu machen, und sehr viel kleine Leute, zum Teil aus Unkenntnis der Wege, die sie zu gehen hatten, nicht in den Genuß einer Entschädigung gekommen sind. Im Kölner Stadtparlament sind acht Hochwasserschäden-Kommissionen aus Vertretern der Stadtverwaltung und der Stadtverordneten gebildet worden, und wir können sagen, daß beim Hochwasser 1924 und auch beim diesjährigen Hochwasser keine Beschwerden aus den Kreisen der betroffenen Bevölkerung gekommen sind, weil die Volksvertreter Gelegenheit hatten, sich an Ort und Stelle mit den Leuten ins Benehmen zu setzen.

Meine Damen und Herren! Wir wollen Ihnen aber die Prüfung Ihres Gewissens möglichst erleichtern. (Oberbürgermeister Abgeordneter Jarwick schüttelt verneinend mit dem Kopf) — Ich habe nicht behauptet, Herr Jarwick, daß Sie ein Gewissen haben (Heiterkeit. Sehr gut! bei den Kommunisten). — Wir beantragen deshalb, daß die Entschließung, die wir Ihnen vorgelegt haben, in der Abstimmung geteilt wird, und zwar so, daß die beiden ersten Abschnitte zunächst zur Abstimmung gestellt werden und daß dann

der letzte Abschnitt, der mit den Worten beginnt: „Der Provinziallandtag fordert die Parteien des Reichstages und des Landtages, die Reichs- und Staatsregierung auf“ zur Abstimmung kommt.

Wir haben des weiteren beantragt, daß die Summe von 800 000 Mark als verlorener Zuschuß an die Kreise und Gemeinden gegeben werden soll und daß Sie heute über diesen Antrag abstimmen sollen.

Meine Damen und Herren! Die Provinz hat ja bisher auf Beschluß des Provinzialausschusses nur 200 000 Mark à fonds perdu bewilligt. Wir wollen diesen verlorenen Zuschuß um 800 000 Mark auf den Betrag von einer Million Goldmark erhöhen. Dazu kämen dann die 4 Millionen, die die Landesbank zu einem unserer Auffassung nach sehr hohen Prozentsatz an die betroffenen Kommunen und Kreise vergeben hat. Wir wünschen, daß dieser Prozentsatz von 8 ½ auf 5 reduziert wird. Die Herren von der Landesbank werden sagen: Wir aus unseren Machtvollkommenheiten können das nicht, denn wir sind ja durch gewisse gesetzliche Vorschriften gebunden. Es ist aber möglich, daß der Provinzialverband einen Teil des Zinsfußes auf eigenes Konto übernimmt. Wir haben uns deshalb erlaubt, Ihnen unter Punkt 2 vorzuschlagen, daß die Differenz zwischen 8 ½ und 5% auf den Provinzialverband übernommen wird. Das würde eine jährliche Last von rund 140 000 Reichsmark darstellen. Für die eine Million, die wir aus Staatsmitteln als Darlehen erhalten haben und die an die Gemeinden und Kreise weitergegeben werden, fordert der Staat der Provinz einen Zinsfuß von 6%, ab. Die Provinz hat also hierfür eine Zinsenlast von 60 000 Mark pro Jahr zu übernehmen. Wenn wir nun einer weiteren Million, entsprechend dem Antrage des Provinzialausschusses unter 2, unsere Zustimmung geben, so wird das eine weitere Belastung der laufenden Ausgaben der Provinz von 60 000 Mark im Jahre ausmachen. Wir würden also eine Zinsenlast von 120 000 Mark übernehmen. Nun, meine Damen und Herren, glaube ich doch, daß wir als Provinzialverband und Landtag alle Ursache haben, gegenüber dem Staate zu betonen, daß ein Zinsfuß von 6% für ein Darlehen, das den Zweck hat, die Schäden zu beseitigen, die durch das Hochwasser entstanden sind, vollkommen ungerechtfertigt ist. Wir müssen dem Staate gegenüber zum Ausdruck bringen, daß er uns dieses Geld zinslos oder, falls das abgelehnt wird, zu einem wesentlich geringeren Zinsfuß überlassen soll.

Meine Damen und Herren! Wir haben nun zu den beiden Anträgen, noch 800 000 Mark à fonds perdu zu bewilligen und die Zinsdifferenz auf den Provinzialverband zu übernehmen, einen Zusatzantrag gemacht, der Ihnen ja in der Vorlage zur Kenntnis gebracht worden ist. Wir ziehen diesen Zusatzantrag auf Grund einer Besprechung zwischen der sozialdemokratischen und unserer Fraktion zurück. Wir schlagen Ihnen im Namen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion vor, an Stelle dieses zurückgezogenen Zusatzantrages folgenden Zusatzantrag anzunehmen:

„Zur Verteilung der Zuschüsse und Darlehen wird beim Oberpräsidenten eine 15gliedrige Kommission aus Mitgliedern des Provinziallandtages eingesetzt, die das Recht hat, Bürgermitglieder aus den Reihen der Hochwassergeschädigten hinzuzuziehen.“

Sie sollen also zunächst einmal diese Kommission des Provinziallandtages bilden, die dann zu den staatlichen Organen der Provinz tritt und ihr Gutachten über die Verteilung der öffentlichen Gelder abgibt. Zweitens sollen Sie dieser Kommission das Recht verleihen, je nach den Verhältnissen Vertreter der Hochwassergeschädigten hinzuzuziehen, um deren Meinung zu hören, die sich auf die Kenntnis der örtlichen Verhältnisse gründet. Meine Damen und Herren! Diese Meinung kann unter Umständen sehr wertvoll sein. Wir haben in Köln das auch inoffiziell gemacht und haben aus den Reihen der Hochwassergeschädigten eine solche Fülle von Angaben bekommen, daß es den Vertretern der öffentlichen Verwaltungen gelungen ist, eine ganze Reihe von ungerechtfertigt gestellten Ansprüchen angeblich Hochwassergeschädigter zurückzuweisen. Auch wir haben ein Interesse daran, daß das Hochwasser nicht von Spekulanten ausgenutzt wird, die bereit sind, jede Not des Volkes auszunutzen, um ihren Geldbeutel zu füllen. Aus diesem Grunde haben wir den Zusatzantrag im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Fraktion gestellt. Wir bitten Sie, diesem Zusatzantrage Ihre Zustimmung zu geben.

Es würde uns in diesem Zusammenhang auch interessieren, von dem Vertreter der Staatsregierung, dem Herrn Oberpräsidenten, zu hören, ob er glaubt, daß nach Lage der Dinge die Staatsverwaltung hier in der Rheinprovinz mit diesem Ausschuß zusammenarbeiten kann, und wie bisher die Gelder unterverteilt worden sind.

Meine Damen und Herren! Ich habe dann zu den Anträgen des Provinzialausschusses zu bemerken, daß wir den Anträgen unter Nummer 1, 2, 3 und 4 zustimmen werden. Wir werden aber, bevor der Antrag unter 5 und 6 zur Abstimmung gestellt wird, zunächst fordern, daß über unsere Entschliebung abgestimmt wird, einmal, weil unsere Entschliebung als erste eingebracht worden ist, und zum zweiten, weil sie in ihren Forderungen weitergehend ist als die Forderungen, die der Herr Landeshauptmann unter Nummer 5 und 6 begründet hat. Wir haben in unserer Entschliebung am Schluß ferner gefordert, daß das Reich in Verbindung mit den Uferstaaten die Ursachen des Hochwassers ergründen soll und daß es auch in Verbindung mit diesen Uferstaaten die Schutzmaßnahmen gegen künftige Hochwasserkatastrophen einzuleiten hat. Wir

sind der Auffassung, es genügt nicht, daß allein das deutsche Reich mit den anliegenden Freistaaten Preußen, Hessen, Bayern und Baden diese Ursachen ergründet und für Abhilfe sorgt, sondern es müssen alle Staaten, die von der Quelle bis zur Mündung des Rheins liegen, dieses Problem anpacken. Das würde bedeuten, daß man mit Frankreich, mit Holland und auch mit der Schweiz in Verbindung tritt, um die notwendigen Aufgaben durchführen zu können. Unsere Auffassung nach ist die Technik soweit fortgeschritten, daß es bei Bewilligung von Mitteln unbedingt gelingen muß, künftigen Hochwasserkatastrophen vorzubeugen. Wir glauben, daß diese Art und Weise des Hochwasserschutzes viel geeigneter ist, Schaden zu verhüten und Not zu beseitigen, als nachträglich Millionen an Entschädigungen auszugeben, ohne die Gewähr zu haben, daß nicht in einigen Monaten oder im nächsten Jahre eine zweite Hochwasserkatastrophe von vielleicht noch tieferer Wirkung eintreten wird als die vorhergehende. Schon vom rein kaufmännischen Gesichtspunkte aus würde das die praktischste Behandlung der Hochwasserfrage sein, die wir uns denken können. Aber auch vom Standpunkte der Arbeitnehmer aus würden wir es als eine Maßnahme begrüßen, die geeignet ist, vielen Tausenden oder Zehntausenden von Erwerbslosen Arbeit und damit auch Brot zu geben.

Zur Eröffnung des Landtages haben der Herr Oberpräsident und der Herr Alterspräsident ausgeführt: Nicht verzagen, sondern arbeiten! Dann werden wir wieder einen Weg nach oben finden! Meine Damen und Herren! Wir unterscheiden uns hier grundsätzlich von Ihnen. Wir wissen, welche Ursachen die heutige Arbeitslosigkeit herbeigeführt haben, Ursachen, die in den inner- und außenpolitischen Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft selbst begründet sind. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir sagen Ihnen aber andererseits: Wo eben nur Arbeitsgelegenheit zu schaffen ist, haben wir die Pflicht, sie zu schaffen. Mit schönen Worten können wir den Erwerbslosen nicht helfen. Geben wir ihnen Arbeit! Das können wir, wenn wir mit der nötigen Entschlossenheit und Bereitschaft uns hinter die Forderungen stellen, die der Provinzialausschuß und unsere Fraktion Ihnen unterbreitet haben.

Zum Schluß noch eins: Betreffend der Forderung des Vereins der Holzindustriellen von Rheinland und Westfalen ist auch unsere Fraktion der Ansicht, daß wir als Provinziallandtag uns nicht mit den einzelnen Geschädigten oder mit seinen Interessenverbänden zu befassen haben. Diese haben sich vielmehr an die betreffenden Kommunal- und Kreisstellen zu wenden, wenn sie glauben, Ansprüche stellen zu müssen. Wir können uns jedenfalls für eine Beschlusfassung über diesen Antrag nicht aussprechen. Wir wären auch nicht dafür zu haben, weil wir sowohl durch die Petition als auch durch die beigeheftete Denkschrift den Eindruck bekommen haben, daß es sich dort um ein planmäßiges, organisiertes Vorgehen handelt, das bereits technisch so vollkommen organisiert ist, daß es den Vertretern der öffentlichen Körperschaften sehr schwer werden würde, überhaupt zu unterscheiden, was direkte Schäden sind und was Schäden sind, auf deren Ersatz man einen Anspruch erhebt, ohne ihn mit Tatsachen belegen zu können. Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, können wir uns nicht für die Forderung des Vereins der Holzindustriellen aussprechen.

Wir nehmen aber an, daß unsere Forderungen Ihre Zustimmung finden werden. Seien Sie sich bewußt, daß Hunderttausende von Geschädigten in der Rheinprovinz heute auf die erste Tagung des neuen Provinziallandtages blicken und erwarten, daß von ihm weitgreifende Maßnahmen getroffen werden, um die eingetretenen Schäden zu beseitigen und künftiges Unheil zu verhüten. (Beifall bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a f e n: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pitard.

Abgeordneter P i t a r d: Meine Damen und Herren! Im Auftrage unserer Fraktion habe ich zu diesem Punkte der Tagesordnung zu erklären, daß wir mit der Provinzialverwaltung der Ansicht sind, daß die Schäden, die nimmehr in einer Reihe von hintereinander folgenden Jahren insbesondere über das Gebiet des Rheines durch die Hochwasser gekommen sind, nicht allein oder auch nur überwiegend durch die Mittel der Provinz gedeckt werden können. Wir sind vielmehr der Meinung — darin schließe ich mich auch dem Herrn Vorredner an —, daß Staat und Reich die Ehrenpflicht haben, für die Hochwassergebiete mit allem, was zur Verfügung ist, einzutreten, insbesondere für das Rheinland, das ja durch die ganzen politischen Verhältnisse der letzten Jahre aus einer Krise in die andere gekommen ist und wo die Lage sowohl des Proletariats als auch der Gewerbetreibenden eine solch schwere ist, daß es nicht möglich ist, aus sich heraus irgendwelche besondere Anstrengungen zu machen, sondern daß wir glauben, das Recht zu haben, von Staat und Reich die größte Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Ich möchte dann etwas zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns sagen. Auch ich bin der Ansicht — und mit mir die Fraktion —, daß wir uns heute nicht in Schilderungen der Einzeldinge der Hochwasser in Deutschland und insbesondere im Rheingebiet ergehen wollen, sondern daß das Schwergewicht unserer Erwägungen auf die Vorbeugung gelegt werden muß. In der Beurteilung der Zweckmäßigkeit der Talsperren in den Nebentälern des Rheines vermag ich dem Herrn Landeshauptmann doch nicht so ganz zu folgen. Ich meine, wir sollten doch etwas eingehender der Frage nähertreten, ob Talsperren wirklich so überflüssig sind, wie sie teilweise von Fachleuten hingestellt werden.

Ich selbst habe in Gemeinschaft mit einigen unserer Reichstags- und Landtagsabgeordneten während des Hochwassers das Gebiet im Regierungsbezirk Koblenz und auch in Trier besucht und habe dort auch Fachleute gesprochen, die der Ansicht sind, daß sehr wohl durch Dalsperren etwas zu erreichen ist. Eine solche Regulierung könnte m. E. doch wesentlich helfen, wenn auch natürlich nicht vollständig.

Bezüglich der Dammbauten stimme ich mit dem Herrn Landeshauptmann vollständig überein. Ich möchte hier insbesondere einen Fall herausgreifen — vielleicht kann die Provinzialverwaltung da etwas nachhelfen —: Das Gebiet um Neuwied herum ist bei dieser Katastrophe ganz besonders mitgenommen worden. Ich habe hier Photographien aus diesem Gebiet und lege sie auf den Tisch des Hauses zur gefälligen Ansicht. Dort hat der Rhein bei großem Hochwasser die Neigung, in das alte Bett zurückzuströmen. Durch diese unglückliche geographische Lage wird Neuwied nicht etwa nur von einer Seite vom Hochwasser erfaßt, sondern es wird vom Hochwasser eingeschlossen, so daß die ganzen Geschäftshäuser usw. vollständig von jedem Verkehr abgeschnitten sind und die Lebensmittel mit Rähnen usw. herangeschafft werden müssen. Ein Dammbau zur Ablenkung des alten Rheinbettes ist eine unserer ersten Aufgaben, wenn wir das ganze industrielle Gebiet dort vor einer Wiederholung einer solchen Katastrophe behüten wollen. Wenn wir mit aller Energie an diese Aufgabe herangehen, leisten wir aber auch ein gutes Stück Arbeit zur Behebung der Arbeitslosigkeit, indem zweckmäßige Arbeit gemacht wird, die ihren dauernden Wert behält und dementsprechend Früchte trägt.

Ich möchte dann zu dem Antrage sprechen, den meine Partei gemeinsam mit der Kommunistischen Partei gestellt hat, eine 15gliedrige Kommission beim Herrn Oberpräsidenten zu bilden. Wir kommen zu diesem Vorschlage, weil wir auch mit der Art, wie bisheran die Mittel verteilt worden sind, die allerträbsten Erfahrungen gemacht haben. Ich möchte hier nur an den Hochwasser-Skandal erinnern, der sich in Wallendar abgespielt hat, der dem Herrn Oberpräsidenten wohlbekannt ist. Es darf nicht wieder vorkommen, daß die Verteilung auch der örtlichen Mittel ohne jede Kontrolle der Öffentlichkeit geschieht und daß sich daran Leute bereichern, die wirklich keinen Anspruch auf Hilfe haben. Ich meine, bei der diesmaligen Verteilung hat jeder auszuscheiden, der irgendwelche Ansprüche auf Ersatz vernichteter Kellervorräte usw. erhebt. Hier war Gelegenheit, vorzubeugen und Maßnahmen zu treffen. Hochwasser-Gewinnler wollen wir hier nicht wiederkehren sehen. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt. Ich glaube, jeder der Anwesenden wird aus diesen gerechten Erwägungen heraus dem Antrage seine Zustimmung geben.

Dann möchte ich noch eine andere Sache zur Sprache bringen. Vor einigen Wochen hat beim Herrn Oberpräsidenten eine Konferenz der Bürgermeister usw. stattgefunden. Dort ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob aus den Geldern, die von Reich, Staat und Provinz aufgebracht worden sind, auch diejenigen unterstützt werden könnten, die durch das Hochwasser arbeitslos geworden sind. Das ist, soviel mir mitgeteilt worden ist, abgelehnt. Man hat die Leute an die Erwerbslosenfürsorge verwiesen. Wir hatten dann auch noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen, daß die Leute ohne die Karenzzeit in die Erwerbslosenfürsorge hineinkamen. Wenn das den Tatsachen entspricht, so müssen wir hiergegen Verwahrung einlegen. Wir sind der Meinung, daß die durch solche Naturgewalten Geschädigten auch sofort und ausreichend unterstützt werden müssen.

Zu den Anträgen, die die Kommunistische Partei gestellt hat, kann ich im Auftrage meiner Fraktion erklären, daß wir nicht in der Lage sind, diese Anträge anzunehmen. (Zuruf des Abg. Knab: Auch die Entschließung?) Nicht deshalb, weil die Summen vielleicht nicht dem entsprächen, was aufgewendet werden müßte, sondern weil wir sie mit den gegebenen Verhältnissen nicht in Einklang bringen können und der Meinung sind: Um reine Agitationsanträge zu stellen, ist die Sache doch letzten Endes etwas zu ernst. (Hört! hört! - Rufe und Lachen bei den Kommunisten. Zuruf des Abg. Knab: Mach Dich doch nicht lächerlich!) Ob ich mich lächerlich mache, das werden Sie mir schon überlassen müssen; darum frage ich Sie nicht, Herr Knab. — Uns leitet das Bestreben, aus den Verhältnissen und den vorhandenen Mitteln herauszuholen, was für die Geschädigten herauszuholen ist. Wir werden deshalb dem Antrage des Provinzialausschusses zustimmen. Ich bitte Sie aber, auch unserem Antrage zuzustimmen, der die Kontrolle durch die 15gliedrige Kommission will.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber-Kray.

Abgeordneter W e b e r - K r a y: Wenn die Diskussion aus dem Hause zu dem hochernsten Gegenstande: Hilfe den Hochwassergeschädigten! wirklich greifbare Ziele sich stecken will, dann ist für diese Diskussion auch von vornherein der Rahmen ziemlich bestimmt gesetzt. Man wird draußen erwarten, daß gerade auf dieser ersten Tagung, unter dem unmittelbaren Eindruck der Katastrophe, hier aus dem Hause sich ernste Stimmen geltend machen, die auf die Größe der Schäden hinweisen. Sicher haben alle hier im Hause, auch diejenigen, die nicht unmittelbar hier im Saale sind, Material und Möglichkeit, aus ihrer engeren Heimat irgendwelche Schäden aufzuzeigen und Schilderungen über die Schäden zu geben, die sich durch die letzte Katastrophe dort herausgestellt haben. Wir können nicht behaupten, daß die Rheinprovinz allein unter den Schäden leidet. Wir können aber jedenfalls behaupten, daß die Rheinprovinz ganz besonders schwer darunter gelitten hat, und wir

müssen sagen, daß der Rhein, diese alte Kulturstraße mit all den schönen Ufern, mit all den prächtigen Städten und Fluren, in erster Linie heute ein Unrecht darauf geltend zu machen hat, daß man der Not, die diese Straße betroffen hat, nun auch in unserem weiten Vaterlande Rechnung trägt. Wir brauchen nicht nur den Rhein zu nennen; wir können im selben Augenblick mit dem gleichen Recht auch die Nebentäler nennen; aber deren Einzelaufzählung würde uns vielleicht der Gefahr aussetzen, irgendein an sich sicherlich wertvolles Teil unserer Nebentäler zu vermissen. Ich glaube, man kann ruhig zugeben, daß das Rheinland nun einmal den Vorzug hat, alle diese wunderbaren Naturschönheiten sein eigen zu nennen, weil es diesen wunderbaren Strom und diese schönen Täler hat; dann hat aber das Rheinland im gegenwärtigen Augenblick mehr als alle anderen Landstriche unseres Vaterlandes auch die Nachteile erfahren müssen, die gerade mit dieser besonderen Naturgabe verbunden sein können. Ich habe gesagt: Schäden sind überall; ihre Aufzeichnung würde ein überaus abwechslungsreiches Bild geben. Der Herr Vorredner hat sogar Photographien auf den Tisch des Hauses gelegt über Schäden, die Neuwied erlitten hat. Man braucht schon nicht mehr zu fragen: Was hat Neuwied alles erlitten, was haben die Großstädte für einen Schaden, was hat das Gewerbe, was hat die Landwirtschaft an Schaden erfahren?, sie alle sind schwer getroffen, arm und reich, ohne Unterschied, ist von dem gegenwärtigen Notstand betroffen. Die Mosel, der Niederrhein mit seinen Weiden, sogar die Ruhr, meine engere Heimat, die sonst vielleicht nie in dieser Weise als besondere Trägerin von Hochwasserschäden bekannt geworden ist, war diesmal ebensowenig ausgenommen wie auch die Wupper mit ihrer gewerbefleißigen Bevölkerung. Nicht der Reiche, der Besizende, hat allein darunter zu leiden, sondern auch der kleine Mann, wie die Herren Vorredner das ebenfalls schon dargelegt haben; der kleine Hausbesitzer sowohl wie auch der Mieter, der in seinem Hausrat betroffen worden ist. Auch Arbeitslosigkeit ist durch den Wasserschaden in ganz besonderem Ausmaße entstanden. Man wird dem Herrn Vorredner darin sicher folgen müssen, daß, soweit gerade durch diese Katastrophe Menschen in die Erwerbslosigkeit hineingebracht worden sind, man sicherlich auch fordern muß, daß sie in die Möglichkeit hineingesetzt werden, die für die Erwerbslosigkeit nun einmal bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen auch genießen zu können.

Nun wird man im Augenblick, je nachdem man mit besonderem Temperament verfahren ist, oder je nach der Größe und Kraft seines Glaubens an die Finanzkraft der Provinz, des Staates und des Reiches verschiedene Wege suchen, um Abhilfe zu schaffen. Man wird auch, wie Herr Abgeordneter Knab eben gesagt hat, wegen Wahrung einer zarten Besaitung nicht davor zurückzuschrecken brauchen, mit weitgehendsten Forderungen an Reich und Staat aufzutreten. Aber ich glaube, es wird doch das Gebot der Stunde sein, daß man dabei auf dem Boden der Realität, auf dem Boden des Möglichen stehen bleibt. Man kann dabei durchaus nicht davon absehen, sich unter Berufung auf die Solidarität an alle diejenigen Stellen zu wenden, die berufen sind, uns hier zu helfen. Da mag die Hilfe von Reich und Staat lebendig und nachhaltig in all den Ausdrücken gefordert werden, die uns in einem solchen Moment der Not gegeben sein mögen.

Ich erkenne an, daß die Provinzialverwaltung auch angesichts einer so großen Katastrophe ein nüchterner, kalter Rechner bleiben muß. Nach den Darlegungen des Herrn Landeshauptmanns wird man mit Dankbarkeit anerkennen müssen, daß die Provinzialverwaltung bei der ersten Tagung des neugewählten Provinziallandtages gerade die wichtige Frage in den Vordergrund der Beratungen gestellt hat: Wie kann man den Hochwasserschäden mit den Mitteln abhelfen, die der Provinz im gegenwärtigen Augenblick greifbar zur Verfügung stehen? Im Gegensatz zur Provinzialverwaltung hat allerdings heute der Abgeordnete den Vorzug, daß er hier nicht das rein nüchterne Rechnen gelten zu lassen braucht, sondern den warmen Impuls, die Note des Mitgeföhls in seine heutige Stellungnahme hineinlegen kann. Ich glaube, daß ein Appell an unser gesamtes Vaterland sicherlich Widerhall finden wird, daß der Landstrich, der sonst so manchem Landesgenossen und Vaterlandsfreunde Erholung und Schönheit geboten hat, auch jetzt ein Unrecht darauf hat, daß man ihm in seiner Not zu Hilfe kommt.

Meine Fraktion stellt sich auf den Boden des Antrages, wie er uns vom Provinzialausschuß vorgelegt worden ist. Dabei hält sie sich alle Vorbehalte von Nachtragsforderungen offen, wenn die Vorlage so, wie sie jetzt ist, im gegenwärtigen Augenblick vielleicht die eine oder andere Möglichkeit noch nicht vorgesehen haben sollte, alles das zu erreichen und zu erbitten, was uns an Hilfe zukommen kann. Aber für meine Fraktion ist ausschlaggebend — ich glaube das auch aus den Worten des Herrn Vorredners für die seinige entnommen zu haben —, daß mit dieser Resolution schleunigst eine wirklich mögliche Hilfe gewährt werden soll, die sicherlich im Augenblick das erste Gebot der Stunde ist.

Ob man in dem Zusammenhang mit Hochwasserschäden nun etwa einen Wettlauf in der Antragsstellung veranstalten soll, diese Frage scheint mir doch kaum zu bejahen zu sein. Ich möchte auch gegenüber Herrn Knab glauben, daß es vielleicht im Augenblick weniger wichtig ist, gerade bei diesem Gegenstande eine Probe darauf zu machen, wie weit die eine oder andere Fraktion einen besonders großen Vorrat an Gewissen hat. Herr Knab hat ja geglaubt, diese Probe bei der Zentrumsfraktion anstellen zu sollen. Da möchte ich ihm entgegenhalten, daß bei dem Ernst der Sache und der hervorgetretenen Einmütigkeit des Hauses

in dem Wunsche, zu helfen, es vielleicht seiner Fraktion allein noch unangenehm scheinen mag, sich in etwa — sagen wir einmal — den Agitationsgewinn aus einem eigenen Antrage entgehen lassen zu müssen, wenn eben sonst die einmütige Annahme eines Beschlusses erfolgen würde, wie ihn der Provinzialausschuß vorgelegt hat. Wenn der Vertreter der kommunistischen Fraktion schon selbst erklärt hat, er könne von der Vorlage des Provinzialausschusses die Punkte 1 bis 4 annehmen, dann scheint mir, wenn Herr Knab nicht gerade die Probe auf das Gewissen des Zentrums im Augenblick für viel wichtiger hält, ebenso gut für ihn der Schritt möglich zu sein, die Punkte 5 und 6 ebenfalls anzunehmen. Denn ich könnte mir denken, je einmütiger ein solcher Beschluß gefaßt ist, um so nachhaltiger und wirkungsvoller ist auch der Eindruck, den ein solcher Beschluß nach außen macht. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a b e n: Das Wort hat Herr Abgeordneter Triebel. (Zuruf: Verzichtet!) Dann Herr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. K a i s e r: Meine Damen und Herren! Auch meine Freunde stimmen den Anträgen des Provinzialausschusses zu. Wir sind aber auch der Meinung des Herrn Landeshauptmanns, daß die Finanzverhältnisse der Provinz aufs äußerste angepannt sind, ja, daß sie vielleicht jetzt schon mehr angepannt sind, als es eine solide Finanzwirtschaft zuläßt. Wir sind weiter mit ihm der Meinung, daß die Finanzverhältnisse zwischen Reich, Staat und Kommunen gegenüber früher ganz andere geworden sind und daß man nicht wie früher einfach die Provinzen auf sich selbst verweisen kann. Preußen ist, auch wenn man seine Finanzlage nicht gerade so günstig betrachtet, wie es der Herr Landeshauptmann heute getan hat, jedenfalls auch nach unserer Meinung in der Lage, hier noch ganz erheblich einzugreifen. Ebenso sind wir der Meinung, daß auch vom Reiche, wo jetzt alle Finanzkraft konzentriert ist, in einem solchen Falle wie dem, um den es sich hier handelt, irgend etwas geschehen muß. Wir werden also dafür eintreten, daß man der großen Not, die wir, die wir in den Uberschwemmungsgebieten sitzen, allenthalben aus eigener Erfahrung kennengelernt haben, in weitgehender Weise abhilft. Wenn man über etwas streiten kann, so kann man nur darüber streiten, wer am ehesten in der Lage ist, hier helfend einzugreifen.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion lehnen wir ab. Wenn Herr Knab meint, wir sollen eine möglichst hohe Forderung stellen, und zur Begründung Auswüchse anführt, die in dem Verlangen von Privaten ganz zweifellos hervorgetreten sind, so können wir doch nicht empfehlen, daß der Provinziallandtag auch diesen Weg des Auswuchses beschreitet. Der Private mag sich das leisten und dafür die Verantwortung tragen; der Provinziallandtag soll aber ein solches Verfahren nicht ausüben.

Zudem müssen wir und wahrscheinlich auch andere Parteien des Hauses es ablehnen, daß Herr Knab und seine Genossen sich hier ausgerechnet als die Protektoren der Kleinbauern und Winzer hinstellen. (Zuruf des Abg. Knab: Sind Sie's denn etwa?)

Die 15gliedrige Kommission, die Herr Knab im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Fraktion beantragt hat, müssen wir ebenfalls ablehnen. Sie paßt nicht in das ganze System der Verwaltung. Sie schaffen hier eine vollständig überflüssige Kommission, die nur die Sache verzögert und verteuert. (Zuruf des Abgeordneten Schwör-Essen: Und ihnen ein bißchen auf die Finger sieht!) Am Ende ist es nur eine Kommission der Reden und der Agitation und keine Kommission der Tat, wie wir sie haben wollen. (Beifall rechts.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter K n a b: Meine Damen und Herren! Was die Redner der übrigen Fraktionen betont haben, war im Grunde genommen das, was wir erwartet hatten. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wenn wir trotzdem die Begründung unserer Anträge in einer Form vorgebracht haben, die bemüht war, das persönliche Empfinden des einzelnen hier trotz aller grundsätzlichen Verschiedenheit nicht zu verletzen, so haben wir das, wie ich ausdrücklich betonen möchte, in der Hoffnung getan, daß auch die übrigen Parteien sich hüten würden, bei dieser Angelegenheit wider besseres Wissen unsere Anträge als Agitationsanträge zu bezeichnen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Ich betone ausdrücklich: „wider besseres Wissen“, denn, meine Damen und Herren, alle Fraktionen dieses Hauses, mit Ausnahme der Wirtschaftlichen Vereinigung, sind im Provinzialausschuß vertreten, und die Wirtschaftliche Vereinigung ist die einzige, die heute nicht gesprochen hat, von der aus also nicht die Behauptung ausgegangen ist, unsere Anträge seien Agitationsanträge. Den Sozialdemokraten blieb es vorbehalten, ihren bürgerlichen „Gegnern“ (in Anführungszeichen) — nach unserer Ansicht ihren Freunden (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr richtig!) — die notwendigen Argumente in die Hand zu liefern, um sich an einer klaren Stellungnahme zu den Forderungen unserer Fraktion vorbeizudrücken. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Das sind wir schon so gewöhnt von unseren Freunden von rechts, von den Sozialdemokraten. Diejenigen von Ihnen, die schon jahrelang mit uns hier sitzen, wissen, daß wir 1921 damit begonnen haben, daß Herr Justizrat Kaiser betonte: Herr Knab, noch einige Jahre, dann sind auch Sie bei uns; dann sagen Sie nicht mehr das, was Sie jetzt gesagt haben. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Stimmt!) Ich sagte damals: Zwischen uns und Ihnen bestehen grundsätzliche Unter-

schiede, besteht ein Abgrund, der nicht überbrückt, sondern nur zugeschüttet werden kann (Sehr gut! bei den Kommunisten). Damals haben Sie auch gesagt: Sie werden noch einmal wie die Sozialdemokraten werden. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Sie sind auch schon etwas weiter!) Meine Damen und Herren! Fünf Jahre sind seitdem verflossen, und auch heute stehen wir Ihnen grundsätzlich genau so gegenüber wie damals. (Zuruf des Abg. Dr. Wesenfeld: Nur viel freundlicher! Heiterkeit.) Wissen Sie, Herr Justizrat Wesenfeld, ich kann nicht Ihr persönliches Empfinden analysieren, denn, was hinter Ihrer Stirn vorgeht oder eventuell nicht vorgeht, kann ich gar nicht feststellen. (Heiterkeit.) Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratie hat das 1921 schon getan, was sie heute auch durch ihren Redner, den Herrn Pifard, als Hochwasserfachverständigen der SPD-Fraktion hier vorbringen ließ. Zu seinen recht bedeutungslosen Ausführungen möchte ich aber doch dem Herrn Pifard jetzt etwas mitteilen, was er entweder wider unser Erwarten nicht von seinen Provinzialauschußmitgliedern gehört oder, wenn es ihm gestern oder heute mitgeteilt worden ist, sehr rasch wieder vergessen hat. Meine Damen und Herren! Wir haben 800 000 Mark zu den bereits bewilligten 200 000 Mark beantragt, und diese Forderung wird von dem Herrn Pifard mit einer großen Geste als ein wilder Agitationsantrag der Kommunisten bezeichnet, dem die Sozialdemokraten als vernünftige Realpolitiker nicht folgen können. Es wäre doch entsetzlich, wenn man Ihnen den staats- und wirtschaftsbewußten Sozialisten so etwas nachsagen könnte. Nun will ich dem Herrn Pifard auch verraten, daß dieser Antrag uns nicht zum Urheber hat, sondern dieser Antrag — erschrecken Sie nicht, Herr Pifard, halten Sie sich fest — stammt von einem Ihrer Zentrumskoalitionsfreunde, der in diesem Hause sitzt und ja die Gelegenheit hat, sich hierzu zu äußern. Ich stelle also die Behauptung auf: Dieser Antrag ist von einem Zentrumsmanne gestellt worden. (Hört! hört! bei den Kommunisten.) Ich habe damit kein Kommissionsgeheimnis verletzt, was ich zur Beruhigung der Verwaltung sagen will. (Heiterkeit.) Der betr. Zentrumsmann hat also Gelegenheit, mich hier Lügen zu strafen, wenn dieser Antrag nicht von einem Zentrumsmanne gestellt worden ist. Meine Damen und Herren! Es war ein Zentrumsmann, der jedenfalls ebensoviele Sachkenntnis für sich beanspruchen wird, wie auch sein Koalitionsfreund, der Herr Pifard. (Zuruf des Abg. Pifard: Danke!) Sie können es also mit Ihrem Koalitionsfreund ausmachen, Herr Pifard, ob man diesen Antrag unserer Fraktion als „einen wilden, jeder Verantwortung baren Agitationsantrag“ betrachten will oder nicht. In Ihre häuslichen Familienverhältnisse wollen wir uns weiter nicht einmischen, als es bis jetzt geschehen ist. (Sehr gut! links.) Meine Damen und Herren! Wir haben ausdrücklich in der Begründung unserer Anträge erklärt: Wir sind uns bewußt, daß von diesen Schäden die Gemeinden und die Provinz nur je ein Zehntel tragen können, daß aber acht Zehntel oder 80% von Reich und Staat zu tragen sind. Wir haben ausdrücklich die finanzielle Not der Gemeinden, Kreise und Provinzen in den Vordergrund gerückt. Von dieser Not haben wir schon gewußt, ehe Sie, Herr Pifard, Ihren Einzug in dieses „Hohe Haus“ gehalten haben.

Nun komme ich zu meinem „allverehrten“ Freunde, dem Herrn Justizrat Kaiser. Auch der Herr Justizrat Kaiser ist ein Mann, der schon viel gelernt hat. Es wird zwar in Köln in der Stadtverordnetenversammlung bestritten, daß an ihm noch etwas zu bessern ist. (Heiterkeit.) Aber, meine Damen und Herren, heute habe ich aus den Darlegungen des Herrn Justizrats Kaiser die Auffassung bekommen, daß der Fall doch nicht so ganz hoffnungslos ist, wie es den Anschein hat. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Danke schön!) Es ist immerhin möglich, daß wir später einmal, wenn wir die Macht haben und unsere Leute hier und da sitzen, (zeigt auf die Plätze der Verwaltung und des ganzen Hauses), Sie, Herr Kaiser, auch noch für irgendetwas gebrauchen können. (Sehr gut! rechts. Zuruf des Abg. Gerlach: Brauchen Sie einen „Kaiser?“) Herr Landesrat Gerlach, ob wir einen Kaiser brauchen, brauchen Sie uns nicht zu fragen. Was wir mit einem Kaiser machen, haben unsere russischen Freunde Ihnen gezeigt. Was Sie mit Ihrem Kaiser, Ihren Königen und Fürsten machen, das sollen Sie ja erst in den nächsten Tagen zeigen. (Beifall bei den Kommunisten.) Was Sie bisher mit Ihren Fürsten gemacht haben, Herr Gerlach, das wissen Sie besser als wir. Wir haben noch in keiner Regierung gejeffen, die Millionen nach Holland und den übrigen Freistaaten geschickt hat. (Bravo! bei den Kommunisten.) Darüber können Sie bei dem Zentrum und den Demokraten, bei Ihrem Ministerpräsidenten Braun und den früheren sozialdemokratischen Finanzministern die beste Auskunft bekommen. Also, deshalb beruhigen Sie sich, meine Herren von der SPD. Wir wissen, was wir mit Kaisern mit und ohne Krone anzufangen haben. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Herr Abgeordneter, wenn Sie noch lange zu sprechen gedenken, müßte ich jetzt Ihre Rede unterbrechen, denn wir müssen zur Abstimmung kommen. Im übrigen mache ich Sie darauf aufmerksam, daß wir über Hochwasserschäden sprechen.

Abgeordneter K n a b (fortfahrend): Der Herr Vorsitzende macht mich auf etwas aufmerksam, was ich selbst weiß. Ich habe es aber nicht in der Hand, Zurufe aus dem Hause zu verhindern, Herr Vorsitzender, und Sie werden mir nicht verwehren können, auf einen groben Klotz auch einen groben Keil zu setzen.

Wenn Herr Justizrat Kaiser eben betonte, daß auch die Finanzverhältnisse der Provinz angespannt seien, daß aber auch das Verhältnis von Gemeinden, Kreisen und Provinzen zu Staat und Reich sich zu

Ungunsten der Gemeinden, Kreise und Provinzen verschoben habe, so hat Herr Justizrat Kaiser etwas gelernt. Es ist wesentlich, dies festzustellen. In Köln hat er sich mit seinen Freunden gegen eine EntschlieÙung gewandt, die höhere Mittel aus dem Finanzausgleich für Gemeinden, Kreise und Provinzen forderte. Ihm und seinen Freunden ist es im Gegensatz zum Zentrum, der Wirtschaftspartei und den Demokraten vorbehalten geblieben, sich dagegen einzustellen. Er hat ja nachher gelernt und in einer anderen Körperschaft bereits dem Finanzausgleichsprotokoll seine Zustimmung gegeben. Es freut mich, auch heute in der Öffentlichkeit feststellen zu können, daß Herr Justizrat Kaiser immerhin noch verbesserungsfähig ist, wenn auch nicht grundsätzlich, so doch wenigstens in kleinen Nebenfragen. Er lehnt die kommunistischen Anträge ab, weil es für ihn auch Agitationsanträge sind. Bitte, setzen Sie sich darüber, ebenso wie Herr Pikard, mit Ihren preußischen Koalitionsfreunden auseinander; sie werden Ihnen die beste Auskunft geben.

Sie sagen, das Verfahren, daß die Privaten sich an die öffentlichen Körperschaften halten, sei ein Auswuchs. Gewiß, ein Auswuchs ist es. Aber, wenn Sie für private und öffentliche Körperschaften dasselbe Recht beanspruchen, dann finden Sie uns nicht auf diesem Weg. Wir glauben, daß in solchen Fällen der wirklichen, nachgewiesenen Not, die sonst den Gemeinden zur Last fällt, die Gemeinden gegenüber dem Reich nicht nur einen moralischen, sondern auch einen rechtlichen Anspruch auf Grund ihrer Stellung innerhalb des Reiches haben. Das ist dann kein Auswuchs, sondern die Wahrung berechtigter Interessen der Gemeinden gegenüber den Interessen von Reich und Staat. So wird ein jeder bürgerlicher Oberbürgermeister sagen. Ihnen blieb es wieder vorbehalten, in diesem Punkte noch rückschrittlicher zu sein, als es selbst Ihre bürgerlichen Oberbürgermeister sind.

Meine Herren! Zu dem, was Herr Weber-Kray gesagt hat, darf ich nur das eine sagen: Meine Herren von der Zentrumsparlei, wenn es auf Ihre Initiative angekommen wäre, Hochwasserfragen heute zu behandeln und darüber zu beschließen, dann wäre es nicht dazu gekommen. Wir sind davon überzeugt, daß ohne unseren Vorstoß die Hochwasserfrage hier nicht behandelt worden wäre. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wenn Sie die Beweise dafür haben wollen, Herr Weber-Kray, so können wir sie Ihnen auch geben. Sie müssen uns dann nur von gewissen Dingen entbinden; dann geben wir Ihnen die Beweise, wenn Sie es wünschen, auch in der Öffentlichkeit.

Zum Schluß sage ich: Wenn das Zentrum seine Hoffnung darauf setzt, daß das ganze Vaterland ein Herz haben würde für die Not der Provinz, die den Landesgenossen so viel an Schönem usw. geboten hat, so sind Sie, Herr Weber-Kray und Ihre Freunde auf einem Holzwege, auf einem sehr holzigen Wege sogar. Ihre Freunde in Preußen können Ihnen Auskunft geben, und auch Herr Oberbürgermeister Abenauer als Präsident des Staatsrats wird dazu bereit sein, Ihnen zu sagen, daß Ihre Freunde jenseits der Elbe, die Herren Großagrarien — die so ungefähr den Vergleich mit dem Herrn Baron von Loë aushalten können —, jederzeit gezeigt haben, daß sie auf ihren Forderungen bestanden, wenn es galt, die steuerlichen Einkünfte zu verteilen, sowohl im alten Staate, wo die Herren Großagrarien die Führung hatten, und es stets verstanden haben, den industriellen Westen auszupumpen, um ihre Westen auszufüllen. Die Herren Großagrarien haben sich an den steuerlichen Leistungen für Gemeinde, Staat und Reich stets vorbeigebrückt. Diese Auskunft könnten Sie sich schon längst geholt haben, Herr Weber-Kray. Wenn Sie das nicht wissen, gehören Sie noch nicht ins Parlament trotz Ihres Alters. Inhaltlich kam Ihre Rede weiter nichts sein als eine schöne Phrase, um zu verhüllen, daß Sie und Ihre Zentrumsfreunde nicht gewillt sind, das zu tun, was Ihre eigenen Anhänger am Rhein, Mosel, Nahe und anderen Nebenflüssen fordern. (Lautes Beifallklatschen bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. S a r r e s: Ich mache darauf aufmerksam, daß das Klatschen hier im Saal nicht üblich ist.

Herr Abgeordneter Knab hat eben behauptet, mehrere Fraktionen dieses Hauses hätten wider besseres Wissen eine Behauptung aufgestellt. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß das der Ordnung des Hauses nicht entspricht.

Wir unterbrechen nunmehr diese Erörterung und kommen zur

Wahl zum Staatsrat.

Ich bitte die Herren Elses und Görlinger, hier Platz zu nehmen und an dem Wahlvorstand teilzunehmen, und zwar Herr Elses an Stelle des Herrn Strunk, der eben verhindert war. (Herr Elses nimmt an der Seite des Vorsitzenden Platz.) Ist Herr Görlinger da? Wollen die Herren von der SPD. dafür sorgen, daß Herr Görlinger, der wiederholt benachrichtigt worden ist, hierherkommt. (Nunmehr erscheint auch Herr Abgeordneter Görlinger und nimmt an der anderen Seite des Vorsitzenden Platz.)

Meine Damen und Herren! Wir wählen jetzt auf Grund des Gesetzes vom 16. Dezember 1920 und 7. Oktober 1925 zum Staatsrat. Der von der Staatsregierung als Staatskommissar bestellte Oberpräsident der Rheinprovinz hat durch öffentliche Bekanntmachung in den Regierungsamtsblättern zur Wahl eingeladen.

Außerdem ist eine persönliche Einladung den Mitgliedern des Provinziallandtages gemäß § 2 des Gesetzes über die Wahlen zum Staatsrat vom 16. Dezember 1920 zugestellt worden.

Der Wahlvorstand besteht außer mir aus den von mir berufenen Beisitzern, den Abgeordneten Elfes und Görlinger, wobei Herr Görlinger Schriftführer sein wird.

Der Wahlvorstand hat folgende Wahlvorschläge geprüft und zugelassen: Wahlvorschlag der Zentrums-
partei, der Arbeitsgemeinschaft, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Partei
Deutschlands und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Wird gewünscht, daß die Namen verlesen werden,
die auf diesen Wahlvorschlägen stehen? (Rufe: Nein! Zuruf des Abg. Knab: Wir möchten nur fragen, wie
die Wahlvorschläge bezeichnet werden sollen!) Darauf komme ich gleich. Eine Verlesung der Namen wird
nicht verlangt.

Nach dem Gesetz über die Wahlen zum Staatsrat sind die Stimmzettel ungültig, die keinen Namen
oder keine Angabe enthalten, aus der die Bezeichnung des Wahlvorschlages oder die Person mindestens eines
Bewerbers unzweifelhaft zu erkennen ist. Ich möchte vorschlagen, daß Sie die Stimmzettel der Einfachheit
wegen mit den Namen der Fraktionen bezeichnen. Ich glaube, das ist am allereinfachsten. Der Wahlvorstand
würde selbstverständlich nach Prüfung im Einzelfalle auch andere Stimmzettel zulassen müssen, aus denen
unzweifelhaft hervorgeht, welcher Bewerber gemeint ist. Ich schlage aber vor und bitte, dem zuzustimmen,
daß Sie einfach auf die Zettel schreiben: Zentrum, Arbeitsgemeinschaft, SPD., KPD., Wirtschaftliche
Vereinigung. (Zuruf des Abg. Dr. Adenauer: Das heißt: immer nur einen davon!) Das stelle ich ergebenst
anheim. (Heiterkeit.)

Sie sind damit einverstanden. Dann bitte ich den Herrn Beisitzer Elfes, die Namen zu verlesen.
Beden einzelnen Abgeordneten bitte ich, mit einem verdeckten Stimmzettel hier vorzutreten und ihn in die
Urne zu geben.

Beisitzer Elfes vollzieht den Namensaufruf.

Vorsitzender Dr. Farres: Haben alle Mitglieder ihre Stimme abgegeben? (Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Sämtliche 163 Mitglieder des Hohen Hauses haben von ihrem Stimmrecht
Gebrauch gemacht. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Das Wahlergebnis ist folgendes:

Es sind 163 Stimmzettel abgegeben worden. Sie waren sämtlich gültig. Von den 163 gültigen
Stimmen entfielen auf den Wahlvorschlag der Zentrumsfraktion 72, auf den Wahlvorschlag der Arbeits-
gemeinschaft 36, auf den Wahlvorschlag der sozialdemokratischen Fraktion 23, auf den Wahlvorschlag der
kommunistischen Fraktion 21 und auf den Wahlvorschlag der Wirtschaftlichen Vereinigung 11 Stimmen.
Es entfallen demnach:

Auf den Wahlvorschlag der Zentrumsfraktion 7 Mitglieder und 7 stellvertretende Mitglieder, auf
den Wahlvorschlag der Arbeitsgemeinschaft 3 Mitglieder und 3 Stellvertreter, der Sozialdemokratie 2 Mit-
glieder und 2 Stellvertreter, der Kommunistischen Partei 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter, der Wirtschaft-
lichen Vereinigung 1 Mitglied und 1 Stellvertreter.

Demnach sind gewählt:

vom Zentrum als Hauptmitglieder die Herren: Dr. Adenauer, Wilhelm Elfes, Dr. Hagen,
Dr. Naas, Dr. Peter Alökner, Josef Pauli und Heinrich Strunk

und als Stellvertreter die Herren: Justizrat Mönning, Ewald Weber, Stefan
Beißel, Johannes Schmitz, Jakob Weber, Benedikt Heuser und Ferdinand Brauer;

von der Arbeitsgemeinschaft:

als Hauptmitglieder die Herren: Dr. Farres, Dr. Wesenfeld und Krupp von
Bohlen und Halbach und als Stellvertreter die Herren: Karl Andres, Jakob
Häßlacher und Dr. Kaiser;

von der Sozialdemokratischen Partei:

als Hauptmitglieder: Herr Jean Meerfeld und Herr Karl Eberle und als Stell-
vertreter die Herren: Berthold Mehne und Casar Wehers;

von der Kommunistischen Partei:

als Hauptmitglieder die Herren: Paul Bender und Nikolaus Friß und als
Stellvertreter die Herren: Friß Schulte und Michael Sommer;

von der Wirtschaftlichen Vereinigung:

als Hauptmitglied: Herr Wilhelm Herrmann und als Stellvertreter
Herr Max von Detten.

Nach der Wahlordnung habe ich die hier anwesenden Gewählten zu fragen, ob sie die Wahl annehmen.
Ich rufe die einzelnen Herren, soweit sie im Landtage anwesend sind, auf und bitte, falls sie die Wahl an-
nehmen, mit „Ja“ zu antworten: Herr Dr. Adenauer (Ja!), Herr Elfes (Sawohl!) — „Ja“ sollen Sie sagen!

Heiterkeit — Herr Dr. Hagen (Ja!), Herr Heinrich Strunk (Ja!), Herr Justizrat Mönning (Ja!), Herr Ewald Weber (Ja!), Herr Johannes Schmitz (Ja!), Herr Jakob Weber-Kray (Ja!), Herr Benedikt Heuser (Ja!), Herr Ferdinand Brauer (Ja!), Herr Dr. Farres (Ja!), Herr Dr. Wesenfeld (Ja!), Herr Dr. Kaiser (Ja!), Herr Eberle (Ja!), Herr Mehne (Ja!), Herr Beyers (Ja!), — Herr Bender ist nicht Mitglied —, Herr Frisch (Ja!), — Herr Schulte ist nicht Mitglied —, Herr Sommer (Ja!), Herr Herrmann (Ja!), und Herr von Detten (Ja!). Die hier anwesenden Mitglieder haben die Wahl angenommen. Der Wahlakt ist damit geschlossen.

Ich bitte, für die Provinzialauschlußwahl die Herren Hommelsheim und Haack als Beisitzer hier Platz zu nehmen. (Die beiden Herren nehmen zu beiden Seiten des Vorsitzenden Platz, nachdem die bisherigen Beisitzer wieder auf ihre Plätze zurückgekehrt sind).

Die Wahlhandlung ist eröffnet. Die Wahl erfolgt auf Grund der §§ 23 bis 32 des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925 und der auf Grund des § 27 des Gesetzes vom Provinziallandtag in der Sitzung vom 26. Januar 1926 beschlossenen Wahlordnung.

Der Wahlvorstand setzt sich zusammen aus mir und den Herren Haack und Hommelsheim. Ich bitte Herrn Hommelsheim, das Amt des Schriftführers zu übernehmen.

Es ist eingegangen ein Wahlvorschlag der Zentrumsfraktion, beginnend mit dem Namen Dr. Ahenauer, ein Wahlvorschlag der Arbeitsgemeinschaft, beginnend mit dem Namen Albert Kemmann, ein Wahlvorschlag der sozialdemokratischen Fraktion, beginnend mit dem Namen August Haas, ein Wahlvorschlag der Kommunistischen Partei, beginnend mit dem Namen Peter Knab, und ein Wahlvorschlag der Wirtschaftlichen Vereinigung, beginnend mit dem Namen Bertram Pohl.

Von Seiten der Zentrumsfraktion und der Fraktion der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ist die Erklärung eingereicht worden, daß sie gemäß § 3 der Wahlordnung ihre Wahlvorschläge miteinander verbunden haben. Der Wahlvorstand hat die einzelnen Wahlvorschläge geprüft und hat alle Wahlvorschläge zugelassen, ebenso die Verbindung der beiden Wahlvorschläge der Zentrumsfraktion und der Arbeitsgemeinschaft.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Ich möchte zur Geschäftsordnung eine Aufklärung darüber haben, auf Grund welcher Bestimmungen diese Listenverbindung möglich ist. Ich habe gestern den stellvertretenden Wahlkommissar, den Herrn Landesrat Dr. Kitz, ausdrücklich um Auskunft ersucht, ob eine Listenverbindung möglich wäre. Es war auch der eine Herr dabei, der mit Herrn Kitz zusammenarbeitet. Da ist mir erklärt worden: Listenverbindungen sind nur dann möglich, wenn sich sämtliche Parteien miteinander zu einem gemeinsamen Wahlvorschlag verbinden.

Vorsitzender Dr. Farres: Ich kann mich auf diese Anfrage nicht einlassen, obwohl sie einfach zu erledigen wäre — weil es eben mit dem Gesetz in Einklang steht —, da diese Wahlhandlung nicht mehr unterbrochen werden kann. Der Wahlvorstand entscheidet endgültig darüber. Wegen die Gültigkeit der Wahlen besteht die Möglichkeit, den Provinzialrat anzurufen.

Ich bitte nunmehr den Herrn Haack, die Namen der Einzelnen zu verlesen. Ich bitte, genau so zu verfahren, wie eben verfahren worden ist, also Zentrum, Arbeitsgemeinschaft, selbstverständlich jede für sich, dann SPD., KPD. und Wirtschaftliche Vereinigung. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Es wird also nicht mehr anheimgestellt, wie soeben!) Es wird auch anheimgestellt, sonstige Namen zu gebrauchen, woraus klar hervorgeht, was gemeint ist. Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel hat nachher der Wahlvorstand zu entscheiden.

Zur Geschäftsordnung Herr Dr. Ahenauer.

Abgeordneter Dr. Ahenauer: Es sind hier Zweifel laut geworden, ob bei Listenverbindung die beiden Kennworte auf den Zettel geschrieben werden müssen. Ich bitte, nochmals festzustellen, daß dies nicht nötig ist.

Vorsitzender Dr. Farres: Das ist nicht notwendig. Das kommt nur nachher bei der Stimmenberechnung in Frage. Im übrigen muß ich es den Parteien unter sich überlassen, wie sie das abmachen.

Ich bitte den Herrn Beisitzer Haack, die Mitglieder aufzurufen. Ich bitte die Herren Abgeordneten, etwas langsamer hier heranzutreten und deutlich mit „Ja“ zu antworten, damit der Herr Schriftführer bei jedem Einzelnen in der Lage ist, den Namen einzutragen. Also bitte etwas langsamer und nacheinander antreten.

Beisitzer Abgeordneter Haack vollzieht den Namensaufruf.

Vorsitzender Dr. Farres: Meine Damen und Herren! Es haben 163 Damen und Herren abgestimmt, und es sind 164 Stimmen abgegeben worden (Heiterkeit). Bei der KPD. haben 21 gestimmt, es sind aber 22 Stimmen hier abgegeben worden. (Abgeordneter Dr. Ahenauer: Hört! hört!) Der Wahlvorstand war im Augenblick im Zweifel, ob er einen Stimmzettel nicht für ungültig erklären sollte, auf dem

der Name „Knab“ steht, wo man aber auch „Knab“ lesen kann. Aber er ist doch der Auffassung, daß aus dem Stimmzettel hervorgeht, wer gemeint ist. Herr Knab ist der Spitzenkandidat der kommunistischen Fraktion. Es genügt, seinen Namen auf den Stimmzettel zu setzen. Nach diesen Umständen ist der Wahlvorstand einstimmig der Auffassung, daß der Wahlakt ungültig ist und wiederholt werden muß.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Adenauer.

Abgeordneter Dr. Adenauer: Dann bitte ich, nunmehr mit Wahlfouwerts zu wählen, mit abgestempelten Briefumschlägen nach den bekannten Modalitäten bei den Parlamenten.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Meine Damen und Herren! Ich habe mir die größte Mühe gegeben; ich habe alle Stimmzettel, mit Ausnahme der zwei ersten, in die Hand genommen und bei jedem auch gefühlt, ob vielleicht ein Doppelblatt da war. Aber es ist möglich, daß einem das bei geschickter Faltung trotzdem entgeht.

Ich möchte vorschlagen, noch langsamer zu wählen, um mir Zeit zu lassen, noch genauer zu prüfen. Ich glaube, im Namen des ganzen Hauses die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß sich ein derartiger Vorgang, der, wenn er beabsichtigt gewesen wäre, ganz unerhört wäre (Sehr richtig! rechts), nicht wiederholt.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Ich will zunächst einmal feststellen: Es sind 21 Stimmzettel mit der Bezeichnung „K.P.D.“ abgegeben worden und einer angeblich mit „Knab“. Bei uns ist die Parole ausgegeben worden, alle Zettel mit „K.P.D.“ abzugeben und nicht mit „Knab“. Es müßte sich also jemand anders, ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt, den Scherz oder Witze erlaubt haben, noch „Knab“ auf einen anderen Zettel zu schreiben. Ich will das ausdrücklich feststellen.

Ich will aber andererseits feststellen, daß wir schon einen Protest dagegen verfaßt hatten, daß der Herr Vorsitzende jeden Stimmzettel, der nur einfach gefaltet war, in die Hand genommen hat, und ihm dadurch die Möglichkeit gegeben war, von der Wahl des Einzelnen Kenntnis zu nehmen, wenn auch unbeabsichtigt, denn von einem Zettel, der nur einfach gefaltet ist, kann sehr leicht jemand Kenntnis nehmen.

Zweitens wäre es jedem Vorsitzenden möglich — das soll nicht persönlich sein —, mehr Zettel in die Urne zu legen, weil die Zettel nicht in einem Kouvert abgegeben worden sind. Deshalb unterstützen wir auch den Antrag des Zentrums, daß jetzt mit einem amtlichen Briefumschlag gewählt wird.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Zunächst habe ich — das versichere ich hier, was ja auch selbstverständlich ist —, von keinem Stimmzettel irgendwelche Einsicht genommen, auch nicht nehmen können. Ich habe nur gefühlt, ob ein doppelter vorhanden war oder nicht. (Zuruf eines Kommunisten: Zur Geschäftsordnung!) Einen Augenblick, darf Ihr Vorsitzender auch einmal sprechen? — Nach der Wahlordnung hat jeder aufgerufene Wähler den zusammengefalteten Stimmzettel uneröffnet in die Wahlurne zu legen. An sich würde er also selbst das Recht haben, den Zettel in die Urne zu legen. Ich habe aber hier im Hause erklärt: Ich beabsichtige, das so zu machen, dagegen hat sich kein Widerspruch erhoben. Daß es gerechtfertigt war, so zu verfahren, hat leider die Abstimmung ergeben. Wir können nicht unterzuchen, von welcher Seite dies geschehen ist, ob es ein Witze oder Absicht gewesen ist, in jedem Falle war es eine ungeheuerliche Ungehörigkeit. (Sehr richtig!)

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Strunk.

Abgeordneter Strunk: Daß die Wahl ungültig ist, darüber besteht wohl kein Zweifel, weil 164 Stimmen abgegeben worden sind. Um aber auch formal die Sache in Ordnung zu bringen, beantrage ich, daß die Wahlordnung durch einen Beschluß entsprechend geändert wird. Ich bitte Sie, dieser Aenderung der Wahlordnung zuzustimmen, weil sonst die Möglichkeit eines Protestes gegeben wird. In die Wahlordnung muß ein weiterer Paragraph eingeschaltet werden: Die Wahl findet mit abgestempelten Briefumschlägen statt. Jeder Wähler hat seinen Stimmzettel in einen amtlich abgestempelten Briefumschlag zu legen und dann abzugeben. Wenn die einstimmige Annahme dieses Antrages erfolgen würde, könnte sofort neu gewählt werden.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Ob es möglich sein wird, mit den Umschlägen das zu machen, weiß ich nicht. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Die Umschläge sind doch da!)

Zur Geschäftsordnung hat Herr Oberdörster das Wort.

Abgeordneter Oberdörster: Wir haben bereits einen schriftlichen Protest während der Wahlhandlung formuliert, der sich darauf stützt, daß durch die Annahme des einfach gefalteten Stimmzettels dem Wahlleiter die Möglichkeit gegeben ist, das Wahlgeheimnis zu verletzen. Ich bitte, daß dieser Protest zu Protokoll genommen wird, wie es von uns beantragt wurde.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Zur Geschäftsordnung Herr Dr. Adenauer.

Abgeordneter Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bitte die Sitzung auf eine Viertelstunde zu unterbrechen. In der Zeit bitte ich die zuständige Kommission zusammenzutreten, damit

sie die eventuell nötig werdenden Änderungen der Wahlordnung genau zu Papier bringt und uns vorschlägt. Gerade die letzten Ausführungen meines Herrn Vorredners haben gezeigt, daß man nicht sorgfältig genug alle Bestimmungen beobachten kann. Wenn wir jetzt mit Briefumschlägen wählen, sollte man das vorher auch genau in die Wahlordnung hineinsetzen.

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter K n a b : Meine Damen und Herren! Wir stellen zur Geschäftsordnung den Antrag, daß das Präsidium von sich aus bei der zweiten Wahl nicht mehr in seiner jetzigen Zusammensetzung die Wahlleitung übernimmt. Es soll das nicht ein persönlicher Verdacht gegen andere sein, denn es sitzt ja auch ein Vertreter unserer Partei als Wahlbeisitzer da. Ich wünsche also, um alle Möglichkeiten zu beseitigen, auch, daß bei der zweiten Wahl der jetzige Wahlvorstand nicht mehr seine Funktionen ausübt.

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Ich für meine Person erkläre Ihnen, daß es mir nicht einfallen wird, diesem Vorschlage zu folgen. (Bravo-Rufe bei den bürgerlichen Parteien.)

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. W e s e n f e l d : Ich glaube, daß wir nach dieser Erklärung des Herrn Präsidenten über den zweiten Vorschlag des Herrn Knab überhaupt nicht zu reden brauchen. Dagegen möchte ich mich den Ausführungen des Herrn Menauer nach jeder Richtung anschließen. Ich schlage vor, daß die Geschäftsordnungskommission jetzt unverzüglich zusammentritt und uns in einer Viertelstunde den Antrag unterbreitet, damit jeder Zweifel ausgeschlossen ist.

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Ich bitte, Platz zu nehmen. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Antrage des Herrn Dr. Menauer folgen wollen, die Sitzung um eine Viertelstunde zu vertagen und zwischenzeitlich den Geschäftsausschuß zwecks Formulierung der Vorschläge für die Änderung der Wahlordnung tagen zu lassen, sich zu erheben. Das ist die Einstimmigkeit.

Ich bitte den Geschäftsausschuß, sich in Zimmer 7 zu versammeln.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter H a a s : Ich würde vorschlagen, daß in der Zwischenzeit auch der Ältestenrat einmal zusammentritt, um über die weitere Erledigung unserer Tagesordnung zu beraten.

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Meine Herren, der Geschäftsausschuß tritt sofort in Zimmer 7 zusammen. Ich bitte die Damen und Herren des Ältestenrats, sich gleichzeitig in Zimmer 36 zu versammeln.

(Zeitpunkt der Vertagung 4 Uhr 34 Minuten.)

(Wiederbeginn der Sitzung 5 Uhr 10 Minuten.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte, Platz zu nehmen.

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter für die Geschäftsordnungskommission.

Abgeordneter E b e r l e : Meine Damen und Herren! Der Geschäftsausschuß hat sich mit der Anregung, die der Provinziallandtag vorhin hinsichtlich der Abänderung des Wahlverfahrens gegeben hat, beschäftigt. Er ist einstimmig dazu gekommen, Ihnen folgenden Beschluß zur Annahme zu unterbreiten:

„§ 12 Absatz 2 der Wahlordnung vom 7. Oktober 1925 wird, wie folgt, abgeändert:“

— Das ist wohl nicht richtig protokolliert worden, denn das muß die Abänderung der Wahlordnung vom gestrigen Tage und nicht vom 7. Oktober 1925 sein.

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Vom 26. Januar 1926.

Abgeordneter E b e r l e : Sowohl, so muß es heißen.

„Jeder aufgerufene Wähler übergibt seinen Stimmzettel unter Nennung seines Namens in einem zu diesem Zwecke amtlich gestempelten Umschlag dem Vorsitzenden, der diesen uneröffnet in die Wahlurne legt.“

Das ist einstimmig beschlossen worden, und es wird gebeten, daß der Provinziallandtag diesem Beschluß beitrifft.

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Meine Damen und Herren! Ich bitte, über diesen Vorschlag des Geschäftsausschusses abzustimmen, und bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben.

Ist jetzt bei der Abstimmung schon der Antrag auf namentliche Abstimmung eingelaufen? (Zurufe links: Nein, zu dieser Sache nicht!)

— Das ist einstimmig angenommen.

Ich bitte, jedem Mitglied einen Umschlag zu geben. Jetzt beginnt die Wahl wieder. Ich bitte die Herren Beisitzer, wieder neben mir Platz zu nehmen. (Die Beisitzer Hommelsheim und Haack nehmen wieder zu beiden Seiten des Vorsitzenden Platz.)

Ich bitte Herrn Beisitzer Haack, die Namen aufzurufen.

Beisitzer H a a c k vollzieht den Namensaufruf.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Wahl ist nach einstimmiger Festsetzung des Wahlvorstandes folgendes:

Insgesamt sind 163 Stimmzettel abgegeben worden, die sämtlich gültig waren. Von den abgegebenen 163 gültigen Stimmen entfielen auf den verbundenen Wahlvorschlag der Zentrumsfraktion und der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft 108 Stimmen, und zwar auf den Wahlvorschlag der Zentrumsfraktion 72 und auf den Wahlvorschlag der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft 36 Stimmen. Weiter entfielen auf den Wahlvorschlag der sozialdemokratischen Fraktion 23, auf den der kommunistischen Fraktion 21 und den der Wirtschaftlichen Vereinigung 11 Stimmen.

Hiernach sind gewählt:

Aus dem verbundenen Wahlvorschlage der Zentrumsfraktion und der Fraktion der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft insgesamt 10 Mitglieder und 10 Stellvertreter, und zwar aus dem Wahlvorschlage der Zentrumsfraktion 7 Mitglieder und 7 Stellvertreter und aus dem Wahlvorschlage der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft 3 Mitglieder und 3 Stellvertreter;

aus dem Wahlvorschlage der sozialdemokratischen Fraktion 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter;

aus dem Wahlvorschlage der kommunistischen Fraktion 1 Mitglied und 1 Stellvertreter;

aus dem Wahlvorschlage der Wirtschaftlichen Vereinigung 1 Mitglied und 1 Stellvertreter.

Es sind hiernach gewählt:

vom Zentrum:

als Mitglieder die Herren Dr. Ahenauer, Fritz Bollig, Wilhelm Jarwid, Gerhard Hebborn, Georg Loenarz und Johannes Sanders, sowie Frau Anna Niedeck;

und als Stellvertreter die Herren Dr. Saafen, Benedikt Heuser, Nikolaus Zansen, Heinrich Strunk, Medard Hartrath, Jakob Weber und Dr. Hartmann-Barmen;

von der Arbeitsgemeinschaft:

als Mitglieder die Herren Albert Kemmann, Dr. Wesenfeld und Dr. Pattberg,

als Stellvertreter die Herren Dr. Wassermeyer, Christoph Steinmeyer und Dr. Schüler;

von der sozialdemokratischen Fraktion:

als Mitglieder die Herren August Haas und Hans Steinbüchel,

als Stellvertreter die Herren Emil Pikard und Arthur Hauck;

von der kommunistischen Fraktion:

als Mitglied Herr Peter Knab und

als Stellvertreter Herr Ernst Oberdörster;

von der Wirtschaftlichen Vereinigung:

als Mitglied Herr Bertram Pohl und

als Stellvertreter Herr Dr. Stein.

Nach der Geschäftsordnung habe ich die hier Anwesenden zu fragen, ob sie die Wahl annehmen. Ich bitte Sie, mit einem kurzen „Ja“ zu antworten.

Herr Dr. Ahenauer (Ja!), Herr Bollig (Ja!), Herr Jarwid (Ja!), Herr Hebborn (Ja!), Herr Loenarz (Ja!), Herr Sanders (Ja!), Frau Niedeck (Ja!), Herr Dr. Saafen (Ja!), Herr Heuser (Ja!), Herr Zansen (Ja!), Herr Strunk (Ja!), — Herr Hartrath ist nicht hier —, Herr Jakob Weber (Ja!), Herr Dr. Hartmann-Barmen (Ja!), Herr Albert Kemmann (Ja!), Herr Dr. Wesenfeld (Ja!), Herr Dr. Pattberg (Ja!), Herr Dr. Wassermeyer (Ja!), Herr Christoph Steinmeyer (Ja!), Herr Dr. Schüler (Ja!), Herr August Haas (Ja!), Herr Hans Steinbüchel (Ja!), Herr Emil Pikard (Ja!), Herr Arthur Hauck (Ja!), Herr Peter Knab (Ja!), Herr Ernst Oberdörster (Ja!), Herr Bertram Pohl (Ja!), Herr Dr. Stein (Ja!).

Es fehlt also nur noch die Zustimmung von Herrn Hartrath. Damit ist die Wahlhandlung geschlossen.

Ich habe aber hier den Protest der kommunistischen Fraktion noch zur Kenntnis zu geben, der auch schriftlich eingereicht worden ist.

Die Fraktion der kommunistischen Partei hat zu der Wahl des Provinzialausschusses folgenden Protest zu Protokoll gegeben:

„Im Gegensatz zur Wahl zum Staatsrat, bei der jeder Abgeordnete seinen Stimmzettel selbst in die Urne legte, hat bei der Wahl des Provinzialausschusses der Wahlleiter Dr. Farres die Stimmzettel angenommen und dann in die Urne gelegt. Dadurch ist das Geheimnis der Wahl verletzt worden, weil es bei den einfach gefalteten Stimmzetteln möglich war, die Aufschrift der Stimmzettel zu lesen.

Bei dieser Art der Wahlhandlung ist es aber ohne viel Geschick möglich, einen Stimmzettel zu verwechseln.

Die Geheimhaltung der Wahl erfordert für den Fall der Ueberreichung des Stimmzettels an die Wahlleiter die Verwendung von Briefumschlägen für die Wahl.

Wir behalten uns vor, aus diesem Grunde die Wahl anzufechten."

Diese Anfechtung ist nicht notwendig, weil — ich weiß nicht, von welcher Seite — jedenfalls eine doppelte Stimme abgegeben worden ist. Ich habe zu diesem Protest zu erklären, daß ich im Einvernehmen mit dem vorher gehörten Provinziallandtag gehandelt habe, wenn ich die Stimmzettel in die Hand nahm. Ich könnte die Entscheidung über diesen Protest vertagen lassen. Ich lege aber Wert darauf, daß der Provinziallandtag sofort dazu Stellung nimmt, und bitte, das zu tun. (Zuruf des Abg. Haas: Ist ja gegenstandslos geworden!)

Zur Geschäftsordnung Herr Knab.

Abgeordneter K n a b: Herr Vorsitzender, Sie sind in etwa im Irrtum. Dieser Protest war schon abgegeben worden, ehe die erste Wahlhandlung zu Ende war und auch von uns schon vorher verfaßt worden, nämlich als wir sahen, daß Sie die Zettel annahmen. Er ist eigentlich schon dadurch erledigt, daß eine neue Wahlhandlung stattgefunden hat. Dieser Protest hat nur noch historischen Wert. (Weiterkeit.) Wir wollen ihn zu Protokoll nehmen lassen. Damit ist die Sache dann für uns erledigt.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Aber nicht für mich.

Abgeordneter K n a b: Das können Sie halten, wie Sie wollen. (Zuruf des Abgeordneten Mönning: Das ist etwas fürs Provinzialmuseum!)

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Ich muß Wert darauf legen, daß der Provinziallandtag mein Verhalten billigt. Ich bitte diejenigen, die mit meinem Verhalten einverstanden waren, sich zu erheben. (Zuruf des Abgeordneten Eberle: Das ist ja gar nicht nötig!) — Alle Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten erheben sich. — Das Einverständnis ist gegeben.

Ich bitte nun Herrn Kohl und Herrn Dr. Kirchner, hier Platz zu nehmen. (Die Herren Kohl und Dr. Kirchner nehmen zu beiden Seiten des Vorsitzenden Platz, nachdem die Wahlbeisitzer Hommelsheim und Haas wieder auf ihre Plätze zurückgekehrt sind.)

Wir haben jetzt die Wahl des Vorsitzenden des Provinzialausschusses und des stellvertretenden Vorsitzenden vorzunehmen. Ich bitte, dazu Vorschläge zu machen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. W e s e n f e l d: Wir schlagen vor, zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses Herrn Oberbürgermeister Dr. Udenauer per Affirmation zu wählen.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Sie haben den Vorschlag gehört. Ein Gegenvorschlag wird anscheinend nicht gemacht. (Widerpruch bei den Kommunisten. Zuruf des Abgeordneten Oberdörster: Ich schlage Herrn Abgeordneten Knab vor!)

Herr Abgeordneter Knab zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter K n a b: Wir beantragen Abstimmung durch Stimmzettel.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Dann bleibt nichts anderes übrig; wir haben ja Zeit. (Weiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Nach der eben beschlossenen Aenderung der Wahlordnung muß auch diese Wahl in derselben Weise wie soeben mit Umschlägen vollzogen werden.

Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß es notwendig ist, den Provinziallandtag dahin zu instruieren, daß jetzt keine Partei, sondern ein Name auf den Zettel gehört. Ich bitte, die Namen jetzt zu verlesen.

Beisitzer K o h l vollzieht den Namensaufruf.

Stellv. Vorsitzender E b e r l e: Wer bei dem Aufruf nicht anwesend war, hat jetzt noch Gelegenheit, seinen Stimmzettel abzugeben. Herr Braun und Herr Dr. Pattberg. (Die beiden Abgeordneten wählen nachträglich.)

Dann erkläre ich die Wahl für geschlossen. Das Resultat wird noch festgestellt.

Es sind 162 Umschläge abgegeben. Sie enthielten 150 gültige und 12 ungültige Stimmen. Die ungültigen bestehen aus 11 weißen Zetteln und einem Umschlag ohne Inhalt. Von den abgegebenen gültigen Stimmen hat Herr Dr. Udenauer 129 und Herr Knab 21 Stimmen erhalten. Somit ist Herr Dr. Udenauer zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt. (Abgeordneter Dr. Udenauer: Jawohl!)

Wir kommen nun zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden. (Abgeordneter Gerlach: Ich bitte ums Wort!) Das Wort hat Herr Gerlach.

Abgeordneter G e r l a c h: Ich schlage zum stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses den Herrn Abgeordneten Haas-Köln vor.

Stellv. Vorsitzender E b e r l e: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter **D e r d ö r f e r**: Als stellvertretenden Vorsitzenden schlagen wir den Abgeordneten **Knab** vor.

Stellv. Vorsitzender **E b e r l e**: Da zwei Vorschläge vorliegen, sind wir gezwungen, Zettelwahl vorzunehmen.

Wir kommen zur Wahl. Ich bitte Herrn **Hauck**, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

Abgeordneter **Hauck** vollzieht den Namensaufruf.

Stellv. Vorsitzender **E b e r l e**: Ich frage, ob jemand noch nicht abgestimmt hat. (Herr Abgeordneter **Dr. Farres** meldet sich und gibt nachträglich seinen Stimmzettel ab.)

Das Ergebnis der Abstimmung ist das folgende: Es sind 151 Stimmzettel abgegeben, davon ungültig 7. Von den verbliebenen gültigen Stimmen hat erhalten: Herr Abgeordneter **Haas** 123, Herr Abgeordneter **Knab** 21. (Zuruf aus der Mitte: Donnerwetter, schon wieder nicht gewählt!) Somit ist Herr Abgeordneter **Haas** zum stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt. (Abgeordneter **Haas**: Ja!)

Auf der Tagesordnung stehen noch die Wahlen zu den Provinzialkommissionen. Ich höre eben, der Ältestenrat sei der Auffassung, diese Wahlen sollten nicht vorgenommen werden. Mir ist davon nichts bekannt. (Zuruf des Abgeordneten **Elfes**: Der Ältestenrat tagt jetzt eben!)

Vorsitzender **Dr. Farres**: Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu

4c) Wahlen zu den Provinzialkommissionen.

Der Ältestenrat war der Meinung, daß es nicht notwendig sei, diese Wahlen jetzt vorzunehmen. Er empfiehlt Ihnen, die Wahlen zu den Provinzialkommissionen bis zur nächsten Tagung des Provinziallandtages zu verschieben, wo auch die ständigen Kommissionen gewählt werden sollen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter **Knab**.

Abgeordneter **Knab**: Ich möchte mir erlauben, anzufragen, in welcher Sitzung des Ältestenrats das beschloffen worden ist.

Vorsitzender **Dr. Farres**: In der ersten Sitzung des Ältestenrats.

Abgeordneter **Knab**: Herr Vorsitzender, das stimmt nicht. In der ersten Sitzung des Ältestenrats ist nichts beschloffen worden, denn es hat in der ersten Sitzung noch kein Ältestenrat existiert. Es sind da nur allgemeine Redereien gemacht worden, ohne irgendeine Abstimmung. Wir verlangen, daß diese Kommissionen heute gewählt werden, weil sie auf der Tagesordnung stehen.

Vorsitzender **Dr. Farres**: Herr Abgeordneter **Haas**.

Abgeordneter **Haas**: In der ersten Sitzung war der Ältestenrat der Meinung, die Kommissionen brauchten nicht gewählt zu werden. Gestern hat aber der Ältestenrat es davon abhängig gemacht, was heute mit den Anträgen, die auf der Tagesordnung stehen, geschieht; darnach wollte er bestimmen. Weil nun vorläufig über die Anträge noch nicht entschieden ist, beantrage ich, diesen Punkt einstweilen zurückzustellen, bis die anderen Punkte erledigt sind.

Vorsitzender **Dr. Farres**: Ich habe die Sache so aufgefaßt, daß der Ältestenrat der Auffassung war, es brauche eine Wahl dieser Ausschüsse nicht vor sich zu gehen. Es sollten aber alle Vorbereitungen dazu getroffen werden. Soviel ich weiß, sind sie auch getroffen worden. Herr Abgeordneter **Haas** beantragt jedenfalls, die Wahlen zu verschieben, bis über die sachliche Behandlung der übrigen Anträge Klarheit besteht. Ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung und bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Wir treten in die Erörterung der Fragen der Hochwasserschäden und des Hochwasserschutzes wieder ein. Die Rednerliste ist erschöpft. Ich bitte dann, abzustimmen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter **Dr. Stein**.

Abgeordneter **Dr. Stein**: Ich stehe noch auf der Rednerliste. (Sehr richtig!)

Vorsitzender **Dr. Farres**: Wünschen Sie noch das Wort dazu?

Abgeordneter **Dr. Stein**: Ich verzichte; ich wollte nur festgestellt haben, daß ich noch auf der Rednerliste stehe.

Vorsitzender **Dr. Farres**: Herr **Stein**, der auf der Rednerliste stand, hat verzichtet.

Herr Abgeordneter **Knab**, der sich zum Schlusswort gemeldet hatte, hat das Wort gehabt.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Der Herr Abgeordnete **Knab** hat den Antrag gestellt, die Abstimmung zu diesem Antrage namentlich vor sich gehen zu lassen. Das Wort dazu hat Herr Abgeordneter **Strunf**.

Abgeordneter **Strunf**: Ich beantrage, sowohl diesen Punkt der Tagesordnung als auch die anderen Punkte, die noch auf der Tagesordnung stehen, dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu überweisen mit der Maßgabe, daß der Provinzialausschuß dem Provinziallandtag beim nächsten Zusammentritt Bericht über die Art der Erledigung erstattet. (Lachen bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Es ist der Antrag gestellt, die sämtlichen noch vorhandenen, noch nicht erledigten Gegenstände dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu überweisen, mit der Aufgabe, dem Provinziallandtag darüber in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter K n a b: Ich wende mich gegen diesen Antrag. Ich spreche es hiermit aus, daß die vereinigten Parteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen — es wird sich herausstellen, ob die Herren Sozialdemokraten dabei sind (Zurufe rechts: Die haben Sie schon längst erkannt!) — die Verantwortung dafür tragen müssen, wenn diese Anträge nicht erledigt werden. (Zuruf: Die Verantwortung tragen Sie!) Ich habe im Interesse der Erledigung auf das Schlußwort jetzt verzichtet. Wenn ich rein formell hätte vorgehen wollen, hätte mir das Schlußwort zugestanden, denn ich habe vorher nicht das Wort zum Schluß bekommen. Vor mir stand noch Herr Dr. Stein auf der Liste, der jetzt erst verzichtet hat. Es gibt also keine Rederei, uns die Verantwortung zuzuschieben. Sie sind dafür verantwortlich, wenn nicht über die Hochwasseranträge abgestimmt wird. Sie sind dafür verantwortlich, wenn nicht über die Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Notstandsarbeiten abgestimmt wird. Sie sind dafür verantwortlich, wenn keine Stellungnahme des Provinziallandtages zur Räumung herbeigeführt wird. Diese Verantwortung mögen Sie draußen tragen.

Es wird über Ihren Antrag abgestimmt werden. Aber wir beantragen dann auf Grund des § 39 der Geschäftsordnung, daß die Abstimmung darüber, ob Sie für die Vertagung dieser gesamten Punkte sind, namentlich vorgenommen wird.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter H a a s: Ich bedaure sehr, daß ein derartiger Antrag gestellt worden ist, denn ich bin der Auffassung, daß wir es den Hochwasserschädigten schuldig sind, hier heute Beschlüsse zu fassen und nicht vorliegende Anträge dem Provinzialausschuß zu überweisen. Wir sind es weiter den vielen tausenden von Arbeitslosen schuldig, hier über die Not der Arbeitslosen zu verhandeln und Beschlüsse zu fassen. Das ist umso einfacher, als heute der Provinzialausschuß zu den vorliegenden Anträgen Stellung genommen und sich, außer der Kommunistischen Partei, bezüglich der Hochwasserschäden auf einen Antrag geeinigt hat, der mit großer Mehrheit angenommen wurde. Auch über die Notstandsarbeiten und die Arbeitslosenfragen hat sich der Provinzialausschuß auf den Antrag der Sozialdemokratischen Partei geeinigt; auch dieser Antrag würde also mit großer Mehrheit angenommen.

Wenn aber so verfahren worden ist, so muß ich schon sagen, daß Sie, Herr Kollege Knab, dazu wesentlich beigetragen haben, weil Sie nicht allein, wie mir bekannt ist, zu diesem Antrage namentliche Abstimmung beantragt haben, sondern, wie es mir vom Präsidium gesagt wurde, auch zu allen weiteren Anträgen namentliche Abstimmung verlangen. (Abgeordneter Knab: Nein, das stimmt nicht!) Mir ist gesagt worden, es sei auch zu allen weiteren Anträgen namentliche Abstimmung beantragt. (Abg. Knab: Nein, nur zu unseren vier Anträgen!)

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Herr Abgeordneter Knab, Sie haben nicht das Wort.

Abgeordneter H a a s (fortfahrend): Wenn Sie auch nur zu Ihren vier Anträgen namentliche Abstimmung beantragt haben, so bin ich doch der Auffassung, daß Sie wissen müssen, wie langweilig hier eine namentliche Abstimmung ist. Sie wissen ferner nach der Absprache im Ausschuß, daß die große Mehrheit sich auf einen Antrag geeinigt hat und daß Ihre namentlichen Abstimmungen nur Demonstrationen sein können und nichts anderes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aus diesen Gründen bin ich der Meinung: Nicht allein diejenigen, die jetzt diesen Antrag gestellt haben, daß alles dem Provinzialausschuß überwiesen werden soll, sind schuldig, sondern Sie sind die Veranlasser dieser Anträge. (Sehr richtig! rechts.) Das muß hier festgestellt werden. Ich bedaure das sehr und möchte wünschen, daß Sie den Antrag auf namentliche Abstimmung zurückziehen, weil meine Freunde unter allen Umständen diese Fragen heute erledigen wollen. Wir erreichen das, wenn Sie die Anträge auf namentliche Abstimmung zurückziehen.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Strunk.

Abgeordneter S t r u n k: Ich möchte noch betonen, daß es offenkundig ist, daß durch die vorhergegangenen Abstimmungen, die durch Herrn Knab beantragt wurden, keinerlei Abstimmungsergebnis erzielt werden konnte, das irgendwie zweifelhaft war. Es war ganz offenkundig und auch ausgesprochen, wenn auch nicht in diesem Raume, daß man die namentlichen Abstimmungen der Obstruktion wegen beantrage. Wir von der Mehrheit des Hauses sind nicht gewillt, uns heute Abend durch Obstruktionsanträge der Kommunisten hier länger festhalten zu lassen, als es notwendig ist.

Im übrigen haben wir zu dem Provinzialausschuß das Vertrauen, daß er die Anträge in dem Sinne erledigen wird, in dem sie auch der Provinziallandtag hier erledigen würde, und das war ebenfalls eine Veranlassung für unseren Antrag. Es sind also auch sachliche Gründe, die uns dazu veranlaßt haben.

Im übrigen möchte ich noch bemerken, daß der Provinzialausschuß heute abend noch zusammentritt, und zu den abzufehenden Punkten der heutigen Tagesordnung Stellung nehmen kann.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter K n a b: Herr Strunk und auch Herr Haas, Sie können reden, was Sie wollen; Sie werden sich aber nicht mit kühner Stirn hierherstellen und behaupten wollen, Sie und die Rechtsparteien hätten nicht bereits, bevor die Dinge so gekommen sind, beschlossen, die ganzen auf der Tagesordnung stehenden Punkte dem Provinzialausschuß zu überweisen. (Lebhafter Widerspruch. Zuruf des Abgeordneten Strunk: Das ist eine Unwahrheit!) Herr Strunk, wir haben, nachdem uns mitgeteilt worden war, die Rechtsparteien beabsichtigten, die auf der Tagesordnung stehenden Sachen vertagen zu lassen, in unserer Fraktion beschlossen: Dann beantragen wir namentliche Abstimmung. Bitte, meine Herren, wir hängen nicht an der namentlichen Abstimmung. In dem Augenblick, in dem Sie Ihre Vertagungsabsichten zurückstellen, stellen wir unseren Antrag auf namentliche Abstimmung zurück, aber erst dann, wenn Sie Ihre Vertagungsanträge zurückziehen. Anderenfalls beantragen wir, daß über Ihren Vertagungsantrag namentlich abgestimmt wird.

Also wir sind bereit, von jeder Erschwerung der Geschäftsordnung im Interesse der sachlich vorliegenden Anträge Abstand zu nehmen, wenn Sie Ihre Obstruktion, die Sie eingeleitet haben, preisgeben.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. W e s e n f e l d: Meine Damen und Herren! Wir schließen uns dem Antrage des Zentrums an.

Wenn der Herr Abgeordnete Knab vorhin hier ausführte, es hätte eine Vereinbarung zwischen uns stattgefunden, so muß ich hiermit erklären, daß das die Unwahrheit ist. (Zustimmung rechts.) Eine solche Vereinbarung hat nicht stattgefunden. Sowohl die Herren vom Zentrum als auch wir waren durchaus bereit, wie wir es stets gewesen sind, in guten parlamentarischen Formen hier zu verhandeln und so lange zu sitzen, als es notwendig gewesen wäre, um die Dinge sachlich zu erörtern. Nachdem aber Herr Abgeordneter Knab und seine Freunde dazu übergegangen sind, systematisch jede parlamentarische Verhandlung zu sabotieren, ist uns unsere Zeit zu schade dazu. Wir haben auch nicht mehr das Vertrauen zu Ihnen und Ihren Freunden, Herr Knab, daß Sie, wenn Sie jetzt diese Anträge nolens volens zurückziehen, nicht andere Mittel finden werden, um unsere Verhandlungen hinauszuziehen. Wir müssen deshalb bei unserem Entschlusse bleiben.

Der Provinzialausschuß wird nach seiner ganzen Zusammenetzung — davon sind wir überzeugt — die Anträge aufs beste erledigen; er bietet dafür volle Gewähr. (Bravo! rechts.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Knab hat — um das klarzustellen — für diesen Vertagungsantrag namentliche Abstimmung verlangt. Nach § 32 Absatz 2 der Geschäftsordnung ist eine namentliche Abstimmung bei Vertagungsanträgen nicht zulässig. (Bravo! im Zentrum.)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter H a a s: Meine Damen und Herren! Ich möchte, nachdem Herr Abgeordneter Knab erklärt hat, er sei bereit, seine Anträge auf namentliche Abstimmung zurückzuziehen, doch dringend bitten, daß Sie zum allermindesten noch die Notstandsangelegenheiten erledigen. Der Provinzialausschuß ist jetzt zu einer Sitzung einberufen, die er unbedingt abhalten muß. Wir haben weiter im Ältestenrat beschlossen, zu den Notstandsfragen nur 20 Minuten Redezeit zuzulassen. Ich bin der Auffassung, während hier geredet wird, kann der Provinzialausschuß seine Sitzung abhalten. Wir würden also totsicher in einer Stunde die Frage ordnungsgemäß erledigt haben. Das sind wir meiner Ueberzeugung nach den Hochwassergeschädigten und den vielen Hunderttausenden, die im Rheinlande arbeitslos umherlaufen, schuldig. Deshalb bitte ich Sie dringend, doch diese eine Stunde noch zuzugeben und Ihre Anträge zurückzuziehen. Dann wird Herr Kollege Knab seine Anträge auch zurückziehen.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter K n a b: Meine Damen und Herren! Herr Dr. Wesenfeld hat unter Mißbrauch der Geschäftsordnungsdebatte hier die Behauptung aufgestellt, wir hätten die parlamentarischen Formen verletzt und eine Obstruktion getrieben. Infolgedessen sähen er und seine Freunde sich veranlaßt, von einer weiteren Beratung abzusehen und für Ueberweisung an den Provinzialausschuß zu stimmen. Ich kann eine solche Behauptung weder auf mir, noch auf meiner Fraktion sitzen lassen. Ich will folgendes feststellen, Herr Dr. Wesenfeld:

Nachdem Sie von der Arbeitsgemeinschaft und das Zentrum sich verbündet haben, um der Kommunistischen Partei das zweite Mandat im Provinzialausschuß, das ihr auf Grund ihrer Stärke zustand, abzutreiben, und dafür gesorgt haben, daß das Mandat, das wir eigentlich bekommen mußten, das Zentrum bekam, so daß das Zentrum eine Mehrheit im Provinzialausschuß erhalten hat, die ihm auf Grund seiner

Stärke nicht zustand, dürfen Sie es uns nicht verübeln, wenn wir von der Geschäftsordnung denselben Gebrauch machen, um unsere Rechte zu wahren, wie Sie es auch getan haben.

Also Ihren Vorwurf lehnen wir ab. Ich betone nochmals die Bereitschaft, jeden Antrag auf namentliche Abstimmung zu unterlassen und durch einfache Abstimmung über die Anträge zu befinden, wenn Sie von der Obstruktion, die Sie jetzt treiben wollen, auch Abstand nehmen.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Strunk.

Abgeordneter S t r u n k: Zunächst möchte ich bemerken, daß immerhin ein Unterschied darin besteht, ob ich eine Wahlordnung oder ein Wahlgesetz für meine Partei oder für mich so ausnutze, wie es rechtmäßig zulässig ist, oder ob ich obstruktionsmäßig eine Geschäftsordnung ausnutze. Ich bin aber bereit, auf den Boden des Herrn Knab zu treten. Herr Wejenfeld hat bereits betont, daß wir kein unbedingtes Vertrauen mehr zum Herrn Knab haben. Es hat darum zunächst Herr Abgeordneter Knab seine Anträge zurückzuziehen. Dann werde ich meinen Antrag auch zurückziehen unter der Bedingung, daß die einzelnen Fraktionen sich dahin einigen, daß die Redezeit für jeden Redner auf zehn Minuten beschränkt wird und jede Fraktion nur einen Redner stellt.

Das ist ein Boden, auf den wir treten können. Wenn wir heute Abend loyal mitarbeiten wollen und wenn wir an alle die Ansprüche der Loyalität stellen und dementsprechend gehandelt wird, so steht nichts im Wege, heute Abend ordnungsmäßig die gesamte Tagesordnung zu erledigen.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Meine Damen und Herren! Der Ältestenrat hat sich mit einer eventuellen Beschränkung der Rededauer bereits beschäftigt. Er hat davon Abstand genommen, einen Antrag bezüglich der Hochwasserangelegenheiten in der Richtung zu stellen. Bezüglich der wirtschaftlichen Notlage, insbesondere der Erwerbslosenfürsorge, schlägt Ihnen aber der Ältestenrat vor, für den Fall, daß es zu weiteren Verhandlungen kommen sollte, die Rededauer auf 20 Minuten zu beschränken, selbstverständlich in dem Sinne, daß für jede Fraktion bloß 20 Minuten im ganzen gesprochen wird. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Das ist zu lange!) Bezüglich der übrigen Angelegenheiten ist das nicht beschloffen worden.

Ich frage nun: Wird noch das Wort zur Geschäftsordnung gewünscht?

Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter K n a b: Wir ziehen unseren Antrag auf namentliche Abstimmung zurück.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Sie ziehen den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück. Damit ist auch der Antrag Strunk zurückgezogen. (Zuruf des Abgeordneten Strunk: Aber zehn Minuten Redezeit!) Um diesen Antrag zu stellen, müßte der Ältestenrat zunächst wieder zusammentreten, denn diesen Antrag kann nur der Ältestenrat nach § 25 der Geschäftsordnung stellen. „Der Provinziallandtag kann für bestimmte Beratungen auf Antrag des Ältestenrates mit Dreiviertelmehrheit eine Längstdauer der Redezeit feststellen.“ Der Ältestenrat müßte also für diese Angelegenheit nochmals zusammentreten. (Zuruf des Abgeordneten Strunk: Dann verzichte ich darauf!) Wenn ich die Dinge richtig überblicke, kommen wir, glaube ich, genau so weit, wenn wir es bei dem Vorschlage des Ältestenrates belassen. Ich möchte also vorschlagen, bei dem Punkte 2 die Redezeit für jede Fraktion auf 20 Minuten Höchstdauer zu beschränken. Ich bitte, damit wir uns darüber einig werden, dies schon jetzt mit Dreiviertelmehrheit zu beschließen. Ich darf annehmen, daß im übrigen die Anträge zurückgezogen werden und für Diskussion freie Bahn ist. Ist das der Fall? (Zustimmung.)

Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die für den Antrag des Ältestenrates sind, bei Punkt 2, also Erwerbslosenfürsorge und Wirtschaftsnot, die Höchstdauer der Redezeit für sämtliche Fraktionen auf 20 Minuten zu beschränken, sich von den Plätzen zu erheben. — Das ist mehr als die verlangte Dreiviertelmehrheit. Es ist so beschloffen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Hochwasserschäden. Der Antrag der Sozialdemokratischen Partei ist dann erledigt, wenn zu Punkt 2: Erwerbslosenfürsorge beschloffen wird. Es liegt der Antrag der Kommunistischen Partei vor, sowie der Antrag des Provinzialausschusses. Der weitergehende Antrag ist unbedingt der Antrag der kommunistischen Fraktion, der beantragt, den Betrag von 200 000 Mark auf 800 000 Mark zu erhöhen und 4 Millionen Mark von der Landesbank aus zur Verfügung zu stellen. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen und bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Ich lasse dann über die Entschloffung des Provinzialausschusses abstimmen.

Herr Abgeordneter Knab zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter K n a b: Ich bin der Meinung, über den weitestgehenden Antrag muß zuerst abgestimmt werden. Ich habe in meiner Rede beantragt, daß über unsere Entschloffung zuerst abgestimmt wird, weil sie weiter geht, und zwar getrennt über den ersten und zweiten Abschnitt.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Sie geht weiter. Ich lasse über den ersten Abschnitt der Entschloffung, die Ihnen vorliegt, zunächst abstimmen und bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit.

Wer für Absatz 2 ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist ebenfalls die Minderheit.

Wer für Absatz 3 ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Entschliebung ist abgelehnt.

Ich bitte dann diejenigen, die für die Entschliebung des Provinzialausschusses sind, sich zu erheben. —

Sie ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu dem Zusatzantrage, eine 15gliedrige Kommission zu wählen, mit der Abänderung, daß der Oberpräsident dazu aus dem Kreise der Geschädigten Mitglieder zuziehen kann. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. (Zuruf des Abgeordneten Knab: Wir bitten um die Gegenprobe!) Die Gegenprobe ist verlangt. Ich bitte diejenigen, die gegen diesen Antrag sind, sich zu erheben. Das letztere ist die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen dann zu den Anträgen über die Wirtschaftsnot und die Erwerbslosenfürsorge.

Das Wort hat als Antragsteller der Herr Abgeordnete Vid.

Abgeordneter Vid: Meine Damen und Herren! Der Antrag der Sozialdemokratischen Partei, Mittel und Wege zu suchen, um der Erwerbslosigkeit zu steuern, liegt Ihnen in der Drucksache vor. Man wird draußen im Lande kein Verständnis dafür haben, daß es in dieser wichtigen Frage nicht möglich war, die erforderliche Zeit für ihre Behandlung bereitzustellen. Wir sind durch die Einstellung der RPD. nicht zu der gewünschten Erörterung dieser äußerst wichtigen Angelegenheit der Arbeiterschaft gekommen. Ich möchte diese Feststellung unter allen Umständen machen.

Meine Damen und Herren! Was uns in der Hauptsache bewegt hat, unsere Anträge einzubringen, ist die Frage, die insbesondere die Arbeitslosen draußen beschäftigt: Wie sind die Löhne der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten heute zu gestalten?

Es spielen dabei die Einrichtungsgemeinden der Arbeitsnachweise eine sehr wesentliche Rolle und über den Rahmen der Einrichtungsgemeinden hinaus als oberste Landesbehörde auch das Landesarbeitsamt. Der Gesetzgeber hat in § 9 der einschlägigen Bestimmungen angeordnet, daß den Arbeitslosen, wenn sie als Notstandsarbeiter in den Produktionsprozeß eingereiht werden, unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips auch die entsprechenden Löhne gewährleistet werden sollen. In diesem Zusammenhange muß ich mich schon einmal kurz im allgemeinen mit den Dingen der Erwerbslosenfürsorge und mit den wirtschaftlichen Verhältnissen überhaupt befassen.

Die Frage ist hier: Was hat die Wirtschaft der überwiegenden Masse der arbeitenden Bevölkerung als Eigentum gelassen? Da müssen wir uns doch darüber klar sein — und darüber herrscht kein Zweifel —, daß weitesten Kreisen der Bevölkerung heute nur ihre Arbeitskraft geblieben ist! Die Wirtschaft als solche gibt aber nicht die Möglichkeit, diese Arbeitskraft zu gebrauchen, sie in den Dienst der Wirtschaft zu stellen. Es ist deshalb nur zu folgerichtig, daß wir auch auf die Dauer mit einer größeren Zahl von Erwerbslosen zu rechnen haben werden. Diese periodenweise Arbeitslosen müssen wir im Laufe der Zeit als einen Normalzustand der Wirtschaft betrachten, und wir müssen uns aus diesem Grunde in den zuständigen Körperschaften, vor allen Dingen in den kommunalen Körperschaften, mit der Tatsache abfinden, uns bezüglich der Behebung der Arbeitslosigkeit auf längere Sicht einzustellen. Dafür, daß dieser Normalzustand besteht, trete ich folgendermaßen den Beweis an:

Die Gewerkschaften haben bereits in der Vorkriegszeit Erhebungen angestellt, wonach in den letzten sieben Vorkriegsjahren, in denen sich bekanntlich Hochkonjunktoren mit wirtschaftlichen Depressionen abgewechselt haben, die Zahl der Erwerbslosen zwischen 2,1 und 3,3% geschwankt hat. Ich brauche die verschärften Verhältnisse, die sich in der Nachkriegszeit ergeben haben, nicht besonders zu erläutern; sie stehen ohne weiteres fest. Durch diesen Umstand ist die Zahl der dauernd Erwerbslosen unter allen Umständen gestiegen, und es wird auch in Zukunft mit einer größeren Zahl von Erwerbslosen in der Wirtschaft ständig zu rechnen sein. Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist das Grundproblem, vor dem wir stehen: Wir kommen nicht um die Notwendigkeit herum, für diese Leute im Laufe der Zeit dauernd Sorge zu tragen.

Ich möchte in diesem Zusammenhange darauf aufmerksam machen, daß, insbesondere hier im industriellen Westen, in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen — zum Teil durch den Ruhrkampf bedingt — ein großer Teil von Erwerbslosen schon zwei Jahre und darüber hinaus erwerbslos ist. Dazu kommt — und das ist die furchtbare Tragik im Arbeiterleben überhaupt — die Angst vor der Arbeitslosigkeit. Meine Damen und Herren! Diese Angst vor der Arbeitslosigkeit, die heute auch schon in den vollkräftigen Arbeitern umgeht, muß unter allen Umständen behoben werden. Auch noch fähige Arbeiter stehen heute täglich vor der entscheidenden Frage: Was wird morgen, wenn die Wirtschaft deine Arbeitskraft nicht mehr will? Diese Tragik des Arbeiterlebens steigert sich bei zunehmendem Alter geradezu zur Unerträglichkeit. Meine Damen und Herren! Das ist das Zentralproblem, welches wir bei der Erörterung dieser Angelegenheit in den Vordergrund schieben müssen.

Wir sind uns dessen bewußt, daß die Wirtschaft als solche auch heute noch ein Interesse daran hat, diese Zustände bestehen zu lassen, weil sie es gerne sieht, wenn der Arbeitsmarkt eine große Armee von Erwerbslosen zur Verfügung hat. Die Sozialdemokratische Partei auch des Provinziallandtages wird sich mit allen Mitteln gegen derartige Tendenzen, wenn sie von der Wirtschaft angewandt oder versucht werden anzuwenden, wehren. Wir rufen in diesem Zusammenhange aus: Wir verlangen unter allen Umständen eine Beschäftigung des Heeres der Erwerbslosen und eine Zahlung angemessener Löhne schon als Erfüllung der elementarsten volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Aufgaben. Meine Damen und Herren! Wir sind uns der Wichtigkeit der Angelegenheit voll und ganz bewußt. Es wird in diesem Hause unbestritten sein, daß tatsächlich durch derartige Arbeitslosenperioden in großen Kreisen der Arbeiterschaft die demoralisierende Wirkung solcher Zustände nicht ausbleiben wird und auch nicht ausbleiben kann.

Der Provinzialausschuß hat eine Behandlung des von uns eingebrachten Antrages über die Fürstenabfindung zurückgestellt. Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhange möchte ich Sie darauf hinweisen, daß es doch im Grunde genommen bedauerlich ist, daß nicht auch der Rheinische Provinziallandtag wenigstens in etwa zu dieser Frage Stellung genommen hat. Was steht heute den Forderungen, die die deutschen Fürsten stellen, auf der anderen Seite gegenüber? Millionen Erwerbsloser warten auf Beschäftigung. Millionen Erwerbsloser könnten mit den unerhörten Forderungen der deutschen Fürstenhäuser befriedigt werden, wenn man sie in der Weise abfinden würde, wie man meinetwegen die Sparsassengläubiger durch die Aufwertung bedenkt und wie man darüber hinaus heute die Kriegsanleihen, und was damit in Zusammenhang zu bringen ist, aufgewertet hat. Ich erinnere auch kurz an den großen Kreis der Auslandsdeutschen, die heute noch auf die Befriedigung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen gegenüber ihrem früheren Vaterlande warten.

Meine Damen und Herren! Einiges im besonderen zu unseren Anträgen. Ich muß da einige Zahlen anführen. Ich wende mich dabei insbesondere an den Herrn Oberpräsidenten als Vertreter der preussischen Staatsregierung. Ich möchte ihn darauf hinweisen, daß mit Rücksicht auf die geradezu katastrophalen Zustände in der Rheinprovinz, die darin zum Ausdruck kommen, daß die Rheinprovinz auf tausend Einwohner 25,9 Erwerbslose hat, daß sie also an zweiter Stelle im ganzen deutschen Reiche steht, und mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, die ich Ihnen vorhin in allgemeinem Zusammenhang geschildert habe, stärker durch Staatsmittel gedacht werden muß, als es bisher geschehen ist, wenn im Rheinlande in der erforderlichen Weise die Erwerbslosenfürsorge durch die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten betrieben werden soll.

Wenn wir uns die Zahlen innerhalb der Rheinprovinz einmal ansehen, dann können wir feststellen, daß am 15. Dezember allein 177 934 Erwerbslose vorhanden waren. Diese Zahl ist bis zum 1. Januar dieses Jahres auf 247 760 gestiegen. Unter diesen 247 760 Unterstützungsempfängern befinden sich 9596 Notstandsarbeiter. Es entfallen demnach auf 100 Hauptunterstützungsempfänger jetzt in der Rheinprovinz nur 3,87. Im Juni 1925 war der Hundertsatz der beschäftigten Notstandsarbeiter 19,5. Wir sehen also, daß die Bereitstellung der Notstandsarbeiten mit dem Steigen der Erwerbslosenziffern absolut nicht Schritt gehalten hat. Gerade diese Statistik, die auf Grund amtlicher Zahlen des Landesarbeitsamtes zusammengestellt worden ist, beweist uns mit eminenter Deutlichkeit, daß wir in erhöhtem Maße dazu übergehen müssen, die erforderlichen Mittel für die Inangriffnahme weiterer Notstandsarbeiten zu erwirken. Soweit Provinzialmittel nicht vorhanden sind, müssen wir als Provinziallandtag größere Ueberweisungen aus Staats- und Reichsmitteln für diese Zwecke fordern. Meine Damen und Herren! Wir sind uns darüber klar gewesen — aus dem Grunde haben wir auch nicht die Bereitstellung irgendwelcher Mittel seitens des Provinzialausschusses verlangt —, daß zum Teil noch Arbeiten vorhanden sind, die unserer Auffassung nach jetzt als produktive Notstandsarbeiten durchgeführt werden können. Wir haben auch in unserem Antrage zum Ausdruck gebracht, daß wir in erster Linie wünschen, daß die vom 69. Rheinischen Provinziallandtage beschlossenen Arbeiten zuerst in Angriff genommen werden. Wir haben seinerzeit die Verlegung des Angerbachs, die Verlegung des Mittelbachs und die Entwässerung des Wieslich-Hüthumer Deichpolders und die Regulierung der unteren Wupper beschlossen. Ich habe mich dahin informieren lassen, daß die Zuschüsse der Landesverwaltung für diese Arbeiten inzwischen ausgezahlt sind. Ich habe aber nicht feststellen können, ob die Arbeiten nun auch reiflos vollendet sind. Ist das nicht der Fall, so wird es aus Zweckmäßigkeits- und wirtschaftlichen Gründen angängig sein, zu versuchen, die für die Durchführung dieser Arbeiten erforderlichen Mittel auf dem schnellsten Wege für die Rheinprovinz flüssig zu machen, weil diese Arbeiten ja doch schon projektiert und zum Teil schon in Angriff genommen sind und meiner Auffassung nach aus wirtschaftlichen Gründen durchgeführt werden müssen. Gleiche Wünsche haben wir bezüglich einer stärkeren Anspannung bei dem Ausbau der Anstalt Süchteln. den ja der 69. Provinziallandtag auch beschlossen hat. Dann aber hat der 69. Provinziallandtag auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei auch die Kultivierung von Dedland beschlossen und den Provinzialausschuß ermächtigt, dafür einen jährlichen Betrag von 1 Million flüssig zu machen. Es wäre in Erwägung zu ziehen,

ob nicht auch hier auf dem Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge die wirtschaftliche Not in etwa gelindert werden kann.

Wir haben unter Punkt 2 unseres Antrages die schnellste Inangriffnahme weiterer Arbeiten wie auch den Ausbau und die Instandsetzung der Provinzialstraßen und des Kreiswegebaues verlangt. In diesem Zusammenhange möchte ich darauf hinweisen — ein Sonderfall im Kreise Neuwied zwingt mich dazu —, daß es Landkreise gibt, in denen die Auffassung besteht, nach dem 1. April würden seitens der Provinzialverwaltung für die Durchführung der Kreiswegbauarbeiten nicht mehr die notwendigen Mittel bereitgestellt. Wir sind der Meinung, daß hier den Kreisen gegenüber Klarheit geschaffen werden muß und daß unter allen Umständen Mittel und Wege zu finden sind, die Arbeiten auch über das Ende des jetzigen Rechnungsjahres hinaus durchzuführen.

Wir möchten u. a. darauf hinweisen, daß auch in Erwägung zu ziehen ist, ob nicht in Verbindung mit der Reichsbahn Wege gefunden werden können, insbesondere den erforderlichen Bahnbau im Kreise Kochem a. d. Mosel zu verwirklichen. Es ließe sich schon eine Möglichkeit schaffen, dort auch einen Kleinbahnbau vorzunehmen. Die wirtschaftliche Notwendigkeit ist begründet durch die schlechten Verkehrsmöglichkeiten, die gerade die Winzer in diesem Teil der Rheinprovinz haben. Es wäre zu erwägen, ob dort nicht auch aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Verbindung mit der Reichsbahngesellschaft jetzt dieser erforderliche Bahnbau durchgeführt werden kann.

Wir haben dann besonders unter Punkt 4 unsere Forderung betont, auch für die Förderung des Wohnungsbaues Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitzustellen. § 32 der einschlägigen Verordnung besagt, daß dies bisher nicht geschehen kann, und alle Durchführungsverordnungen untersagen bis heute die Bereitstellung irgendwelcher Mittel für den Hochbau. Meine Damen und Herren! Auch dieser Zustand ist mit Rücksicht auf die vorhandene Not unmöglich aufrecht zu erhalten. Es muß m. E. unter allen Umständen darauf hingewirkt werden, daß die Arbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge auch in irgendeiner Weise einen Rentabilitätswert repräsentieren, wenn sie fertig sind. Da ist unserer Auffassung nach der Wohnungsbau der gegebene Boden, um unseren Wünschen gerecht zu werden.

Ich kann natürlich in der Kürze der Zeit nicht im einzelnen auf all diese Dinge, die ich jetzt kurz angeschnitten habe, eingehen. Aber, meine Damen und Herren, über den Rahmen der formellen Arbeiten hinaus, die der 70. Rheinische Provinziallandtag zu erledigen hat und die in der Hauptsache in den Wahlen zum Staatsrat, zum Provinzialausschuß usw. bestehen, hat der Provinziallandtag auch die Pflicht, unter allen Umständen Wege zu suchen, um der in der Rheinprovinz in erhöhtem Maße sich bemerkbar machenden Not zu steuern. Wir glauben als Sozialdemokratische Partei durch die kurzen Hinweise, die ich Ihnen gegeben habe, und die ich, wie ich schon bemerkte, nicht mehr näher erörtern kann, Ihnen den Weg gewiesen zu haben. Der Rheinische Provinziallandtag hat zu entscheiden, ob er den Erwerbslosen und den Notstandsarbeitern draußen im Lande durch die Annahme des sozialdemokratischen Antrages dienen will. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter O b e r d ö r s t e r: Bei Behandlung unserer Anträge für die Hochwasserschädigten haben die Redner der bürgerlichen Parteien sich berufen gefühlt, einer wie der andere zu erklären, diese Anträge entsprächen ja doch nur einem Agitationsbedürfnis der Kommunistischen Partei. Und Sie werden dies jetzt wahrscheinlich wieder vom Rednerpult aus auch zu den Anträgen sagen, die wir zur Linderung der Not der Erwerbslosen und zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für diese gestellt haben. Das Interesse, das die bürgerlichen Parteien dem Erwerbslosenproblem entgegenbringen, wird am treffendsten durch die Anwesenheit von nur einigen Mitgliedern dieser Parteien bei der Behandlung dieser Angelegenheit charakterisiert. Im Augenblick demonstrieren Tausende in der Nähe dieses Hauses für Arbeit und Brot. Wir werden nicht, wie der Redner der Sozialdemokratischen Partei, an Ihre Tränendrüsen appellieren, sondern wir stellen als Vertreter der Erwerbslosen Forderungen, die wir von der bürgerlichen Gesellschaft erfüllt wissen wollen.

Die Zahl der Erwerbslosen im Rheinlande, die von Herrn Bick genannt wurde, ist nur die Zahl derer, die eine Hungerunterstützung erhalten. Aber die Zahl derer, die nichts bekommen, ist genau so groß. (Sehr richtig! links.) Wir haben zurzeit im Rheinlande 550 000 bis 600 000 Erwerbslose, die arbeiten möchten, denen man aber eine Arbeitsgelegenheit nicht gibt.

Wenn man in der Verfassung dem Deutschen das Recht auf Arbeit zugesteht und für den Fall, daß man keine Arbeit geben kann, ihm seinen Lebensunterhalt sichert, muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß zunächst alle, die erwerbslos sind, gleichgültig, wie lange die Erwerbslosigkeit dauert, gleichgültig, aus welchen Ursachen sie entstanden ist, eine Unterstützung erhalten, die ihnen einigermaßen eine Lebensmöglichkeit sichert. Die heutigen Unterstützungen sind Hungerunterstützungen, bei denen die Erwerbslosen mit ihren Familien allmählich verhungern müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Sehen Sie sich die Statistik unserer Schulärzte an, dann finden Sie, daß der Prozentsatz der unterernährten Kinder ein ungeheurer ist.

Das bedeutet, daß allmählich die deutsche Volkskraft zu Grunde geht und das Wort Grubers mehr und mehr in Erfüllung geht, daß 20 Millionen Deutsche auswandern müssen. Und wohin? Zum Friedhof! Deshalb fordern wir, daß alle in die Erwerbslosenunterstützung aufgenommen werden, nicht nur diejenigen, die auf Grund der heutigen schikanösen Bestimmungen ein Recht zur Aufnahme haben, sondern alle ohne jede Bedingung.

Wir fordern weiter, daß die Kurzarbeiter, die heute bei den Schandlöhnen des beutegierigen Unternehmers zum Teil noch weniger haben als ein Erwerbsloser, ebenfalls in die Arbeitslosenunterstützung eingegliedert werden.

Aber es wird auch notwendig sein, hier ein Wort zu den Ursachen dieser Dinge zu sagen. Nach bürgerlichen Begriffen haben wir eine Kapitalkrise, haben wir eine Ueberfetzung in den Apparat der Warenverteilung. Das sind angeblich nach bürgerlichen Begriffen die Ursachen dieser Wirtschaftskrise. Wir sagen im Gegensatz dazu: Die Ursachen dieser Wirtschaftskrise liegen in dem Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Diese Krise ist nichts anderes als eine Produktionskrise. Diese Krise hat ihre Ursache darin, daß die kapitalistische Welt keine Möglichkeit hat, die Waren, die sie erzeugen kann, abzusetzen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Das ist die Ursache dieser Krise. Diese Ursache wird die kapitalistische Wirtschaft nicht überwinden. An dieser Ursache wird sie zugrunde gehen. Dieser Widersinn der kapitalistischen Wirtschaft, der heute durch die Verhältnisse jedem Arbeiter, auch dem Zentrumsarbeiter, deutlich vor Augen geführt wird, wird die Arbeiter zusammenführen im Kampf um ihre wirtschaftlichen Interessen. (Abgeordnete Frau Plum: Sehr gut!) Auf der einen Seite Millionen Menschen in Deutschland, ungefähr 3 Millionen in England und 1½ Millionen in den skandinavischen Staaten, in Holland, in Italien und in der Schweiz — gar nicht zu reden von der Tschechei, von Polen und von Oesterreich —, Millionen Arbeitsloser, die alles das, was die Menschen zum Leben notwendig haben, schaffen könnten, auf der anderen Seite Warenberge, für die keine Käufer vorhanden sind. Millionen Menschen, die nicht das Notwendigste zum Leben, nicht das Notwendigste an Kleidung haben, die in elenden Wohnlöchern hausen müssen. Dieser Widersinn wird den Arbeitern die Augen öffnen und sie dazu bringen, daß sie eine Wirtschaft aufbauen, die wirklich jedem eine Lebensberechtigung gibt.

Das sind die Ursachen. Deshalb sagen wir: Die Maßnahmen, die hier zur Ueberwindung der Krise getroffen werden, können diese Ursachen nicht beseitigen. Aber wir fordern, daß Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, damit wirklich auf allen Gebieten die notwendigsten Arbeiten durchgeführt werden.

Die Bereitstellung der Mittel sowohl für die Erhöhung der Unterstützungen als auch für die Durchführung der Notstandsarbeiten wird, solange die kapitalistische Gesellschaft existiert, nicht nur mit Schwierigkeiten verbunden, sondern rein unmöglich sein, wenn nicht die Arbeiterklasse den nötigen Druck aufbringt, die herrschende Klasse dazu zu zwingen. (Abgeordneter Schröder-Essen: Sehr gut!) Die kapitalistische Gesellschaft kann in dieser Periode des Niederganges ihre Herrschaft nur noch aufrecht erhalten, wenn sie die Arbeitslosen verhungern läßt. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Nur auf Kosten des Arbeiters, nur durch die Enteignung des kleinen Mittelstandes wird es der jetzigen Wirtschaft noch eine zeitlang gelingen, sich zu behaupten. Das wird noch ein Ausweg sein, aber kein endgültiger. Aus dieser Sackgasse gibt es kein Entkommen.

Die Arbeiterschaft wird auch Wege zeigen, wie man diese Mittel aufbringen kann. Wenn in der jetzigen Periode des parasitären Kapitalismus die Großkapitalisten Subventionen vom Staat verlangen, so werden wir alles daransetzen, daß Schluß mit dieser Subventionswirtschaft gemacht wird. Wir werden alles daransetzen, um die Arbeiterschaft zu mobilisieren. Wir werden nicht mehr dulden, daß noch einmal den Kohlenbaronen über 700 Millionen in den Rachen geworfen werden. Wir werden alles daransetzen, daß nicht große Konzerne, wenn auch in versteckter Form, Subventionen des Staates erhalten. Wir verlangen, daß diese Mittel zur Linderung der Not, zur Erhöhung der Unterstützungen, zur Durchführung von Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden.

Nach den letzten Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums wird im laufenden Etatsjahr mit einer Mehreinnahme von 700 Millionen gegenüber dem Voranschlag gerechnet. Dies wurde erst vor zehn Tagen durch das Reichsfinanzministerium bekannt gegeben. Es wird notwendig sein, daß heute der Rheinische Provinziallandtag fordert, daß angesichts dieser ungeheueren Hochwasserkatastrophe und angesichts der besonders schweren Wirtschaftskrise des Rheinlandes aus den voraussichtlichen Ueberschüssen Mittel bereitgestellt werden, damit die Arbeiten, die erforderlich sind, um solche Dinge zu verhindern, durchgeführt werden können. Das haben wir in unserem jetzigen Antrage wiederum gefordert, obwohl wir nicht allzuviel Hoffnung haben, daß Sie die Einsicht haben, nun einmal solchen berechtigten Forderungen Nachdruck zu geben. Sie haben vorhin bei der Abstimmung gezeigt, daß Sie nicht einmal soviel Mut aufbringen, um der Reichsregierung einen solchen Antrag auch nur zu unterbreiten. Aber das ist die natürliche Folge Ihrer ganzen Einstellung, weil Sie nichts anderes zu tun haben, als die Interessen der Besitzenden zu wahren. Sie können keine proletarischen

Interessen wahrnehmen. Deshalb sind die Worte, die Sie dazu reden, weiter nichts als Phrasen, um Ihre wirkliche Einstellung zu den Dingen zu verbergen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Als einziger Ausweg aus diesen Zuständen wird nur eine grundlegende Aenderung der Wirtschaftsweise möglich sein, die wir erstreben, für die wir all unsere Kraft einsetzen werden, weil wir wissen, daß mit allen Palliativmitteln an diesen Dingen nichts geändert werden kann. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Herr Bick hat bereits vorhin gesagt: Wenn wir früher mit periodenhafter Arbeitslosigkeit zu rechnen hatten, so haben wir es jetzt mit einem Dauerzustande zu tun. Das stimmt durchaus. Die Bestrebungen der deutschen Industrie laufen nicht nur darauf hinaus, die Steuern zu schinden, die sozialen Einrichtungen abzubauen, die Arbeiterrechte zu verschlechtern, durch Verlängerung der Arbeitszeit die Produktionskosten zu verringern, sondern die Industriellen sehen, daß sie nur wettbewerbsfähig werden können, wenn sie auch den Produktionsapparat technisch dem Produktionsapparat der Vereinigten Staaten von Nordamerika anpassen können. Wir sehen, wie diese Rationalisierung der Industrie mit Riesenschritten vorwärts geht, wie im Kaliberbergbau bereits die Sache durchgeführt ist, wie dort bereits 60% aller Arbeiter hinausgedrückt sind. (Hört! hört! bei den Kommunisten.) Wir sehen, daß im Ruhrbergbau diese Rationalisierung bereits zu mindestens 50 bis 60% durchgeführt ist und daß in den letzten 1 $\frac{3}{4}$ Jahren sich die Zahl der im Ruhrbergbau Beschäftigten um ungefähr 180 000 Mann Belegschaft verringert hat, und trotz dieser Verringerung der Zahl der Beschäftigten sind die Produktionsziffern genau die gleichen geblieben. Wir sehen, wie in der rheinisch-westfälischen Montanindustrie die Dinge ebenfalls mit Riesenschritten vorwärts gehen. Wir werden in den über 100 Betrieben, die jetzt zum Stahlkonzern zusammengeschlossen werden, nach der Frankfurter Zeitung eine Verringerung der Belegschaftsstärke um rund 40 000 Arbeiter erhalten. (Zuruf eines Kommunisten: Unerhört!) Aber das wird nicht allein die Auswirkung dieser Rationalisierung sein. Die Klein- und Mittelbetriebe werden der Konkurrenz mit diesen Trusts nicht gewachsen sein; sie werden dabei an die Wand gequetscht. Die Arbeiter in diesen Betrieben werden aufs Pflaster geworfen. So werden wir nicht nur mit der jetzigen Zahl der Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, sondern wir werden, auch wenn im Frühjahr die Landwirtschaft und vielleicht auch das Baugewerbe einige Kräfte vom Arbeitsmarkt abziehen, eine Arbeitslosigkeit behalten, wie wir sie heute haben und die vielleicht noch darüber hinausgeht, infolge der Entwicklung unserer gesamten Wirtschaft.

Glauben Sie, daß die Arbeiter diesen Zustand endlos mitmachen, daß sie vor Hunger verrecken? Nein, das läßt die Natur nicht zu. Da gibt es nichts anderes als Kampf um die Existenz, Kampf um die Selbsterhaltung. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Dann werden wir diese Gesellschaft hinwegfegen. Aber dabei allein werden wir es nicht belassen, sondern auf allen Gebieten werden wir dafür eintreten, daß die Gesellschaft Mittel zu einer Unterstützung bereitstellt, die die dringendsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen gestattet, daß sie auch die Mittel zur Durchführung wirklich notwendiger Arbeiten zur Verfügung stellt.

Zu diesem Punkte haben wir außer dem Ihnen vorliegenden Antrage, der speziell auf die Notstandsarbeiten und die Erwerbslosenfrage zugeschnitten ist, einen Antrag vorgelegt, der sich gegen die gesetzlichen Bestimmungen über die Auszahlung der sogenannten Ruhrkampfunterstützung wendet. Die jetzt geltenden Bestimmungen sind in ihrer Auswirkung so, daß im günstigsten Falle 5 bis 6% derer, die durch den Ruhrkampf wirklichen Schaden erlitten haben, diese Unterstützung erhalten. Wenn wir heute die Kreise der Erwerbslosen durchgehen, dann stellen wir fest, daß fast 90% der Erwerbslosen auch in der Zeit vom 1. Oktober 1923, wo die Lohnsicherung zu Ende ging, bis zu den Jahren 1924 und 1925 Opfer der Ruhrbesetzung waren. Aber auf Grund der schikanösen Bestimmungen, wonach drei verschiedene Bedingungen erfüllt sein müssen, bevor der Arbeiter in den Genuß dieser Unterstützung kommt, erhalten höchstens 5 bis 6% die Unterstützung. Wenn Sie auch nur etwas tun wollen, wenn Sie wirklich hier nur eine Kompensation für die Arbeiter wollen gegenüber den 715 Millionen, die man den Ruhrindustriellen auf Grund des Ruhrkampfes in den Rücken geworfen hat, dann, bitte, stimmen Sie unserem Antrag zu, der fordert, daß diejenigen, die in der Zeit vom 1. Oktober 1923 bis 31. Dezember 1925 einschließlich 60 Tage arbeitslos gewesen sind, diese Unterstützung erhalten, die an und für sich schon lächerlich gering ist.

Wir beantragen ferner, daß über unseren Antrag zu der Erwerbslosen- und Notstandsarbeiterfrage in sechs Abschnitten abgestimmt wird, damit in den Fällen, wo vielleicht der eine oder andere bereit ist, für unseren Antrag zu stimmen, dazu die Gelegenheit gegeben ist.

Außer den bereits vorhin angeführten Tatsachen hinsichtlich der Reichsfinanzen zur Bereitstellung der Mittel für Notstandsarbeiten ist es sicherlich notwendig, noch auf eins hinzuweisen, wodurch auch sowohl für die Notstandsarbeiter als auch für andere Bevölkerungsschichten Erleichterungen ihrer Lebenslage möglich sind. Nachdem die Reaktion in Deutschland sich wieder kräftig fühlt, haben allerhand ehemalige Potentaten auch Aufwertungsansprüche gestellt, nachdem ihnen bereits von der demokratischen Republik allerhand Millionchen zugeschußert worden waren.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Ich mache den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß die 20 Minuten, die der kommunistischen Partei zur Verfügung stehen, abgelaufen sind. (Zuruf eines Kommunisten: Immer gerade, wenn der Wilhelm drankommt!) Ich muß bitten, abzubrechen.

Abgeordneter D e r d ö r f t e r: Ich bin sofort fertig. Wenn bei diesen Dingen die Deckungsfrage aufgeworfen wird, dann, bitte, sorgen Sie mit dafür, daß diese 3-Milliarden-Ansprüche der Deserteure und ehemaligen Potentaten nicht erfüllt werden (Sehr gut! bei den Kommunisten), daß diese Mittel für die Erwerbslosen und für die Durchführung von Notstandsarbeiten konfisziert werden, daß diese Schlösser für Kinder-, Säuglings- und Siechenheime, die in Deutschland bitter notwendig sind, eingerichtet werden. Dann ist es vielleicht möglich, daß die kapitalistische Gesellschaft ihre Lebensdauer um einige Tage verlängert. (Sehr gut! bei den Kommunisten. Lachen bei den bürgerlichen Parteien.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter Esser.

Abgeordneter E s s e r -Guskirchen: Meine Damen und Herren! Auch meine Fraktion ist der Meinung, daß die Erwerbslosenfrage zurzeit die dringendste ist und daß sie bei der Besprechung der wirtschaftlichen Fragen in die erste Reihe zu stellen ist. (Zuruf eines Kommunisten: Das haben wir eben gesehen.) Die Erwerbslosigkeit in Deutschland hat sich zweifellos zu einer Katastrophe ersten Ranges entwickelt. Für uns als Rheinischen Provinziallandtag kommen selbstverständlich zunächst die rheinischen Verhältnisse in Betracht. Da müssen wir mit Bedauern feststellen, daß wir im Rheinland bezüglich der Erwerbslosigkeit im ganzen deutschen Reiche an erster Stelle stehen.

Im Reichstage ist im 16. Ausschuß für die besetzten Gebiete stets auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, der rheinischen Wirtschaft besonders mit Rücksicht auf die großen Erwerbslosenziffern eine besondere Fürsorge zuteil werden zu lassen. Ich bin der Meinung, daß wir im Rheinischen Provinziallandtag das ganze Deutschland auf diese außergewöhnlichen Verhältnisse im Rheinlande heute hinlenken müssen, indem wir die Ziffern der Erwerbslosen im Rheinlande denen des übrigen, des unbesetzten Deutschlands, gegenüberstellen.

Der Herr Redner der Sozialdemokratischen Partei hat eine Reihe von Ziffern angegeben, die aber durch die neuesten Feststellungen überholt sind. Während wir am 1. Januar 1926 219 000 Hauptunterstützungsempfänger — das sind 30,6, nicht 25 auf 1000 Einwohner — hatten, ist diese Ziffer bis zum 15. Januar auf 247 760 Hauptunterstützungsempfänger mit 323 567 Zuschlagsempfängern, d. h. unterstützten Familienmitgliedern, gestiegen, und der Durchschnitt hat sich für die Rheinprovinz von 30,6 auf 34,7 Hauptunterstützungsempfänger auf 1000 Einwohner erhöht. (Abgeordneter Haas: Hört! hört!) Die Lage ist in den einzelnen Bezirken verschieden. Von einzelnen Städten werden geradezu erschütternde Ziffern gemeldet: Am 1. Januar 1926 hatte der Bezirk Mayen 68,1 Hauptunterstützungsempfänger auf 1000 Einwohner, Lennep 54,6, Duisburg 48,2, Remscheid 46,8, Eschweiler 45,7, Alrweiler 44,3 und Siegburg 42,8. Meine Damen und Herren! Das sind Ziffern, auf die wir mit Recht hinweisen, wenn wir vom ganzen deutschen Vaterlande Berücksichtigung der besonderen rheinischen Verhältnisse verlangen. Wir stellen fest, daß diese überaus große Not im Zusammenhang steht mit den Jahren des Ruhrkampfes, der Separatistenbewegung, der Besatzung, der Abschmürung vom alten Vaterlande, die unser Wirtschaftsleben auf Jahrzehnte hinaus auf das allerschwerste getroffen haben.

Die Frage ist nun, meine Damen und Herren! Was kann der Rheinische Provinziallandtag in dieser Frage tun? Die Anträge der Kommunisten und der sozialdemokratischen Fraktion liegen uns vor. Die kommunistische Fraktion hält es für angemessen, den Rheinischen Provinziallandtag zu der Frage Stellung nehmen zu lassen, ob eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 50% und die Einführung einer Kurzarbeiterunterstützung gefordert werden soll. Ich stelle fest, daß der Rheinische Provinziallandtag hier zu spät kommt, weil dem sozialpolitischen Ausschuß dieser kommunistische Antrag auf Erhöhung der Unterstützungen um 50% bereits vorliegt und auch schon bearbeitet worden ist. (Zuruf eines Kommunisten: Dann wollen wir drücken helfen!) Ich stelle nur fest, wie die Dinge liegen. Sie sehen, wie überflüssig es ist, daß wir uns mit diesen Fragen noch befassen. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages ist sich einig, vollständig einig von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, daß die derzeitigen Erwerbslosenunterstützungssätze nicht ausreichen. Ueber das Ausmaß der Erhöhung kann man allerdings verschiedener Meinung sein, denn schließlich müssen die Unterstützungen doch auch mit den Möglichkeiten auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete in Einklang gebracht werden. (Zuruf eines Kommunisten: Aber auch die Hohenzollernabfindungen!). Ja, Verehrter, ich glaube nicht, daß die kommunistische Fraktion sich über die Frage, die ich hier bespreche, den Kopf zerbricht. Tatsache ist, daß die letzte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze, die wir im Dezember beschlossen haben, die Erhöhung der Hauptunterstützungssätze um 20% und der Familienunterstützung um 10%, die Reste der verfügbaren Mittel aus dem Haushalt des Reiches vollständig in Anspruch nimmt und daß, nachdem die Unterlagen für die Kalkulation sich durch das über alle Erwartungen hinausgehende Steigern der Erwerbslosenzahl vollständig verschoben haben, die Mittel jetzt bei weitem

nicht mehr ausreichen. Es war mit einer Million Erwerbslosen gerechnet, und bei dieser Zahl wurden selbst bei voller Inanspruchnahme der dreiprozentigen Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge die letzten 50 verfügbaren Millionen aus dem Etat bis zum Ende des Haushaltsjahres aufgezehrt. Nun ist die Erwerbslosenzahl nach den neuesten Mitteilungen bis heute auf 1,7 Millionen gestiegen, eine Ziffer, die zeigt, wie weit es in Deutschland gekommen ist.

Der Herr kommunistische Redner hat von einer Verlautbarung des Reichsfinanzministeriums gesprochen, wonach wir mit einem Uberschuß von 700 Millionen rechnen können. Mir ist eine derartige Verlautbarung nicht bekannt. Es ist uns im Gegenteil bei der Beratung dieser Frage im Haushaltsausschuß des Reichstages ausdrücklich erklärt worden, daß jede weitere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze das bereits vorhandene Defizit im Reichshaushalt vergrößern würde. Aus dieser Feststellung wollen Sie nicht schließen, daß die Zentrumsfraktion des Provinziallandtages, aber auch meine politischen Freunde im Reichstage und ich persönlich nicht ausdrücklich auf dem Standpunkt stehen, den der ganze sozialpolitische Ausschuß des Reichstages eingenommen hat, daß die derzeitigen Sätze der Erwerbslosenfürsorge unzureichend sind. Aber diese Fragen werden nicht im Rheinischen Provinziallandtag entschieden. Nachdem die Dinge im Reichstag im besten Lauf sind und wir eine aktionsfähige Regierung haben, die auch als verantwortlich für diese Dinge herangezogen werden kann, glaube ich, daß wir diese Frage hier ausschalten können, ebenso die Frage, ob eine Kurzarbeiterunterstützung einzuführen ist, die bereits vom sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages auf Grund eines Antrages der Zentrumspartei in dem Sinne entschieden worden ist, daß die Regierung ersucht wird, in aller Kürze einen Gesetzentwurf über die Kurzarbeiterunterstützung einzureichen. Wenn Sie sich die Mühe gegeben haben, die gestrige Regierungserklärung nachzulesen, so werden Sie die Bestätigung gefunden haben, daß die Reichsregierung eine Gesetzesvorlage über die Kurzarbeiterunterstützung vorbereitet. Wir brauchen uns also hier mit diesen Fragen nicht mehr zu befassen.

Ich möchte noch ein paar Worte über die Ausgesteuertenfrage sagen. Meine Damen und Herren! Diese Frage ist für uns im Rheinlande von besonderer Bedeutung, weil die rheinischen Kommunalverwaltungen durch die mit dieser Frage verbundenen Lasten der Wohlfahrtspflege außerordentlich stark überbürdet sind. Auch hier müssen wir verlangen, daß den besonderen rheinischen Verhältnissen Rechnung getragen wird.

Nach den statistischen Mitteilungen, die mir vorlagen, betrug die Zahl der in Wohlfahrtspflege befindlichen Ausgesteuerten am 1. Januar 1926 — 32 088. Hieraus schließe ich, daß bei weitem nicht alle ausgesteuerten Erwerbslosen von der Wohlfahrtspflege erfaßt worden sind. (Abgeordneter Hoffmann: Richtig!) Es wäre dringend zu wünschen, daß in den Gemeindeverwaltungen mehr als bisher nach dieser Richtung getan wird. Hinderlich ist selbstverständlich die außerordentlich große Finanznot der Gemeinden. Wenn wir uns bemüht haben, vom Reiche 5 Millionen Mark für die Zwecke der Unterstützung der Gemeinden zur Durchführung der Wohlfahrtspflege für die Ausgesteuerten bereitzustellen, und wenn dieser Beschluß im Juli 1925 gefaßt wurde, aber erst im November 1925, weil immer die Länderverwaltungen eingeschoben werden müssen, zur Durchführung kam, so erscheint das Wort, das der Herr Landeshauptmann heute gesprochen hat, indem er von einem gewissen Verflüchtigen von Reichsaktionen sprach, ehe sie sich in den Ländern auswirken, durchaus berechtigt (Zuruf eines Kommunisten: Genau so verflüchtigen sich die Zentrumswähler!). Wenn Sie Zwischenrufe machen wollen, müssen Sie sich noch sehr üben. Vorläufig ist das, was Sie sagen, noch recht kindlich. (Weiterkeit. Zuruf eines Kommunisten: Wir haben nicht alle so veraltete Ansichten wie die alten Leute hier!)

Ueber diese Fragen, soweit ich sie bisher besprochen habe, fällt selbstverständlich im Provinziallandtag der Rheinprovinz nicht das entscheidende Wort. Etwas anderes ist es mit dem Antrage der Sozialdemokratie, der eine intensive Tätigkeit der Provinzialverwaltung auf dem Gebiete der Bereitstellung von Notstandsarbeiten fordert. Er deckt sich voll und ganz mit unserer Auffassung, daß die beste Erwerbslosenfürsorge in der Schaffung von Arbeitsgelegenheit besteht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben zu der Provinzialverwaltung, dem Herrn Landeshauptmann und dem Provinzialausschuß das Vertrauen, daß sie alles tun werden, um der großen Erwerbslosigkeit durch Bereitstellung von Mitteln für Notstandsarbeiten nach Möglichkeit zu steuern. Wir erheben aber auch den Anspruch an Reich und Staat, daß mit Rücksicht auf die besondere Notlage der Provinz uns in erhöhtem Umfange öffentliche Mittel des Reichs und Preußens für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Die Provinz kann nicht alles aus sich heraus leisten; es muß aus Mitteln des Reiches und des Landes eingegriffen werden. Wir denken insbesondere auch daran, daß die großen Projekte, die auf der letzten Tagung besprochen worden sind, insbesondere das Kanalprojekt Aachen-Rhein, recht bald der Verwirklichung entgegengeführt werden. Wir hoffen, daß die Verhandlungen in Berlin, die zu diesem Zwecke insbesondere auch von unserer Partei eingeleitet worden sind, recht bald zu einem Ergebnis führen.

Auf Einzelheiten bezüglich der auszuführenden Arbeiten hier einzugehen, ist bei der Kürze der Redezeit unmöglich. Ich möchte nur eine Anregung geben, im übrigen aber alles den Arbeiten der Provinzialverwaltung überlassen. Es wird möglich sein, daß Instandsetzungsarbeiten in Provinzialanstalten mit Rücksicht auf die überaus große Erwerbslosigkeit auch des Bauhandwerks nach Möglichkeit beschleunigt werden, daß, was vielleicht für den nächsten Haushalt erst vorgesehen ist, schon jetzt beschleunigt in Angriff genommen wird. Ich möchte bitten, daß diese Möglichkeit im Schoße des Provinzialausschusses erwogen wird. Insbesondere lege ich sie dem Herrn Landeshauptmann ans Herz.

Wir werden dem sozialdemokratischen Antrage, soweit er nicht bereits durch die Tätigkeit der Provinzialverwaltung überholt oder durch die heutigen Beschlüsse zur Hochwasserfrage erledigt ist, zustimmen.

Nun ein paar Worte zu dem Antrage der Kommunistischen Partei über die Ruhrkampfentschädigung an Arbeitnehmer. Meine Damen und Herren! In dieser Frage dürfen wir mitreden, weil diese Frage der Entschädigung der Arbeitnehmer und Angestellten aus dem Ruhrkampfe auf Anregungen der Zentrumsparlei zurückzuführen ist. Wir haben der Erweiterung der Richtlinien zur Auszahlung der vorhandenen Mittel — es waren noch 9 Millionen übrig — vor Weihnachten nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung zugestimmt, daß damit diese Angelegenheit noch nicht abgeschlossen sein dürfe. Wir können deshalb dem kommunistischen Antrage in seinem ersten Teile zustimmen, weil er lediglich das unterstreicht, was wir nun seit Juli vorigen Jahres im Reichstage und an den sonst zuständigen Stellen mit allem Nachdruck angestrebt haben. Wir möchten aber aus dem Beschlusantrage heraus haben, was nicht hineingehört, nämlich die Bemerkung: „Der Provinziallandtag, der während des Ruhrkampfes wiederholt versprochen hat, sich für die Interessen der geschädigten Bevölkerung einzusetzen, und zu diesem Zweck den 21er Ausschuß bildet“. Das stimmt nicht. Zu diesem Zweck ist der Ausschuß nicht gebildet worden. Wir halten diesen Satz auch für vollständig überflüssig. Wir werden also dem ersten Satz des kommunistischen Antrages in der Form zustimmen:

„Der Provinziallandtag erklärt die vom Reich bewilligte Ruhrkampfentschädigung für völlig unzureichend und die Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums über die Auszahlung für dringend abänderungsbedürftig.“

Das bewegt sich vollständig in der Richtung, die wir in der Frage eingenommen haben.

Den zweiten Absatz des kommunistischen Antrages lehnen wir ab, weil dafür der Rheinische Provinziallandtag nicht zuständig ist, sondern der 16. und der 9. Ausschuß des Reichstages und schließlich der Haushaltsausschuß, der die letzte Entscheidung zu fällen hat.

Das ist unsere Stellungnahme zu dieser Angelegenheit. Wir hatten keinen Anlaß, Anträge zu stellen, weil wir informiert sind, daß alle diese Fragen, die wir hier besprochen haben, durch die rege Anteilnahme der Mitglieder unserer Partei in den betreffenden Ausschüssen des Reichstages in bestem Fluß sind. (Beifall im Zentrum.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Detten.

Abgeordneter von Detten: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß die Vorredner die Symptome der heutigen Wirtschafterscheinungen besprochen haben, ohne daran zu denken, was der eigentliche Grund des Elends ist. Wir sind vom absoluten Fürstenstaat durch die preußische Verfassung zum Rechtsstaat geworden und sind durch die neue Verfassung, wenn auch nur andeutungsweise, zum Wohlfahrtsstaat übergegangen. Meine Damen und Herren! Dieser Wohlfahrtsstaat steht in diametralem Gegensatz zu dem Rechtsstaat, denn er stellt den Grundsatz auf, daß das Recht verlegt werden darf zu Gunsten der Wohlfahrt, zu Gunsten wohlthätiger Zwecke. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Wohlfahrtsstaat der Reichen!) Das, meine Damen und Herren, ist die Grundfrage, um die es hier geht: Sollen wir weiter diesen Wohlfahrtsstaat unter Verletzung des Rechts aufrecht erhalten, nachdem der gesamte deutsche Mittelstand fast zu Grunde gegangen ist (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Durch die Großindustrie!), und zwar durch die Schuld der alten Parteien (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Welcher?). Wenn Sie das nicht wissen, dann rechnen Sie nach; Ihr Gedächtnis ist hoffentlich noch soweit, daß Sie es können. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ihrer Stinnes-Partei!) Meine Damen und Herren! Ich möchte betonen, daß wir mit der sogenannten Stinnes-Partei nicht das geringste zu tun haben. Wir sind deutscher Mittelstand. (Hurra-Ruf eines Kommunisten). Und viele von Ihnen werden, wenn sie sich heute noch nicht dazu rechnen . . . (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Schleppenträger der Stinnes-Partei!) mit der Zeit merken, daß sie dazu gehören.

Meine Damen und Herren! Wir werden für die Märztagung den Antrag stellen, daß hier Mittel nur dann noch bewilligt werden, wenn auch gleichzeitig angegeben wird, aus welchen Quellen diese Mittel fließen sollen (Zuruf aus dem Zentrum: Das haben wir doch immer getan!). Meine Damen und Herren! Sie werden wohl alle wissen, daß die Trümmer einer falschen siebenjährigen Wirtschafts- und Finanzpolitik heute vor uns liegen (Sehr richtig! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung) und daß die seelische Bedrückung,

die das Volk heute durchmacht, Schuld derjenigen Parteien ist, die diese Gesetze gemacht und den deutschen Mittelstand zugrunde gerichtet haben. (Erneutes Sehr richtig! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Meine Damen und Herren! Gehen Sie doch einfach von dem Grundsatz des Hausvaters aus. Wie kann ein Hausvater mehr ausgeben, als er einnimmt? Glauben Sie denn, daß es in den Kommunen, den Provinzen, den Ländern etwas anders ist? Meine Damen und Herren! Sie werden wohl wissen, daß die Zwangswirtschaft es ist, die Handel und Wandel zum Stagnieren, zum Stillstand gebracht hat. Tag für Tag kommt eine neue Zwangsklammer dazu, und dann wundern Sie sich, wenn die Arbeitslosigkeit eintritt, und Sie sind erstaunt, daß diese furchtbaren Folgen heute durch das deutsche Volk gehen, deren Sie alle ansichtigt sind.

Der preußische Landwirtschaftsminister hat gesagt: Entweder werden wir alle saniert, oder wir gehen alle zu Grunde. Meine Damen und Herren! Ich glaube, er hat die Vergangenheit der letzten sieben Jahre dabei nicht berücksichtigt, denn es sind jährlich 800 000 Särge mehr auf die Friedhöfe gefahren worden wie in der Zeit vor dem Kriege. (Zuruf eines Kommunisten: Aber nicht aus der Wirtschaftspartei! Heiterkeit.) Diese Särge sind zum allergrößten Teil aus dem deutschen Mittelstand, aus der deutschen Intelligenz gewesen. Bisher haben Sie, meine Herren von der Linken, Ihre Tarife davor geschützt. Jetzt sehen Sie, was Sie durch ihre falsche sozialistische Wirtschaftspolitik angerichtet haben. (Lachen links. Zuruf des Abgeordneten Marx: Wo ist denn die sozialistische Wirtschaft?) Meine Herren, lassen Sie mich doch ausreden; Sie können nachher noch soviel reden, wie Sie wollen. Meine Damen und Herren! Auch die Linksparteien, die nach dem Kriege so viele Versprechungen hinsichtlich der Sozialisierung von Kohle, Eisen und Elektrizität gemacht haben, müssen sich heute davon überzeugen, daß der internationale Kapitalismus auf der ganzen Linie gesiegt hat. (Zuruf eines Kommunisten: Sie hätten sich lieber mit den 800 000 begraben lassen sollen! Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Es wird dazu kommen, daß wir in großem Umfange abbauen müssen. Dieser Abbau wird viele mehr als hart treffen, und die Arbeitslosigkeit wird weiter zunehmen. Daß es anders werden muß hinsichtlich der Vertretung der Interessen des Mittelstandes und der Wirtschaft, können Sie am einfachsten aus den Zahlen entnehmen, die heute im Reichstage maßgebend sind. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sie sind das richtige Fragezeichen!) 170 Abgeordneten, die Gehaltsempfänger sind, und 169 Gewerkschaftsfunktionären stehen heute nur 45 Herren der Wirtschaft gegenüber.

Wenn es weiter richtig ist, was gerüchtweise verlautet, daß wir bereits erhebliche, in die Milliarden gehende Beträge früher an die Entente abgegeben haben, als wir mußten, so liegt auch darin etwas, was die Wirtschaftspartei nicht unterschreiben kann. (Zuruf eines Kommunisten: Das hat aber Ihrem Herrn Limbourg gefallen!) Meine Herren, auf die Angelegenheit Limbourg werden wir nachher noch zu Ihrer Zufriedenheit zurückkommen. Meine Damen und Herren! Es ist keine Frage, der Rückschlag wird kommen. Wenn der kommunistische Redner hier geglaubt hat, daß dieser Rückschlag die bürgerlichen Parteien treffen wird, so sind wir der Ansicht, daß die Massen der Arbeiter einsehen werden, daß sie einem trügerischen Phantom gefolgt sind, das Sie ihnen vorgemacht haben. (Zurufe links: Siehe Rußland!)

Stellvertretender Vorsitzender Knab: Das Wort hat Herr Justizrat Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich nach den gewiß interessanten, aber doch vielleicht nicht ganz auf den Antrag, der uns hier vorliegt, zugeschnittenen Worten des Herrn Vorredners wieder zu unserer eigentlichen Aufgabe zurückkomme (Sehr gut! rechts). Mir scheint, daß der Rheinische Provinziallandtag, wenn es sich darum handelt, der Not der rheinischen Bevölkerung aufzuhelfen, nicht der geeignete Ort ist, um über sehr allgemeine Verhältnisse zu sprechen, die vielleicht den Reichstag oder den Landtag interessieren, die aber zur Lösung der Fragen, die wir hier zu beantworten haben, beizutragen wirklich nicht instande sind. (Zustimmung rechts und in der Mitte, Zuruf: Das war doch vorhin eine Jungfernwede! Antwort: Aber was für eine!)

Wir stimmen im wesentlichen den Ausführungen bei, die Herr Abgeordneter Esser vom Zentrum vorhin gemacht hat. Wir wissen, daß es leider bei den finanziellen Verhältnissen der Rheinprovinz nicht in unserer Kraft liegt, dem Notstand gründlich abzuwehren. Wir halten es für unsere Pflicht, auch gegenüber den Aufgaben, die dieser Notstand uns auferlegt, die Finanzen der Provinz im Auge zu behalten und nicht ein Loch zu stopfen, damit sich im März vielleicht ein noch größeres Loch vor unseren Augen öffnet und wir wiederum weite Kreise der Bevölkerung belasten müssen, obwohl wir heute schon wissen, daß diese Lasten nicht zu tragen sein werden. (Zuruf des Abgeordneten Haack.) Wir werden, Herr Haack, das tun, was wir nach unserem Gewissen tun können. Wir wissen, daß alle diejenigen Mittel, die wir hier bewilligen, nicht aus den Taschen derjenigen Leute fließen, die Sie vertreten. — Wir wissen aber auch, daß die Wähler, die hinter uns stehen, gerne bereit sein werden, alles zu geben, was zu geben sie irgendwie in der Lage sind, wenn es sich darum handelt, den rheinischen Mitbürgern zu helfen. (Beifall rechts und im Zentrum. Widerspruch bei den Kommunisten.)

Aber, meine verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zurückkehren zu der Vorlage. Wir stimmen dem ersten Antrage der Kommunisten zu. Die Forderung, die da gestellt wird, ist von allen Parteien, die wir hier vertreten, auch im Reichstag und Landtag bereits an der zuständigen Stelle gestellt worden. Das ist ein Superfluum; aber wir können diesem kommunistischen Antrage ohne weiteres unsere Zustimmung geben. Wir stellen uns im übrigen auf den Standpunkt, daß es Aufgabe des Herrn Landeshauptmanns und des Provinzialausschusses sein wird, sorgfältig zu erwägen, was im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel irgendwie noch losgemacht werden kann, damit diejenigen Arbeiten in Angriff genommen werden, die notwendig sind, um die Erwerbslosen zu beschäftigen, damit alles dasjenige geschehen kann, was an Erwerbslosenfürsorge überhaupt innerhalb unserer Befugnisse getan werden kann. Das ist unser Standpunkt. Ich glaube, meine Herren, er ist klar, und er entspricht der Vernunft. (Beifall rechts.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Die Erörterung ist geschlossen. Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung. Zur Abstimmung hat das Wort Herr Oberdörster.

Abgeordneter O b e r d ö r s t e r : Um dem Zentrum Gelegenheit zu geben, für den ersten Absatz unseres Antrages bezüglich der Ruhrentschädigung zu stimmen, ziehen wir den Zwischensatz, der beginnt mit „der“ und endet mit „bildete“, zurück, so daß der Antrag lautet: „Der Provinzialausschuß erklärt die vom Reich usw.“ (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Einverstanden! Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Die zweite Hälfte lehnen wir auch ab!)

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Wir kommen zur Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, der in Ziffer III durch die Abstimmung zu den Hochwasserschäden erledigt ist und der eine Aenderung insofern erfährt, als die Nummer II — ich bitte die Herren von der Sozialdemokratie, einmal aufzupassen, ob es richtig vorgetragen wird — einen Zusatz erhält, und zwar: „Dabei ist eine Verwendung von im Haushaltsplan 1926 in Aussicht genommenen Mitteln bereits vor dem 1. April gestattet. Die hierfür notwendigen Beträge sind vorstufweise von der Landesbank zu entnehmen.“

Der Antrag der kommunistischen Fraktion ist soeben in einer Weise geändert worden, die ich nicht zu wiederholen brauche. Dieser Antrag kommt an zweiter Stelle, und zum Schluß kommt der Antrag der SPD., betreffend die Ruhrkampfsentschädigung, wobei über Absatz 1 und 2 getrennt abgestimmt wird.

Der weitestgehende Antrag ist meiner Meinung nach der kommunistische Antrag zur Erwerbslosigkeit. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. Damit es klar ist, bemerke ich noch, daß es sich um den kommunistischen Antrag handelt, der wie folgt beginnt: „Der Landeshauptmann wird ersucht, zur Behebung der Erwerbslosigkeit sofort Notstandsarbeiten usw.“, wo dann die 50 Millionen gefordert werden. Ueber diesen Antrag lasse ich abstimmen. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt, auch in der geänderten Form.

Ich lasse nun über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion abstimmen, der mit den Worten beginnt: „Die wirtschaftliche Krise in Deutschland wächst sich zu einer Katastrophe aus“. Wird hier getrennte Abstimmung verlangt? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für diesen Antrag mit dem Zusatz zu Nummer II, wie ich ihn eben verlesen habe, und unter Wegfall der Ziffer III, sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Ich lasse dann über den Antrag der kommunistischen Fraktion, betreffend die Ruhrkampfsentschädigung, abstimmen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wir beantragen, absatzweise abzustimmen!) Das ist eben schon gesagt worden. Wir stimmen zunächst über den Absatz 1 ab: „Der Provinziallandtag erklärt die vom Reich bewilligte Ruhrkampfsentschädigung für völlig unzureichend“ usw. — Das war also Ihre Aenderung; bei dem anderen Antrage war also nichts geändert. Das war ein Mißverständnis von mir. —

Wer für diesen Absatz 1 ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist einstimmig angenommen.

Ich lasse über den Absatz 2 abstimmen, den ich nicht zu verlesen brauche, wenn kein Zweifel besteht. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Absatz 2 ist abgelehnt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Mit diesem Punkte ist gleichzeitig auch die Eingabe der Stadt Neviges, betreffend Notstandsarbeiten, erledigt.

Wir kommen zu dem weiteren Punkte:

Aufhebung des Fürsorgepflichtgesetzes,
dem Antrage der kommunistischen Fraktion und den weiteren Anträgen. Ich habe dazu die Stellungnahme des Provinzialausschusses mitzuteilen.

Zu dem Antrage auf Aufhebung der Fürsorgepflichtverordnung beantragt der Provinzialausschuß Ueberweisung an den Provinzialausschuß zur Stellungnahme vor der nächsten Landtagsitzung, so daß in der nächsten Landtagsitzung die Sache hier zur Erörterung kommen würde. Dieser Antrag ist ein Vertagungsantrag. Ich bitte diejenigen, die für diesen Vertagungsantrag sind, sich zu erheben. — Er ist angenommen.

Wir kommen zu dem Antrage der sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion, betreffend die Abfindung der Fürstenhäuser.

Auch hier beantragt der Provinzialauschuß, die Angelegenheit bis zum nächsten Provinziallandtage zurückzustellen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine Damen und Herren! Ich möchte beantragen, doch über unseren Antrag und den Antrag der Kommunisten zu diskutieren. Wenn wir auch durch die Schuld der kommunistischen Fraktion, durch die Obstruktion, die sie bei der Abstimmung getrieben hat, über Gebühr lange hier zusammensitzen und infolgedessen verschiedene Kollegen das Bedürfnis haben, das Haus zu verlassen, so sind wir doch der Meinung, daß diese Frage so wichtig ist, daß sie in diesem Landtag behandelt werden muß. Ich habe deshalb namens der sozialdemokratischen Fraktion zu bitten, daß wir über unseren Antrag und den kommunistischen Antrag noch heute verhandeln.

Vorsitzender Dr. Farres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Unsere Fraktion schließt sich dem Antrage an. Wir beantragen auch, sowohl die Entschließung unserer Fraktion als auch die Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion heute noch zu beraten und auch darüber abzustimmen.

Zu der Bemerkung des Herrn Gerlach, daß durch die Obstruktion unserer Fraktion bereits die Zeit ungebührlich in Anspruch genommen worden sei, habe ich ihm das eine zu entgegnen, daß seine Fraktion alle Obstruktion, die von der bürgerlichen Seite und von unserer Seite betrieben worden ist, veranlaßt hat, daß sie auf Ihr Konto zu schreiben ist. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wir sind an allem schuld, das wissen wir!) Ich will weiter feststellen, daß die sozialdemokratische Fraktion zwar mit uns dafür gestimmt hat, daß die Sache hier behandelt wird, daß sie auch im Ältestenausschuß dies getan hat, aber daß sie sich wohl ohne weiteres auch dem Vertagungsantrage anschließen wird. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Warten Sie doch einmal ab!)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich lasse über den Antrag des Provinzialauschusses, die Sache zu vertagen, abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. Dem Antrage des Provinzialauschusses ist entsprochen worden.

Wir kommen zu dem Antrage der sozialdemokratischen oder vielmehr der kommunistischen Fraktion auf Bewilligung von Freifahrkarten. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Das vorige Mal war er von uns!) Ich brauche den Antrag nicht zu verlesen; er besteht aus einem Hauptantrage und zwei Eventualanträgen.

Der Provinzialauschuß empfiehlt, auch diesen Punkt dem Provinzialauschuß zur Stellungnahme vor der nächsten Landtagsitzung zu überweisen. Ich lasse über diesen Antrag des Provinzialauschusses abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist angenommen. Selbstverständlich wird dem nächsten Provinziallandtag darüber Bericht erstattet werden.

Wir kommen nun zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, allen Abgeordneten eine Legitimationskarte zum Besuch von Anstalten im Gebiete der Rheinprovinz mit einem besonderen Ausweis auszustellen.

Der Provinzialauschuß empfiehlt auch hier, die Angelegenheit dem Provinzialauschuß zur Stellungnahme vor dem nächsten Provinziallandtag und zur Berichterstattung dort zu überweisen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Ich beantrage namens unserer Fraktion, daß wir über diesen Antrag jetzt im Plenum beraten und abstimmen. Wir halten sogar eine Beratung für vollständig überflüssig, da es eine nackte Selbstverständlichkeit ist, daß man einem Abgeordneten auch irgendeinen Ausweis gibt, der ihm seine Eigenschaft als Abgeordneter bescheinigt. Wir glauben, daß das Plenum auch ohne Beratung diesem Antrage zustimmen kann. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Das ist doch nicht zur Geschäftsordnung gesprochen!) Wir möchten wünschen, daß sich eine Mehrheit für die Behandlung dieses Antrages findet.

Vorsitzender Dr. Farres: Ich lasse über den Antrag des Provinzialauschusses abstimmen und bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist demgemäß beschloffen.

Damit sind die Anträge aus dem Hause, soweit sie von Fraktionen gestellt sind, erledigt.

Wir kommen dann zu dem Antrage eines Mitgliedes aus dem Hause, und zwar des Herrn Abgeordneten Schaade, der dahin geht:

Das Aufwertungsgezet vom 16. Juli 1925, welches im Reichsgesetzblatt Nr. 31 vom 17. Juli erschienen ist, ist wieder aufzuheben und dafür die Aufrichtung des Friedensstandes nach allen Richtungen zu fördern.

Der Provinzialauschuß und der Ältestenrat haben sich mit dieser Angelegenheit befaßt. Der Antrag ist von einem Abgeordneten, dem Herrn Ernst Schaade, gestellt und unterschrieben. Nach § 12 der Geschäftsordnung müssen Uranträge schriftlich eingereicht und von mindestens 5 Abgeordneten unterzeichnet sein. Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt. Aus diesem formalen Grunde schon muß nach Ansicht des

Provinzialausschusses eine Verhandlung hier unterbleiben. Ich kann allerdings mitteilen, daß eine Ausnahme gemacht worden ist: Nach einem Beschluß im Provinziallandtage soll es genügen, daß ein Mitglied einer Fraktion unterzeichnet, wenn er für die Fraktion einen Antrag stellt. Dieser Antrag ist aber, wie ich mich erkundigt habe, von dem Mitgliede nicht für die Fraktion, sondern im eigenen Namen gestellt worden. Es steht seiner Beratung hier im Landtag also der § 12 Absatz 1 der Geschäftsordnung entgegen. Der Provinzialausschuß ist aber daneben auch der Meinung, daß die Behandlung dieses Gegenstandes nicht zur Zuständigkeit des Provinziallandtages gehört und dieser Antrag also auch sachlich ungeeignet zur Verhandlung hier ist. Ich bin daher nicht in der Lage, diesen Antrag hier zur Erörterung zu stellen.

Wir kommen dann zu der Petition der Rheinischen Reichsheimstättenzentrale. Hier empfiehlt Ihnen der Provinzialausschuß, diese Angelegenheit dem Ausschuß zur Erledigung zu überlassen. Ich höre keinen Widerspruch. Ich stelle fest, daß Sie damit einverstanden sind.

Wir kommen nun zu dem Antrage des Westfalensbundes bezüglich der Eingemeindung der Gemeinden Langerfeld und Nächstebreck nach Barmen. Der Provinzialausschuß empfiehlt Ihnen, über diese Eingabe zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo! rechts). Ich höre keinen Widerspruch. Es ist demgemäß beschlossen.

Endlich der Antrag des Eifelvereins, Ortsgruppe Andernach, des Verschönerungs- und Verkehrsvereins und des Altertums- und Geschichtsvereins in Andernach bezüglich des Laacher Sees und der Erhaltung der Naturdenkmäler. — Der Antrag liegt Ihnen im Umdruck vor. Der Provinzialausschuß empfiehlt Ihnen, diesen Antrag anzunehmen. Da ein Widerspruch aus dem Hause sich nicht erhebt, stelle ich fest, daß demgemäß beschlossen ist.

Zum Schluß noch die Eingabe des Vereins der Holzindustriellen in Rheinland und Westfalen bezüglich der Hochwasserichäden. Wir schlagen vor, diese Eingabe als durch die Erörterung über die Hochwasserichäden und den Hochwasserichuß erledigt zu betrachten.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Ich will nur daran erinnern, daß wir auf Antrag des Herrn Abgeordneten Haas die Wahl der vier ständigen Provinzialkommissionen zurückgestellt haben, bis die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigt sind. Wir hätten uns also jetzt noch über die Frage zu entscheiden: Wählen wir die vier ständigen Provinzialkommissionen — dann müßten die Vorschläge erfolgen —, oder wählen wir sie nicht?

Vorsitzender Dr. Farres: Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, noch Kommissionen zu wählen, weil ein Verhandlungsstoff zurzeit nicht vorliegt. Natürlich werden im nächsten Provinziallandtag diese Kommissionen und die ständigen Ausschüsse alsbald zu wählen sein. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Es dreht sich nicht um die Fachausschüsse, sondern um die Provinzialkommissionen!) Es handelt sich hier um die Provinzialkommissionen und die Fachausschüsse. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ein Irrtum, Herr Vorsitzender!) Sie meinen die ständigen Kommissionen. Dann weiß ich nicht, ob da nicht ein Irrtum obgewaltet hat, denn es ist wohl schon eine Benennung bezüglich der Fachausschüsse erfolgt, aber noch nicht bezüglich der ständigen Kommissionen. Wenn also diese Wahlen vorgenommen werden sollen, so müßte es genügen, wenn wir die Zahl der auf jede Fraktion fallenden Sitze feststellen und es dann den Fraktionen überlassen, die Mitglieder, die Sie in die Kommissionen entsenden wollen, dem Büro mitzuteilen. Nun weiß ich nicht, ob es wirklich so dringend ist, bis zum März dieses Jahres noch die ständigen Ausschüsse zu benennen.

Ich erteile das Wort zur Geschäftsordnung Herrn Abgeordneten Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Ich will daran erinnern, daß wir eigentlich den alten Provinziallandtag schon seit dem Oktober vorigen Jahres in keiner Funktion mehr haben. Wenn wir jetzt noch die Wahl der Kommissionen unterlassen, zu der wir eigentlich verpflichtet sind, da die Kommissionswahl sofort nach dem Zusammentritt des neuen Landtages stattfinden muß, dann ist über ein halbes Jahr vergangen, ohne daß die sogenannten ständigen Kommissionen überhaupt in Kraft getreten sind. Ich glaube, daß es gerade zur Vorbereitung der vielen Fragen, die bei der Statsberatung angeschnitten werden, notwendig sein wird, daß die ständigen Kommissionen wenigstens schon existieren. Auf Grund der Geschäftsordnung der Provinzialkommissionen müssen diese Kommissionen tagen, wenn drei Mitglieder ihre Einberufung wünschen oder wenn der Provinzialausschuß oder der Vorsitzende dies wünscht.

Weil auch die Bestimmungen entsprechend lauten, wären m. E. diese Kommissionen zu wählen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Es ist uns noch nicht möglich gewesen, zu der Besetzung der ständigen Kommissionen Stellung zu nehmen. Wir können uns den Aus-

führungen des Herrn Vorredners über die angebliche Notwendigkeit, noch heute diese ständigen Kommissionen zu wählen, nicht anschließen. Es genügt durchaus, wenn die ständigen Kommissionen von dem neuen Provinziallandtag gewählt werden, der in sechs Wochen zusammentritt, und der dann auch reichlich Zeit haben wird, die richtigen Personen hineinzuwickeln. Wir bitten Sie darum, sich unserem Vertagungsantrage anzuschließen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Herr Abgeordneter Knab ist im Irrtum. Eine gesetzliche Verpflichtung, diese Kommissionen zu bilden, besteht nicht. Es ist nicht wie beim Provinzialausschuß und bei den übrigen notwendigerweise zu tätigen Wahlen, sondern es ist lediglich Sache des Provinziallandtages, ob er solche Kommissionen bilden will oder nicht. Früher haben solche Kommissionen nicht bestanden.

Sie haben durch Ihre heutigen Beschlüsse die Verwaltung bereits mit sehr viel Arbeit bepackt. Dazu kommt noch die Vorbereitung des Haushaltsplans, und wir wollen schon Ende März wieder tagen. Ich halte es daher für ausgeschlossen, daß eine Arbeit mit den Kommissionen noch eintritt und wir jetzt etwa noch Besichtigungsreisen zu den Anstalten mit den Kommissionen vornehmen. Auch aus diesem Grunde bitte ich, die Kommissionswahl bis zum nächsten Landtag zu vertagen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ersten Worte des Herrn Landeshauptmanns stimmen besonders bedenklich. Wir würden uns gewissermaßen präjudizieren, wenn wir jetzt hier keine ständigen Provinzialkommissionen mehr wählen. An sich sind die ständigen Kommissionen ja dadurch erledigt, daß die Wahlperiode des vorigen Landtages abgelaufen ist. Auch können sie überhaupt nicht mehr zusammengeholt werden, weil eine ganze Reihe von früheren Kollegen noch Mitglieder der Kommissionen sind, die heute dem Provinziallandtage nicht mehr angehören. Ich bin immerhin der Meinung, daß es doch nützlich und notwendig ist, die ständigen Kommissionen vor der Fertigstellung des Etats einmal zusammenzuholen. Das braucht keine Besichtigungsreise zu sein, sondern nur eine sachliche Besprechung der Etatspositionen, was wesentlich zur Förderung unserer Arbeiten im nächsten Provinziallandtag beiträgt.

Ich erkläre mich aber mit dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden einverstanden, heute festzustellen, wieviel Mitglieder bei den achtgliedrigen Kommissionen auf die einzelnen Fraktionen entfallen, sodaß die Fraktionen, die zurzeit nicht in der Lage sind, die Mitglieder dieser ständigen Kommissionen zu benennen, sie nachträglich der Provinzialverwaltung mitteilen können. Dann ist immerhin die Möglichkeit gegeben, daß diese Kommissionen vor den Etatsberatungen nochmals zusammentreten. Das ist diesmal umso notwendiger, als eine ganze Reihe neuer Herren an die Materie herangeht, die dadurch die Möglichkeit haben, doch besser eingearbeitet zu sein.

Vorsitzender Dr. Farres: Meine Damen und Herren! Es handelt sich um achtgliedrige Kommissionen. Augenblicklich ist mir der Schlüssel nicht gewärtig. Wenn also gewählt werden soll, so geht es meiner Meinung nach nur so, daß der Ältestenrat den Schlüssel feststellt und die Zahl der Mitglieder, die auf jede Fraktion entfallen, ermittelt. Dann müßten die Fraktionen ermächtigt sein, dem Büro die Namen der Herren mitzuteilen. Ob es zu praktischer Arbeit kommen wird, scheint mir nach den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns durchaus zweifelhaft. Ich halte es im Gegenteil für sehr unwahrscheinlich, daß es zu einer Arbeit kommen wird. Aber nach dem Wortlaut der Tagesordnung sollten die Kommissionen noch gewählt werden.

Ich bitte, unter Würdigung aller dieser Ausführungen hier abzustimmen, und bitte diejenigen, die für den Antrag sind, die Angelegenheit bis zum nächsten Zusammentritt des Provinziallandtages zu vertagen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Die Vertagung ist beschlossen.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Zu einer persönlichen Erklärung im Sinne des § 23 der Geschäftsordnung hat noch Herr Abgeordneter Waterrodt das Wort gewünscht. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Waterrodt: Meine Damen und Herren! Namens der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung habe ich folgende Erklärung zu verlesen: (Zuruf: Das ist keine persönliche Bemerkung!)

Zur gleichen Zeit, als der Herr Vorsitzende des Provinziallandtages in der Eröffnungssitzung von der Einladung des Herrn Landeshauptmanns zu einem Bierabend Kenntnis gab, wurde zwei Mitgliedern unserer Fraktion, den Herren Braun und Dr. Limbourg, folgendes gleichlautende Schreiben des Herrn Landeshauptmanns zugestellt:

„Landeshauptmann Dr. Horion bedauert, mit Rücksicht auf die Erklärung großer Fraktionen, daß sie im Falle Ihrer Anwesenheit an dem Bierabend bei mir nicht teilnehmen würden, die Ihnen zugegangene Einladung zurückziehen zu müssen.“

Namens der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung habe ich darauf an den Herrn Landeshauptmann u. a. folgendes geschrieben:

„Wir nehmen als selbstverständlich an, daß Sie dem Verlangen der großen Fraktionen nicht nachgekommen sind, ohne daß Sie von diesen Fraktionen eine Begründung für dieses Verlangen gefordert und ohne daß Sie die Ihnen gegebene Begründung als stichhaltig anerkannt haben. Wir sind daher genötigt, die dringende Bitte auszusprechen, uns diese von Ihnen als stichhaltig angesehenen Gründe umgehend, und zwar möglichst noch vor der nächsten Plenarsitzung, mitzuteilen. Nachdem der Herr Vorsitzende des Provinziallandtages Ihre Einladung in der Eröffnungssitzung der Tagung ohne Einschränkung mitgeteilt hat, müssen wir uns für den Fall, daß wir von Ihnen nicht eine befriedigende Erklärung sollten erhalten können, alle weiteren Schritte, namentlich auch alle Erklärungen in der öffentlichen Sitzung des Provinziallandtages vorbehalten.“

Der Herr Landeshauptmann antwortete mir unter anderem:

„daß für mich die Erklärung großer Fraktionen, an dem Zusammensein der Landtagsmitglieder in meinem Hause nicht gemeinsam mit den beiden Herren teilnehmen zu können, genügen mußten, um die Einladungen rückgängig zu machen.“ (Sehr richtig! im Zentrum.)

Hierauf habe ich namens meiner Fraktion nochmals folgendes erwidert:

„Euer Hochwohlgeboren bestätige ich den Empfang des gefl. Schreibens vom 26. dieses Monats. Der Inhalt dieses Schreibens ist in keiner Weise geeignet, meine Fraktion zufriedenzustellen. (Zuruf des Abgeordneten Brauer: Das ist erklärlich!) Es hätte Ihnen selbstverständlich freigestanden, einzelne Mitglieder des Provinziallandtages bei Ihrer Einladung zu übergehen, ohne dafür irgendwelche Gründe anzugeben. Nachdem aber die Einladung einmal erfolgt war, halten wir es für völlig unvereinbar mit jeder guten gesellschaftlichen Gepflogenheit, eine Zurücknahme dieser Einladung lediglich mit dem Widerspruch anderer Gäste begründen zu wollen. Dies ist im vorliegenden Falle umsomehr der Fall, als es sich hier nicht um private Einladung eines durch persönliche Bekanntschaft verbundenen Personenkreises handelt, sondern um die offizielle Einladung der Gesamtheit einer parlamentarischen Körperschaft durch den Vertreter der Verwaltung dieser Körperschaft. Wir sind im Gegenteil der Auffassung, daß es Ihre Pflicht als Gastgeber, und zwar in erhöhtem Maße Ihre Pflicht als Gastgeber in offizieller Eigenschaft gewesen wäre, jeden einzelnen Ihrer Gäste gegen die übrigen Gäste, und sei es deren Gesamtheit, in Schutz zu nehmen, und nicht irgendeinen von Ihnen ohne Bekanntgabe des Sie hierzu veranlassenden triftigen Grundes zu brüskieren. Das aber haben Sie getan.“

Wir bedauern auf das lebhafteste, daß Sie sich damit zum Werkzeug „großer Fraktionen“ haben machen lassen, welche selbst nicht den Mut besitzen, offen Farbe zu bekennen.“ (Zuruf des Abgeordneten Adams: Das haben wir doch getan!) — Bitte, wenn Sie jetzt den Mut bekommen und uns das zeigen, so ist dies gerade das, was wir erreichen wollen. (Zuruf des Abgeordneten Mönning: Dann brauchten Sie das vorher nicht zu schreiben!) Bisher haben Sie den Mut nicht gehabt, Herr Mönning. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Wie war das mit dem französischen Auto? Weiterer Zuruf links: Der hat ein amerikanisches Auto!) Auch noch ein englisches.

Den Grund zu dieser unliebsamen Korrespondenz und der in ihr zum Ausdruck kommenden Einstellung großer Fraktionen dieses hohen Hauses bildet die Tatsache, daß der Abgeordnete Dr. Limbourg und mit ihm auch der auf die gleiche Seite gewählte Abgeordnete Braum als Separatisten bezeichnet werden. Äußerungen der Presse über die Ausladung der beiden Abgeordneten gehen sogar soweit, die ganze Fraktion der nationalen Unzuverlässigkeit zu verdächtigen. Wir sehen uns daher veranlaßt, zu erklären, daß die Aufnahme der Herren Braum und Dr. Limbourg nach sorgfältigster Prüfung gerade der Frage ihrer nationalen Zuverlässigkeit erfolgt ist und daß die übrigen Mitglieder der Fraktion sich auf Grund dieser Prüfung restlos und uneingeschränkt vor die Herren Braum und Limbourg stellen.

Dr. Limbourg ist bereits zweimal in Strafverfahren verwickelt gewesen, in denen die Behauptung, er sei Separatist, sich als unrichtig herausgestellt hat. In einem Falle befand er sich in der Rolle des Klägers. Der Beschuldigte, den er angezeigt hatte, weil er ihm Sonderbündelei vorgeworfen hatte, wurde zur höchstzulässigen Geldstrafe verurteilt. Das andere Mal war Dr. Limbourg Angeklagter. Er hatte einen Bürgermeister, welcher es wagte, ihm denselben Vorwurf zu machen, kurzerhand geohrfeigt. Dieser Prozeß ist am 15. Januar 1926, also vor ganz kurzer Zeit, vor dem großen Schöffengericht in Trier verhandelt worden. Ueber die Frage, ob Dr. Limbourg Separatist gewesen sei, oder sich separatistisch betätigt habe, wurden in 14stündiger Verhandlung ca. 40 Zeugen vernommen. Das Ergebnis der Beweisaufnahme war völlig negativ. Das Verfahren war bereits eingestellt gewesen. Die Verhandlung fand aber auf Beschwerde nicht etwa des Staatsanwalts, sondern von Herrn Dr. Limbourg selbst statt, weil Herr Dr. Limbourg sein dringendes Interesse daran befandete, den gegen ihn erhobenen Vorwurf nochmals in aller Breite in öffentlicher Verhandlung widerlegt zu sehen. Da aber anscheinend zwei Urteile deutscher Gerichte noch nicht aus-

reichen, der Wiederholung und Weiterverbreitung einer als unwahr erwiesenen Behauptung ein Ende zu machen, wird Herr Dr. Limbourg in einem dritten Prozeß dem Kölner Tageblatt, welches noch gestern den traurigen Mut hatte, ihn einen separatistischen Abgeordneten zu nennen, Gelegenheit geben, den Wahrheitsbeweis für diese Verleumdung ebenfalls schuldig zu bleiben.

Der Herr Landeshauptmann hat es leider unterlassen, uns mitzuteilen, welche großen Fraktionen es gewesen sind, die sich geweigert haben, sich mit den Herren Braun und Dr. Limbourg an einen Tisch zu setzen. Wir konnten sie direkt nicht feststellen. Inzwischen haben wir sie festgestellt. Das möchte ich in Parenthesen bemerkt haben, weil die Fraktionen inzwischen im Ältestenrat mitgeteilt haben, welche es gewesen sind. (Zuruf des Abgeordneten Mönning: Dann brauchen Sie das auch nicht mehr zu verlesen!) Ich habe es doch verlesen, Herr Kollege Mönning, weil diese Erklärung abgesetzt worden ist, bevor uns das mitgeteilt worden war. Wir sind aber in der angenehmen Lage, die folgenden Feststellungen machen zu können:

Herr Braun ist auch Mitglied des Kreistages Kreuznach. Dort, in seiner engeren Heimat, wo man ihn also jedenfalls genauer kennt als in Düsseldorf, sind sowohl die Vertreter der Deutschen Volkspartei als auch der Deutschnationalen Volkspartei an ihn herangetreten und haben ihn zu veranlassen gesucht, ihrer Fraktion im Kreistage beizutreten. (Hört! hört! links.)

Ein prominenter Abgeordneter der Zentrumspartei, der jetzige Landrat des Kreises Wittburg, Loenarz, hat im vergangenen Herbst dem Bürgermeister Handt in Zemmer mit Bezug auf den Abgeordneten Dr. Limbourg folgendes erklärt: Er, Loenarz, sei, als er nach Wittburg gekommen sei, über Herrn Dr. Limbourg falsch informiert worden. Wenn er richtig informiert worden wäre, würden sich die Verhältnisse in seinem Kreise nicht in so unglückseliger Weise entwickelt haben. Handt möge doch seinen Einfluß bei Dr. Limbourg dahingehend geltend machen, daß dieser seine Angriffe unterlasse, dann sei er bereit, mit Dr. Limbourg Frieden zu schließen. (Hört! hört! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Bei dieser Stellungnahme der örtlichen Parteinstanzen gegenüber Herrn Braun und eines prominenten Zentrumsabgeordneten gegenüber Herrn Dr. Limbourg hatten wir geglaubt, annehmen zu dürfen, daß die großen Fraktionen des Zentrums und der Arbeitsgemeinschaft in diesem hohen Hause jedenfalls keine Veranlassung haben würden, eine andere Stellung einzunehmen. Umso mehr erschien uns, als wir diese Erklärung absetzten, die Frage berechtigt, welche großen Parteien es denn in Wirklichkeit gewesen sein möchten, die dem Herrn Landeshauptmann gegenüber ihre Abneigung gegen die Abgeordneten Limbourg und Braun zum Ausdruck gebracht haben. Es erübrigt sich, zum Schluß noch mitzuteilen, daß sowohl Herr Braun als auch Herr Dr. Limbourg bei Eintritt in unsere Fraktion die schriftliche Erklärung abgegeben haben, daß sie sich niemals irgendwie an sonderbündlerischen Bestrebungen irgendwelcher Art beteiligt haben, daß sie vielmehr jede derartige Betätigung stets abgelehnt haben.

Meine Damen und Herren! Wir werden nicht anstehen, jeden, der nach dieser Erklärung es noch unternehmen sollte, sei es die Wirtschaftliche Vereinigung, sei es irgendein einzelnes ihrer Mitglieder, der nationalen Unzuverlässigkeit zu zeihen, als einen ehrlosen Verleumder und Ehrabschneider zu bezeichnen.

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. H o r i o n : Meine Damen und Herren! Neben den großen Fraktionen bin ich selbst im wesentlichen der Gegenstand der eben abgegebenen Erklärung gewesen. Der Herr Vorredner hat auch die Briefe verlesen, die ich in der Angelegenheit geschrieben habe, allerdings nicht vollständig. Er hat aus dem einen wesentlichsten Brief nur ein Stück verlesen. (Hört! hört! im Zentrum). Es steht weiter noch in dem Brief:

„Aus mancherlei Gründen lege ich großen Wert darauf, den Fraktionen des Provinziallandtages oder wenigstens einem großen Teil ihrer Mitglieder eine Gelegenheit zu zwangloser Aussprache zu geben, wie solche auch in den früheren Jahren als parlamentarische Abende oder in ähnlicher Form stattgefunden haben. Da die Anwesenheit der beiden Herren nach den mir zugegangenen Erklärungen der Fraktionen den völligen Ausfall des Abends bedeutet hätte, so mußte ich von der Teilnahme der beiden Herren absehen.“

Der Herr Vorredner hat dann selbst hervorgehoben, daß es sich hier nicht um eine private Einladung eines durch persönliche Bekanntschaft verbundenen Personenkreises handelt. Ich habe nicht die Ehre, die persönliche Bekanntschaft der beiden Herren, um die es sich handelt, gemacht zu haben. Es handelte sich vielmehr um eine offizielle Einladung, die den Zweck hatte, den ich in dem Schreiben vorhin Ihnen angegeben habe. Infolgedessen war ich auch berechtigt, bei Durchführung der Einladung so zu verfahren, daß der amtliche Zweck, den ich mit meiner Einladung verfolgte, auch erreicht wurde. (Sehr richtig! im Zentrum.) Daher habe ich die Herren gebeten, von der Einladung keinen Gebrauch zu machen. Ich glaube auch den Herren selbst damit einen Dienst geleistet zu haben. (Sehr richtig! rechts) Infolgedessen muß ich jede Belehrung über gesellschaftliche Gepflogenheiten seitens des Herrn Vorredners ablehnen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Mönning.

Abgeordneter M ö n n i g : Meine Damen und Herren! Den Fraktionen ist durch die Worte des Herrn Abgeordneten Vaterrodt erklärt worden, es hätte ihnen der Mut gefehlt, zu sagen, wer die Erklärung abgegeben hätte. (Zuruf des Abgeordneten Vaterrodt: Nein, weshalb!) Wir sind überhaupt nicht gefragt worden, und, als wir gefragt wurden, habe ich sofort erklärt: Die Zentrumsfraktion hat dem Herrn Landeshauptmann erklärt: Wenn Herr Abgeordneter Limbourg auf Ihre Gesellschaft kommt, wird die Zentrumsfraktion geschlossen fernbleiben. (Hört! hört! links.) Wenn wir eher gefragt worden wären, hätten wir eher die Antwort gegeben; dann hätte man uns nicht den Vorwurf zu machen brauchen, wir hätten nicht den Mut gehabt, das offen zu bekennen.

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. W e s e n f e l d : Meine Damen und Herren! Auch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft haben dem Herrn Landeshauptmann gestern erklärt, daß sie gezwungen seien, einstweilen gegenüber der Wirtschaftlichen Vereinigung eine merkliche Distanz zu halten, solange die Dinge, die hier bezüglich der Herren Dr. Limbourg und Braun zur Sprache gekommen sind, nicht geklärt seien. (Zuruf aus der Wirtschaftlichen Vereinigung: Das ist Verleumdung, kein Gerichtsurteil!)

Der Herr Vorredner hat soeben erklärt, daß seine Fraktion, die noch vor wenigen Tagen Herrn Dr. Limbourg nicht in ihre Mitte aufgenommen hatte (Sehr richtig! im Zentrum), sorgfältige Prüfungen angestellt habe und erst auf Grund dieser sorgfältigen Prüfungen zur Aufnahme des Herrn Dr. Limbourg gekommen sei. Wir sind dazu nicht in der Lage gewesen; uns hat das Material zu solch sorgfältiger Prüfung nicht zur Verfügung gestanden.

Ich muß darauf hinweisen, daß heute noch in der Wossischen Zeitung glatt behauptet wird, daß die Wirtschaftliche Vereinigung mit dem „Separatisten“ Dr. Limbourg eine Fraktionsgemeinschaft gebildet habe (Hört! hört! rechts). Ich bin nicht in der Lage, mir diese Erklärung zu eigen zu machen. Aber, meine Damen und Herren, es gibt kein Gebiet, auf dem die rheinische Bevölkerung so außerordentlich empfindlich ist, als das Gebiet des Separatismus. (Lauter Beifall rechts und in der Mitte.)

Ich hoffe, daß es Herrn Dr. Limbourg und Herrn Braun in kürzester Frist gelingen wird, allen denjenigen den Mund zu stopfen, die solche Behauptungen aufstellen. Die Herren dürfen sicher sein, daß das niemandem angenehmer sein wird als den Mitgliedern des Rheinischen Provinziallandtages, die sicher froh sein werden, wenn unter diesem Dache niemand mehr sitzt, der des Separatismus auch nur verdächtig werden kann.

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Wir verlassen den Gegenstand.

Ich habe nun im Auftrage der Fraktionen der Arbeitsgemeinschaft, des Zentrums und der Sozialdemokratie folgende Entschlie ß u n g vorzutragen:

„Der Provinziallandtag entbietet dem Ruhrgebiet und den Sanktionsstädten nach der Befreiung von der Besatzung herzlichen Gruß, nicht minder auch der Bevölkerung der ersten Zone anlässlich der begonnenen Räumung. Er stellt dabei fest, daß es sich bei diesen Räumungen nicht um ein Entgegenkommen der Besatzungsmächte handelt, sondern lediglich um die Wiedergutmachung früheren Unrechtes und die verspätete Erfüllung längst fälliger Verpflichtungen.

Als ein umso größeres Unrecht muß es der Provinziallandtag bezeichnen, daß für die zweite und dritte Zone nicht nur die nach den Verhandlungen von Locarno und der Note vom 14. November 1925 mit Recht erwartete Erleichterung der Besatzung nicht eingetreten ist, daß vielmehr viele Orte eine erhebliche Erschwerung zu beklagen haben.

Der Provinziallandtag erwartet, daß die Rückwirkungen von Locarno in viel höherem Maße als bisher auch bei den Besatzungstruppen einschließlich der Gendarmerie sichtbar werden. Insbesondere wird das Gefühl der Enttäuschung und Unsicherheit durch die Tatsache verstärkt, daß eine bindende Festsetzung über die Abkürzung der Räumungsfristen für die zweite und dritte Zone sowie über die alsbaldige Regelung der Verhältnisse des Saargebiets noch nicht erfolgt ist.

Ferner widerspricht es völlig den von der rheinischen Bevölkerung an die Verhandlungen von Locarno geknüpften Erwartungen, daß die Besatzungstruppen von neuem Gelände in erheblichem Umfang für Übungs-, Schieß- und Flugplätze in Anspruch nehmen und daß von neuem Mobilmachungsvorbereitungen vorgenommen werden. Es muß erwartet werden, daß die Pferde-, Fahrzeuge- und Kraftwagenmusterungen und deren Zuweisungen an bestimmte Truppenteile sofort eingestellt werden.

Der Provinziallandtag ersucht die Reichsregierung auf das dringendste, kein Mittel unversucht zu lassen, um der schwerbedrängten Bevölkerung der zweiten und dritten Zone, sowie des Saargebiets zu ihrem Rechte zu verhelfen.“

Das ist die Entschlie ß u n g, die ich namens der großen Parteien des Landtages mitzuteilen habe und die im wesentlichen sicherlich auch die Empfindungen der Gesamtheit des Landtages wiedergibt. (Bravo!)

Dazu möchte die kommunistische Fraktion eine Erklärung abgeben. Herr Abgeordneter Theißen hat das Wort.

Abgeordneter Theißen: Meine Damen und Herren! Die kommunistische Fraktion wird nicht gegen die vorgelegte EntschlieÙung stimmen, weil darin einige richtige Tatsachen enthalten sind. Sie wird aber auch nicht dafür stimmen, weil die Ursachen der Dinge, über die Sie sich entrüsteten, nicht richtig dargestellt sind. Namens der kommunistischen Fraktion habe ich dazu folgende Erklärung abzugeben:

„Die KPD. begrüÙt selbstverständlich die Räumung deutscher Gebietsteile von Entente-Truppen, die vertragsgemäÙ schon vor einem Jahr hätte erfolgen müssen. In dieser nachträglichen Erfüllung einer Vertragspflicht einen Erfolg der Locarnopolitik zu erblicken, ist schon deshalb nicht möglich, weil vor Abschluß des Locarnopaktes Rückwirkungen über diese vertragsmäÙigen Verpflichtungen hinaus in Aussicht gestellt wurden, die bis jetzt nicht erfolgt sind. Die KPD. macht die rheinische Bevölkerung darauf aufmerksam, daÙ die bürgerlichen Parteien, welche jetzt einen weiteren Abbau der Ententebesatzung fordern und diese insbesondere mit der im besetzten Gebiet herrschenden Wohnungsnot begründen, ein falsches Spiel treiben, da die bürgerliche Reichsregierung bei den Besatzungsmächten einen Antrag auf Erhöhung der deutschen Polizeitruppen um 50 000 Mann für innere Zwecke, d. h. gegen die Arbeiterschaft, gestellt hat, mit dem ausdrücklichen Bemerkens, daÙ diese 50 000 Mann Polizei in dem von der Ententebesatzung geräumten Gebiet stationiert werden sollen. Es vollzieht sich also für die werttätige Bevölkerung ein Besatzungswechsel, der ihr keinerlei Erleichterungen bringt, der jede Linderung der Wohnungsnot illusorisch macht. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Die KPD. fordert nicht nur Erleichterungen im weiteren Abbau der Ententebesatzung, sondern die sofortige Räumung aller von der Entente besetzten deutschen Gebietsteile. Diese Forderung ist aber nicht zu verwirklichen durch eine bürgerlich-kapitalistische Regierung, durch die bürgerlich-kapitalistischen Parteien, welche die Ruhrbesetzung herbeigeführt haben um der Arbeiterschaft den Achtstundentag zu rauben, die Löhne zu drücken, die soziale Gesetzgebung zu verschlechtern, sondern nur durch den Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft, durch ein Deutschland, in dem die Werttätigen Staat und Wirtschaft beherrschen.“ (Bravo! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Arbeit des diesmaligen Provinziallandtages ist damit erledigt. Ich habe dies dem Herrn Oberpräsidenten als Landtagskommissar mitzuteilen. (Zuruf: Wer die EntschlieÙung abstimmen!) Die EntschlieÙung ist namens der Fraktion mitgeteilt worden; ich glaube, es bedarf einer Abstimmung darüber nicht.

Oberpräsident Dr. F u c h s: Sehr geehrte Damen und Herren! Namens der preussischen Staatsregierung danke ich Ihnen für die in diesen beiden Tagen für unsere Provinz geleistete wichtige Arbeit und erkläre den 70. Rheinischen Provinziallandtag damit als geschlossen.

(Schluß 9 Uhr 40 Min.)





96/26 V 75 24.
5 3c. 6.75

